

**Interview:**

## Leistungsniveau hochhalten

Interview mit der neuen  
WGKK-Obfrau Mag. Ingrid Reischl 8

**Schwerpunkt:**

## Businessplan Demokratie

Über Möglichkeiten und Probleme  
des partizipativen Wirtschaftens 28

**Gesellschaftspolitik:**

## Schlagwort Nachhaltigkeit

Nachlese zur Konferenz »Wachstum  
im Wandel« Ende Jänner in Wien 40

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 2 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Demokratie in der Wirtschaft

ab Seite 8



8



34



36



44

## Schwerpunkt:

### Wirtschaftsdemokratie **12**

In der Demokratie müssen alle Betroffenen an allen Entscheidungen beteiligt sein, weil sie gemeinsam die Folgen tragen.

### Recht menschlich **14**

Eine »Modernisierung des Mitbestimmungsrechts nach Vorschlägen der Sozialpartner« ist für diese Legislaturperiode geplant.

### Opel Rekord, auf und ab **16**

Seit über 25 Jahren existiert das Werk in Wien-Aspern. Jetzt herrschen auch hier schwierige Zeiten für den Betriebsrat.

### Chance auf Veränderung **18**

Wirtschaftliche Mitbestimmung ist für BelegschaftsvertreterInnen ein unentbehrliches Instrument.

### Spiel mit neuen Regeln **20**

Neue Kommunikationsmethoden sind wertvolles Werkzeug für die ArbeitnehmerInnenvertretung.

### Gemachte Wirklichkeit **22**

Das Web 2.0 ist Alltagskultur und wird einen Kulturwandel mit sich ziehen, ob demokratieförderlich oder nicht.

### »Goldene Regeln« **24**

In der EU haben Wirtschaft und Industrie oft größere Einflussmöglichkeiten auf EntscheidungsträgerInnen.

### Zeit = Geld = Macht **26**

Im demokratischen Prozess sind Frauen aufgrund geringerer Einflussmöglichkeiten notorisch unterrepräsentiert.

### Gründet Konzerne **28**

Demokratie als Businessplan: Wie funktioniert partizipatives Wirtschaften? Was sind die Chancen, wo liegen die Probleme?

### Tausche Rat gegen Rad **30**

Sind Regionalwährungen und Tauschkreise Mittel gegen die negativen Folgen von Globalisierung und Wirtschaftskrise?

### Globalisierung anders **32**

Gewerkschaften und NGOs müssen multinationalen Konzernen internationale Solidarität entgegensetzen.

### Die stille Macht **34**

Über KonsumentInnenmitbestimmung wurde immer wieder nachgedacht – umgesetzt wurde sie allerdings bislang nicht.

### Mir geht ein Licht auf **36**

Das Phöbus-Kartell bestimmte nachhaltig die Entwicklung der Glühlampe, basierend auf ökonomischen Überlegungen.

**Interview:****Eine ehrenvolle Aufgabe 8**

Mag. Ingrid Reischl ist seit September 2009 Obfrau der Wiener Gebietskrankenkassa.

**Aus AK & Gewerkschaften:****Wer soll das bezahlen? 38****Schuldige zur Kasse! 42****Gesellschaftspolitik:****Wachstum im Wandel 40****Internationales:****Im Dienst der Menschen 44****Standards:****Standpunkt: Geld. Macht. Glücklich 4****Veranstaltung: Arbeit – Recht – Soziales 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Demokratischer Block 11****Verbraucherpreise 43****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetag.com/downloadreader/](http://www.beetag.com/downloadreader/)

**Es wird kalt****Redaktion intern**

»Was das Gesundheitssystem angeht, bedeutet die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass der Staat Aufgaben der öffentlichen Hand jenen Personengruppen überlässt, die davon unmittelbar betroffen sind«, erklärt die Obfrau der Wiener Gebietskrankenkassa, Mag. Ingrid Reischl im Interview mit der »Arbeit&Wirtschaft« 2/2010. Ein gutes Beispiel für »Demokratie in der Wirtschaft«, dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Wir wollten uns diesmal dem uralten Traum von einem anderen, faireren Wirt-

schaften widmen. Den Auftakt dazu macht der deutsche Politikwissenschaftler Dr. Alex Demirović in seinem Grundsatzartikel ab Seite 12.

Gleich im Anschluss finden Sie einen Artikel über die geplante Modernisierung des Mitbestimmungsrechts. Über die Arbeit als Betriebsrätin in schwierigen Zeiten gibt uns Renate Blauensteiner Auskunft (Seite 16).

Ab Seite 20 lesen sie über die Rolle neuer Kommunikationsmethoden und -technologien für Betriebsrat und Gewerkschaft. Wer zahlt schafft an – das gilt leider allzu

oft auch für demokratische Strukturen – wenn man etwa die Lobbying-Prozesse in der EU betrachtete (S. 24). Weitere Artikel zum Schwerpunkt: Partizipatives Wirtschaften (S. 28), Regionalwährungen (S. 30) oder Solidarökonomie (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee





# Standpunkt

## Geld. Macht. Glücklich.

**E**s ist schon eigenartig, wenn man sich so Bilder und Berichte vom Opernball ansieht, möchte man fast meinen die Krise wäre überstanden. Ja, man kommt beinahe in Versuchung zu denken, es hätte nie eine Krise gegeben. Denn müsste nicht das Hauptklientel an zahlenden Gästen des Balls der Bälle eben zu jenen gehören, die seit Jahren, manchmal seit Generationen ihr Geld für sich arbeiten lassen? ProtagonistInnen eines Systems, dessen Scheitern wir vor eineinhalb Jahren mit ansehen konnten/mussten. Und während wir alle für die Krise zahlen, leisten sich Banken, Versicherungen und Industrie nach wie vor Logen für 17.000 Euro. Drinnen trifft sich die sogenannte Elite des Landes, »LeistungsträgerInnen« aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Man kennt sich und abseits von Tanz und Small-Talk werden Geschäfte gemacht, Entscheidungen gefällt. Doch, wie alle in Interviews dann gerne betonen, im Grunde geht es nur darum, das schöne Fest zu genießen. Die Bilder sprechen für sich: Geld macht glücklich. Draußen vor der Tür wird nicht mehr demonstriert.

### 8. Armutskonferenz

»Geld. Macht. Glücklich.« lautet das Motto der 8. Österreichischen Armutskonferenz, die am 23. und 24. Februar

in Salzburg tagt. Bereits einen Tag vorher findet dort auch die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung statt.

### 12 Milliarden Euro Schwarzgeld

80 Millionen Menschen sind in Europa von Armut und Ausgrenzung betroffen, 429.000 hier in Österreich. Und die Lage verschärft sich, die Krise vernichtet nach wie vor Arbeitsplätze, und nicht alle von denjenigen, die Arbeit haben, finden ein Auskommen mit dem Einkommen. Dabei wäre doch genug für alle da. Wir leben – wie man uns immer wieder gerne versichert – in einem der reichsten Länder der Erde. Die Banken melden international wieder fette Gewinne, ihre Bosse kassieren üppige Boni und alle zusammen sind an den Spieltisch zurückgekehrt. An den Rechnungen für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete zahlen wir. Zwölf Mrd. Euro von heimischen Anlegern an der Steuer vorbeigemogelt lagern laut einer aktuellen Studie in der Schweiz, und trotzdem soll das Budget, nach Wünschen mancher, vor allem ausgabenseitig saniert werden.

»Verteilungskämpfe, Verwirklichungschancen und Lebensqualität in Zeiten der Krise« sind die Themen der 8. Armutskonferenz. Im Workshop: »Wem gehört Österreich?« wird unter anderem

festgestellt: »Eliten wie Großunternehmer, Spitzenmanager, Spitzenpolitiker und die Spitzen in Justiz und Verwaltung können die gesellschaftliche Entwicklung qua Position oder qua Geld maßgeblich beeinflussen. Mit ihren Entscheidungen greifen sie konkret ins Leben der Bevölkerung ein.« Immer heftiger regiert die Wirtschaft in die Demokratie hinein, die Demokratie in der Wirtschaft geht darüber oft verloren.

### Traum vom anderen Wirtschaften

Und das, obwohl die ArbeitnehmerInnenvertretungen sich gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten wieder bewährt haben, Arbeitsplätze gerettet, Sozialpläne ausgearbeitet, Lösungsvorschläge präsentiert haben. Obwohl noch immer der Traum von einem anderen Wirtschaften geträumt wird. Einem Wirtschaften, das sich nicht mehr allein Gier und Konkurrenzkampf verschreibt, bei dem sich die guten Kräfte sammeln und fair geteilt wird. Regionalwährungen, Tauschkreise, Genossenschaften wie die berühmte spanische Mondragon Corporation oder die brasilianischen Modelle der Solidarökonomie beweisen, dass das möglich wäre.

Es ist an uns, den Mut nicht zu verlieren, uns und andere zu informieren, und unsere Träume von einer anderen faireren Wirtschaft umzusetzen.

# Arbeit – Recht – Soziales

Sozialminister Rudolf Hundstorfer und der ÖGB-Verlag luden zu einem Come-Together am 26. Jänner 2010 ins Ministerium am Stubenring.

130 AutorInnen der arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Fachbücher sowie der Fachzeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« waren am 26. Jänner dieses Jahres der Einladung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und des ÖGB-Verlags gefolgt. Gegenstand der Kurzvorträge und des anschließenden Gedankenaustauschs waren die Leistungen der AutorInnen für Information und Interpretation im Bereich Arbeit, Recht und Soziales. Die Werke, in denen die AutorInnen publizieren, stellen eine wichtige Basis der rechtlichen, politischen, gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Arbeit in

Österreich dar. Nach der Begrüßung und einleitenden Worten von Gastgeber Minister Rudolf Hundstorfer, wiesen AK-Vizepräsidentin Dr. Dwora Stein, ÖGB-Präsident Erich Foglar, Mag. Alice Kundtner, Bereichsleiterin Soziales der AK Wien, und Mag. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, auf die Bedeutung der Fachliteratur des ÖGB-Verlags und der »Arbeit&Wirtschaft« für die Arbeit in Sozialpartnerschaft und ArbeitnehmerInnenvertretung hin.

Bei einem kleinen Imbiss im Anschluss bot sich reichlich Gelegenheit zu Gedankenaustausch und Networking.

## WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.oegbverlag.at/  
 servlet/ContentServer?pagename=  
 V01/Page/Index&n=V01\\_0.a&c  
 id=1264695024969](http://www.oegbverlag.at/servlet/ContentServer?pagename=V01/Page/Index&n=V01_0.a&c id=1264695024969)



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader/](http://www.beetagg.com/downloadreader/)



Seit mehr als 60 Jahren unterstützt der ÖGB-Verlag kompetent die ArbeitnehmerInnenvertretungen, betonte Hausherr Hundstorfer.



Eine der herausragendsten ArbeitsrechtsexpertInnen des Landes, Sieglinde Gahleitner, nutzte die Gelegenheit zum Gespräch.



Mitglieder des A&W-Redaktionskomitees im Small-Talk: Alexander Schneider, Leiter Arthur Ficzkó und Thomas Fessler.



A&W-Autorin Astrid Fadler amüsierte sich mit der guten Seele unseres Redaktionsteams Sonja Adler.

## IMPRESSUM

## Redaktion »Arbeit&amp;Wirtschaft«:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.  
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: [sonja.adler@oegb.at](mailto:sonja.adler@oegb.at)

Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

## Redaktionskomitee

Arthur Ficzkó (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
Alexander Schneider, Erik Türk

## Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

## Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Sebastian Barylí,  
Kai Biehl, Martin Bolkovac, Adolf Buxbaum, Alex Demirovic,  
Astrid Fadler, Karl Kollmann, Wilfried Leisch, Heinz Leitsmüller,  
Pia Lichtblau, Franz Mangelberger, Gabriele Müller,  
Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer,  
Hannes Schneller, Elke Radhuber, Reinhold Russinger,  
Ulrich Schönbauer, Robert Stöger, Petra Völkerer,  
Norman Wagner, Christina Weichselbaumer, Markus Zahradnik

## Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

## Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

## Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)  
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

## GPA-djp:

## Das Superpraktikum

## Politisch am Ball statt am Jägerball.

»Mit einem Besuch des Jägerballes können wir nicht aufwarten. Dafür mit dem hautnahen Erleben der Politik in einer großen Interessenvertretung. Seien es Vorbereitungsarbeiten zu den wichtigen Kollektivvertragsrunden, die Mitarbeit bei Presseaktivitäten, beim Mitgliedermagazin KOMPETENZ oder der Gestaltung des Webauftrittes«, erklärt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), Wolfgang Katzian. Ein bezahltes Praktikum im Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) bietet interessierten jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren einen Einblick in zentrale Bereiche gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Es geht darum, wichtige, für die Ausbildung nützliche Erfahrungen zu sammeln, die mit einer adäquaten Bezahlung verbunden sind. Das Monatsgehalt beträgt ca. 1.700 Euro brutto gemäß dem Gehaltsschema der Gewerkschaft (zuzüglich aliquotem 13. und 14. Gehalt).

»Es ist sehr bedauerlich, dass viele Unternehmen und in jüngster Zeit auch die Politiker PraktikantInnen oft als billige

Arbeitskräfte missbrauchen und die Betroffenen weder ein entsprechendes Entgelt erhalten noch in den Genuss kollektivvertraglicher Rechte kommen. Es ist uns bewusst, dass wir mit unserer Initiative die Problematik nicht nachhaltig lösen. Wir würden uns aber freuen, wenn mehr Unternehmen dem Beispiel folgen und jungen Menschen Praktikumsstellen anbieten, die interessante Arbeit mit entsprechender Entlohnung und rechtlicher Sicherheit verbinden«, sagt der Vorsitzende der GPA-djp, Wolfgang Katzian.

Die GPA-djp verzichtet bei der Ausschreibung auf teure PR-Aktivitäten und versucht, über bestehende elektronische Kommunikationskanäle die InteressentInnen anzusprechen.

Bewerbungen bitte bis 30. April an: GPA-djp, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Alfred Dallinger-Platz 1, 1034 Wien, Stichwort: Praktikum. Oder per E-Mail: [presse@gpa-djp.at](mailto:presse@gpa-djp.at). Praktikumsmonat ist der September 2010. PraktikantInnen können sich überdies bei der GPA-djp-Jugendabteilung über ihre arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten informieren. Telefon: 05 03 01-301.

## ÖGB:

## Genug für alle

## Nicht nur die ArbeitnehmerInnen dürfen den Sozialstaat finanzieren.

Die Wirtschaftsprognosen gehen wieder nach oben, die Aktienkurse auch, die Manager genehmigen sich wieder fette Bonuszahlungen. Dabei würden sie es auch gerne belassen. Der ÖGB aber nicht! Denn auch die Arbeitslosigkeit steigt weiter an – und somit die Zahl der von Armut betroffenen Menschen.

Und anstatt die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen, wird mit Diskussionen über Einsparungen im Gesundheitssystem oder bei den Pensionen und mit einer leidigen Sozialschmarotzer-Debatte von den Verursachern der schweren Wirtschaftskrise abgelenkt.

Für Fairness brauche es kein Konto, so ÖGB-Präsident Erich Foglar, sondern eine Politik, die Arbeit entlastet und einen fairen Beitrag, der Vermögen zur Budgetkonsolidierung und Finanzierung der sozialen Sicherheit herbeiführt. Fakten zu den Themen Reichtum und Armut und die Forderungen des ÖGB finden Sie unter [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, bei dem sich auch die Sozialpartner engagieren.

Infos dazu unter:  
[www.2010gegenarmut.at](http://www.2010gegenarmut.at)



**ÖGB-Service-Center:**

# Hol dir dein Geld zurück!

**Jetzt gibt es regelmäßige Info-Abende in der neuen ÖGB-Zentrale.**

Das **ÖGB-Servicecenter** bietet ÖGB-Mitgliedern und anderen Interessierten ein neues Serviceangebot: Zu verschiedenen Themen gibt es Informationsabende, ExpertenInnen bieten dabei einen Überblick zum jeweiligen Thema. Im ersten Halbjahr 2010 reichen die Themen von Steuerrecht über Arbeitslosigkeit, Bestimmungen für MigrantInnen bis zum Pensionsrecht. Die Informationsabende finden jeden letzten Dienstag im Monat in der ÖGB-Zentrale, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Raum 403 im Erdgeschoß, statt. Beginn ist jeweils 19 Uhr, Ende ca. 21 Uhr.

Den Auftakt dieser Veranstaltungsserie macht der Abend: »Hol' dir dein Geld zurück!« am Dienstag, den 23. Februar 2010 um 19 Uhr: Jedes Jahr schenken ArbeitnehmerInnen dem Finanzminister Millionen von Euro, weil sie die ArbeitnehmerInnenveranlagung nicht machen – hier gibt es Informationen, wie man sich Geld zurückholt!

Um Anmeldung unter [servicecenter@oegb.at](mailto:servicecenter@oegb.at) oder (01) 534 44-39100 wird er-sucht. An den Informationsabenden selbst finden keine individuellen Beratungen statt.

Das ÖGB-Servicecenter steht fünf Tage die Woche offen und bietet ÖGB-Mitgliedern Beratungen und Informationen zu vielen verschiedenen Themen an. Die Angebote reichen von Beratungen für freie DienstnehmerInnen und Werkver-tragnehmerInnen, Mobbingberatungen, muttersprachliche Beratungen im Arbeitsrecht in Türkisch/Kurdisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Tschechisch/Slowakisch, ArbeitnehmerInnenveranlagung bis hin zum Pensionsrecht.

Mehr Infos:

[www.oegb.at/servicecenter](http://www.oegb.at/servicecenter)

**Arbeiterkammer OÖ:**

# Ohne Job und Zukunft

**Der aktuelle Arbeitsklimaindex der AK OÖ setzt sich mit der Situation der Arbeitslosen auseinander.**

Die **Arbeitslosigkeit** in Österreich ist zuletzt stark gestiegen. 2009 waren im Jahres-durchschnitt rund 260.000 Menschen ohne Arbeit. Das waren um rund 50.000 Personen oder um 23 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur massive finanzielle Einbußen, viele Arbeitslose leiden auch unter dem Verlust von sozialen Kontakten und Ansehen. Rund zwei Drittel klagen darüber, dass

Arbeitslosigkeit ihre Lebenszufriedenheit verringert. Fast genauso viele finden, dass ihr seelisches Wohlbefinden geschmälert wird.

Wer seinen Job verliert, hat Probleme damit, die monatlichen Fixkosten zu decken. Für 42 Prozent bedeuten schon laufende Kosten, etwa für Auto oder den öffentlichen Verkehr, Schwierigkeiten. Für 43 Prozent der Arbeitslosen reicht das Einkommen nach eigenen Angaben

nicht zum Leben aus. Bei den Beschäftigten sind es hingegen nur sieben Prozent, die mit dem Geld nicht auskommen.

Sechs von zehn Arbeitslosen geben an, sofort wieder arbeiten zu wollen, weitere 20 Prozent möchten später wieder ins Erwerbsleben einsteigen. Rund 75 Prozent sind allerdings der Meinung, dass das sehr schwierig sein wird.

Alle Infos im Detail:

[www.arbeitsklimaindex.at](http://www.arbeitsklimaindex.at)

**Europäische Union:**

# EU-Bildungsreisen für Profis

**Aspekte lebenslangen Lernens in den Ländern der Europäischen Union.**

Ein **EU-Programm** ermöglicht Fachleuten aus allgemeiner und beruflicher Bildung einen drei bis fünf Tage dauernden Aufenthalt in einem anderen EU-Land.

Verschiedenste AkteurInnen wie TrainerInnen, AusbilderInnen, bildungspolitische FunktionärInnen, Leitungspersonal etc. aus dem staatlichen, privaten oder sozialpartnerschaftlichen Bereich können sich mit den Aspekten des lebenslangen Lernens im Gastland vertraut machen.

Dazu gibt es theoretische Vorträge, Besuche in Bildungseinrichtungen, Ministerien, Ausbildungsstätten, Berufsberatungszentren, Universitäten usw.

Treffen mit KollegInnen »vom Fach« gehören ebenfalls dazu. In den Gruppen sind immer mehrere europäische Nationalitäten vertreten, weshalb die Arbeitssprache meist Englisch ist. Der Katalog der einzelnen Studienbesuche ist lang und die Themen vielfältig: Zugang zur

Bildung, Gleichberechtigung, Qualität und Effizienz der Systeme, Beschäftigungsfähigkeit, europäische Dimension des LLL, ... usw.

Die ausgewählten TeilnehmerInnen erhalten von der EU als Stipendium einen Zuschuss zu Reise- und Verpflegungskosten.

Mehr Infos und Bewerbungsmöglichkeit (bis Ende März 2010):

[studyvisits.cedefop.europa.eu](http://studyvisits.cedefop.europa.eu)

# Eine ehrenvolle Aufgabe

*Mag. Ingrid Reischl ist seit September 2009 Obfrau der Wiener Gebietskrankenkassa und damit für rund eine Million Versicherte und 400.000 Mitversicherte zuständig.*

## ZUR PERSON



### Mag. Ingrid Reischl

geboren am 24.12.1958 in Wien. Sie begann ihre berufliche Laufbahn 1977 als Erzieherin.

Nach einem Studium an der Universität Wien (Politikwissenschaften und Fächerkombination Publizistik, Philosophie, Geschichte, Pädagogik) wechselte sie 1990 in die GPA. Neben ihrer aktuellen Hauptverantwortung für den Geschäftsbereich Grundlagen war sie in führender Position für Geschäftsfelder wie Public Relations, Internationales, Backoffice und Support verantwortlich.

Seit 1993 ist sie als Universitätslektorin am Institut für Staats- und Politikwissenschaften tätig. Ihr Schwerpunkt: österreichische Regimelehre (Sozialversicherung, Finanzwissenschaften). Reischl ist (Ko-)Autorin und Herausgeberin zahlreicher Publikationen zu wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Themen.

1998 absolvierte sie eine Betriebswirtschaftliche Managementausbildung an der Linzer Managementakademie, 2008/2009 die »Betriebswirtschaftsakademie«. Ingrid Reischl ist auch Vorsitzende der Trägerkonferenz des Hauptverbandes.

Sie ist Mutter zweier Töchter.

Aufgrund ihres dicht gedrängten Terminplans führten wir das Interview mit Mag. Ingrid Reischl per E-Mail.

**Arbeit&Wirtschaft:** *Kollegin Mag. Ingrid Reischl, du bist seit September 2009 die erste Obfrau der Wiener Gebietskrankenkassa und damit für rund eine Million Versicherte und 400.000 mitversicherte Personen zuständig. Könntest du bitte für uns ein erstes Resümee ziehen?*

**Ingrid Reischl:** Ich habe mir zuallererst die Abläufe und Prozesse der Wiener Gebietskrankenkassa (WGKK) angesehen. Was gut läuft, was vielleicht verbesserungswürdig wäre, und auch wie wir von den PartnerInnen und Versicherten gesehen werden. Ich bin noch immer dabei mich intensiv einzuarbeiten. Leider hat

mich der Alltag sehr schnell eingeholt – die Zeit ist also äußerst knapp.

*In den vorigen Jahren gab es immer wieder große Aufregung um die »kranken Kassen« – die Situation der Wiener Gebietskrankenkassa war schon vor der Krise nicht rosig. Müssen wir Angst um unser Gesundheitssystem haben?*

Die Liquiditätssituation der WGKK war vergangenes Jahr tatsächlich kritisch. Beschlossene Hilfen der Bundesregierung waren überwiegend Einmalmaßnahmen. Seit 2010 drohen für mehrere Gebietskrankenkassen – nicht nur für die WGKK – neuerlich Abgänge. Klar ist, dass das Gesundheitswesen aus meiner Sicht nicht über Leistungskürzungen zu konsolidieren ist. Deshalb plädiere ich für eine stärker steuerfinanzierte Schiene in einem

sonst beitragsfinanzierten System. Steuerfinanziert werden sollten im Sinne der Transparenz jene Bereiche, die keine Krankenversicherungsaufgaben im engeren Sinne sind, etwa das Wochengeld. Außerdem sollte der beitragsfinanzierte Teil so weiterentwickelt werden, dass es zu einer Entlastung des Faktors Arbeit kommt.

*Gespart muss werden, das ist klar. Wo siehst du das Potenzial für Einsparungen?*

Ich habe sicher nicht vor, Leistungen für die Versicherten zu streichen. Sollte der Gesetzgeber in diese Richtung gehen, werde ich mich nach Kräften dagegen wehren. Sparpotenziale sehe ich vor allem dort, wo für die PatientInnen belastende Untersuchungen unnötig oder doppelt



**Ich arbeite erhabenen Hauptes für die WGKK. Funktionierende Krankenkassen sind eine wichtige Säule der sozialen Sicherheit und sind unerlässlich für den sozialen Frieden im Land. Davon profitieren auch die Wirtschaft und der Standort Österreich.**



## INFO & NEWS

### Unser Gesundheitssystem

In Österreich ist die Sozialversicherung gemessen an Budget und betroffenen Personenkreis die Haupteinrichtung der sozialen Sicherheit.

Es herrscht das Prinzip der Pflichtversicherung. Der Leistungsbedarf eines Jahres wird nahezu vollständig aus dem Beitragsaufkommen des gleichen Jahres bestritten, d. h. angesammeltes Kapital dient im Wesentlichen nur als kurzzeitige Schwankungsreserve (**Nachhaltigkeitsrücklage**, Generationenvertrag, Finanzierungsprinzip). Die Leistungen werden vorwiegend als für alle Versicherten gleiche Sachleistungen (Solidaritätsprinzip) oder als beitragsabhängige Geldleistungen (zum Beispiel Pensionen, Krankengeld) erbracht. Zu den Aufgaben der Sozialversicherung gehören neben den Versicherungsleistungen im engeren Sinn auch Gesundheitsvorsorge, Sicherheitsberatung sowie Rehabilitation.

Die österreichische Sozialversicherung ist in Selbstverwaltung organisiert, indem die gesetzlichen (beruflichen) Interessenvertretungen VertreterInnen in die Organe eines Sozialversicherungsträgers entsenden, welche die Geschäfte der Sozialversicherung weisungsfrei führen. Dem Staat steht ein Aufsichtsrecht durch Aufsichtsbehörden zu.

Das hat historische und praktische Gründe, denn das direkte Interesse der Betroffenen soll rasche und praxisbezogene Entscheidungen herbeiführen. Ein weiterer Vorteil der Selbstverwaltung liegt in der Entlastung der Staatsverwaltung.

Die Träger der Krankenversicherungen sind die jeweils zuständigen Krankenkassen, darunter die neun Gebietskrankenkassen.

vorgenommen werden. Hier wird Geld ohne Zusatznutzen ausgegeben.

***Neben Kommerzialrätin Renate Römer bist du die einzige Frau an der Spitze eines österreichischen Sozialversicherungsträgers. Auch in der Wirtschaft gibt es ja so etwas wie Trümmerfrauen – wenn also viel in Schutt und Asche liegt wie jetzt in Zeiten der Krise, dürfen Frauen in Führungspositionen und aufräumen. Siehst du dich ein bisschen als Trümmerfrau in diesem Sinn?***

Die Gebietskrankenkassen sind seit 2000 unverschuldet in ihre prekäre Finanzlage geraten und nicht durch ihre Führungsorgane, die »Schutt« verursacht hätten, der jetzt in den Häusern aufgeräumt werden müsste! Franz Bittner hat mir ein gut bestelltes Haus mit kompetenten und motivierten MitarbeiterInnen übergeben. Ich halte es jedenfalls für eine sehr ehrenvolle Aufgabe, die WGKK zu führen. Schließlich ist jede Gebietskrankenkasse eine zentrale Säule unseres Sozialstaates. Die Aufgaben, die sie erfüllt, sind für Millionen von Versicherten sehr wich-

tig. Ich arbeite erhabenen Hauptes für die WGKK. Funktionierende Krankenkassen sind eine wichtige Säule der sozialen Sicherheit und sind unerlässlich für den sozialen Frieden im Land. Davon profitieren auch die Wirtschaft und der Standort Österreich. Darüber hinaus soll nie vergessen werden, dass das Gesundheitswesen zehn Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung generiert und damit selbst ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, der gerade in der Krise stabilisierend wirkt. Der Gesundheitssektor sichert hochwertige Arbeitsplätze und stützt die Kaufkraft und darf nicht bloß als geldverschlingender Defizitproduzent betrachtet werden, der »zurückgestutzt« werden müsste.

***In deinen Antrittsinterviews hast du erklärt, dass ein ausgeglichenes Budget bis 2013 nicht möglich sein wird. Wann wird die WGKK wieder schwarze Zahlen schreiben, und was ist dazu notwendig?***

Meine Bemühungen, die finanzielle Lage der WGKK zu verbessern, gehen in zwei Richtungen. Erstens: Die Aufwandsdämpfung muss weitergeführt werden. Außerdem geht es darum, moderate Vertragsabschlüsse mit den Vertragspartnern auszuverhandeln. Zweitens geht es um eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung, die mit dem Kassenpaket 2009 bestenfalls begonnen, aber sicher noch nicht abgeschlossen ist. Die WGKK wird sich nicht erst mit der Neuverhandlung des **Finanzausgleichs** und der Spitalsfinanzierung 2013 gemeinsam mit dem Hauptverband mit Vorschlägen einbringen.

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.wgkk.at](http://www.wgkk.at)  
[www.sozialversicherung.at](http://www.sozialversicherung.at)  
[www.hauptverband.at](http://www.hauptverband.at)

**Im November 2009 gab es eine groß angelegte Impfkampagne gegen den A/H1N1-Virus, die sogenannte Schweinegrippe. War das notwendig/hilfreich?**

Der »Hype« um die Schweinegrippe war sicher überzogen. In vielen europäischen Ländern wurden die Interessen der Pharmaindustrie sehr stark lobbied. Gesundheitsminister Stöger ist hier eine sehr ruhige und besonnene Linie gefahren. Er hat einerseits potenzielle Bedrohungen ernst genommen und eine ausreichende Vorsorge getroffen, andererseits die Begehrlichkeiten all jener, die mit einer Schweinegrippehysterie bloß gute Geschäfte machen wollten in die Schranken gewiesen. Die WGKK hat während der »Schweinegrippe« die wichtige öffentliche Versorgungsfunktion ihrer eigenen Gesundheitszentren unter Beweis gestellt: Ohne sie wäre es in Wien nicht möglich gewesen, innerhalb kurzer Zeit Massenimpfstraßen für die Bevölkerung inklusive der dafür notwendigen Logistik und Ressourcen zu etablieren. Kritisch sehe ich, dass die Politik den Kassen die Kosten für die Schweinegrippeimpfung und die Impfstraßen gesetzlich übertragen hat, ohne für eine entsprechende Finanzierung gesorgt zu haben. Ein weiteres Beispiel dafür, dass der Gesetzgeber bei den Kassen gerne bestellt, aber auf das Zahlen vergisst.

**Für Beunruhigung sorgen derzeit auch die Medienberichte zu geheimen Medikamentenstudien durch Ärzte – siehst du eine unheilige Allianz zwischen Pharma und Ärzteschaft?**

Es gibt den begründeten Verdacht, dass manche sogenannte »Anwendungsbeobachtungen« weniger wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern manches Mal eine sehr starke »Marketingkomponente« haben. Es sollte nicht sein, dass unter dem Deckmantel einer »wissen-

schaftlichen Studie« in Wahrheit Verkaufsförderung betrieben und das Verschreibeverhalten der ÄrztInnen durch »Studienhonorare« beeinflusst wird. Die WGKK hat daher schon im Herbst vergangenen Jahres die Forderung erhoben, eine Meldepflicht für solche Studien einzuführen, um mehr Transparenz in diesem Bereich schaffen.

**Eine aktuelle repräsentative Umfrage des Instituts Oekonsult hat ergeben, dass 91 Prozent der befragten ÖsterreicherInnen eine Gesundheitsreform fordern und 71,2 Prozent auch mit höheren Selbstbehalten rechnen. Werden sie recht behalten?**

Ich hoffe, dass die Befürchtung vieler Menschen, dass es weitere Selbstbehalte geben wird, nicht eintritt. Über weitere Selbstbehalte kann die Finanzierungsproblematik im Gesundheitswesen nicht gelöst werden. Außerdem: Ist es gerecht, dass ausgerechnet die kranken Menschen, die Leistungen in Anspruch nehmen müssen, die Kosten der Krise schultern sollen?

**In derselben Studie erklären 91,7 Prozent der Befragten, dass sie glauben, dass Besserverdienende und Vermögende eine bessere medizinische Versorgung genießen. Ist das so, haben wir bereits eine Zwei-Klassen-Medizin?**

Wir haben in Österreich auch im internationalen Vergleich einen sehr niederschweligen Zugang zu den medizinischen Leistungen. Es ist aber richtig, dass Personen mit geringem Einkommen schlechtere Gesundheitschancen haben. Das gilt im Übrigen auch für jene mit geringerer Bildung. Es ist eines meiner Ziele, diese Unterschiede auszugleichen. Hier ist jedoch nicht bloß die Kasse gefordert, sondern die gesamte Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik.

**Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe der »Arbeit&Wirtschaft« ist »Demokratie in der Wirtschaft, der Traum von einem anderen Wirtschaften«. Du bist studierte Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Grundlagenabteilung der GPA-djp: Wie demokratisch ist die Wirtschaft, wie viel Demokratie braucht sie?**

Was das Gesundheitssystem angeht, bedeutet die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass der Staat Aufgaben der öffentlichen Hand jenen Personengruppen überlässt, die davon unmittelbar betroffen sind. Dadurch ist gewährleistet, dass wichtige Belange unseres Sozialstaates nicht unmittelbar der schnelllebigen Tagespolitik untergeordnet sind. Gleichzeitig gibt es für die Selbstverwaltung eine stabile demokratiepolitische Legitimierung über die Wahlen zu den gesetzlichen ArbeitnehmerInnen- und Arbeitgebervertretungen. Durch die Selbstverwaltung ist also gewährleistet, dass die Interessen der Versicherten im Vordergrund stehen – und nicht bloße Einsparinteressen.

**Was sind deine Hauptziele und -anliegen für die nächsten Monate und Jahre?**

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der dadurch weiter verschärften finanziellen Rahmenbedingungen für die Kassen geht es zuallererst darum, dass die Versicherten den permanenten Kampf um Ressourcen nicht zu spüren bekommen. Das Leistungsniveau muss hochgehalten werden. Für die weitere Zukunft ist meine Vision, dass das Angebot des Wiener Gesundheitswesens bedarfsgerecht, modern und für alle Menschen zugänglich ist – unabhängig von ihren materiellen Verhältnissen. In fünf Jahren sollte sich die Zufriedenheit der Versicherten mit ihrer Krankenkasse weiter verbessert haben. Wichtig wird zudem sein, die Effizienz und Effektivität der Leistungserbringung in unserem Medizinbetrieb zu verbessern. Die WGKK sollte sich im Benchmark mit anderen Kassen bewähren.

**Wir danken für das Gespräch.**

**Katharina Klee  
für Arbeit&Wirtschaft**

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Demokratischer Block

*Vor 90 Jahren wurde von der konstituierenden Nationalversammlung das erste Arbeiterkammergesetz beschlossen.*

Am 26. Februar 1920 beschloss das Parlament das erste Arbeiterkammergesetz. In diesem Jahr wurde auch Österreichs demokratische Verfassung vorbereitet, deshalb trug der spätere Nationalrat damals noch die Bezeichnung konstituierende, also Verfassung gebende, Nationalversammlung. Die junge Demokratie sollte, so wünschte es sich zumindest die ArbeiterInnenbewegung, auch Wirtschaft und Arbeitswelt umfassen und die ArbeitnehmerInnen nicht länger von Mitbestimmung und Kontrolle ausschließen. Dagegen gab es heftigen Widerstand und vieles konnte nicht durchgesetzt werden. Aber zwei Eckpfeiler der Wirtschaftsdemokratie wurden aufgebaut und blieben mit Ausnahme der Phase von Diktatur und Faschismus 1934 bis 1945 stabil: Schon 1919 schuf die Nationalversammlung das Recht, Betriebsräte als Interessenvertretung gegenüber der Unternehmensleitung zu wählen, und dann folgten die Kammern für Arbeiter und Angestellte als überbetriebliche gesetzliche Interessenvertretung.

Die UnternehmerInnen hatten neben der Industriellenvereinigung als starke freiwillige Lobby und den durch die Gewerbeordnung festgelegten Vertretungen schon über 70 Jahre ihre Handelskammern, wie die Wirtschaftskammern damals hießen. Um die Gleichberechtigung der ArbeitnehmerInnen in der demokratischen Republik zu schaffen, standen deshalb zwei Wege offen: das Abschaffen der Handelskammern oder das Neuschaffen einer parallelen Einrichtung für ArbeiterInnen und Angestellte. Die UnternehmerInnen dachten natürlich nicht daran, auf ihre nützliche gesetzliche Interessenvertretung zu verzichten. Deshalb forderten die Gewerkschaften aller poli-



© Bildarchiv der AK Wien

**Schon 1889 gab es im – damals noch nicht demokratisch gewählten – Parlament eine Diskussion um die Errichtung von Arbeiterkammern. Die als „Auskunftspersonen“ geladenen Gewerkschaftspioniere – hier auf einem Erinnerungsfoto – stellten klar: Wir wollen nur solche Kammern errichtet sehen, die uns auch präzisierte, genau vorgeschriebene Rechte einräumen.**

tischen Richtungen Arbeiterkammern mit genau den gleichen Rechten und Möglichkeiten.

Die Arbeiterkammern sollten, so wünschten es sich die großen Freien Gewerkschaften, die mit der Sozialdemokratie verbunden waren, ein Schutzschild für die sozialen Errungenschaften sein. Sie sollten den Gewerkschaften ein Apparat sein, die Wirtschaft zu durchleuchten, sozialpolitisch das Gestrüpp gesetzlicher Einrichtungen zu durchdringen und arbeitsrechtlich alles verteidigen zu helfen. Eines war dafür allerdings Voraussetzung: Es musste verhindert werden, dass aus den Arbeiterkammern eine Art staatliche Gegengewerkschaft zu den als Vereine völlig staatsunabhängigen Gewerkschaften entstand. Die beste Garantie dafür waren die Kandidatur von GewerkschafterInnen bei den AK-Wahlen, die erstmals 1921 stattfanden,

und die Beschäftigung von ExpertInnen, die die Anliegen der Gewerkschaftsbewegung teilten. Auf dieser Basis gelang, was **Anton Hueber**, der Leitende Sekretär der Reichskommission der Freien Gewerkschaften erhofft hatte: Die Arbeiterkammern werden mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten einen bedeutsamen demokratisch organisierten wirtschaftlichen Block bilden.

Damit sei die Arbeiterschaft erst zur uneingeschränkten gesellschaftlichen und menschlichen Gleichberechtigung aufgerückt, die durch jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit vorbereitet wurde.

Zusammengestellt und kommentiert  
von Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at



# Wirtschaftsdemokratie

*Demokratie in der Wirtschaft bedeutet, alle Betroffenen müssen an allen Entscheidungen beteiligt sein, weil sie gemeinsam die Folgen ihres Handelns tragen.*

Autor: Dr. Alex Demirović

PD für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Univ. Frankfurt/M., Mitglied bei ver.di, DGS und DVPW

**G**ewerkschaften dehnen durch ihre Existenz den Raum der Demokratie aus, denn sie stellen eine Selbstorganisation der Lohnabhängigen dar, die sich durch Koalitionen Stimmrecht geben und die Macht der Kapitaleseite einschränken. Um dieses Recht wahrnehmen zu können, müssen sie auch für andere demokratische Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit eintreten. Die Existenz von Gewerkschaften ist keineswegs gesichert, es lassen sich vielfache Angriffe auf sie feststellen: Attacken in den Medien auf die Organisationen und ihre FunktionärInnen, Finanzierung gelber »Gewerkschaften« durch Unternehmen, Korruption von Betriebsräten, Verhinderung der Bildung von Betriebsräten etc. Mitbestimmungsrechte, gar wirtschaftsdemokratische Forderungen werden von den ArbeitgeberInnen bekämpft.

## Defensive Rechtfertigung

Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen erscheint selbst vielen GewerkschaftsfunktionärInnen und ihnen nahestehenden WissenschaftlerInnen kaum möglich. Die Gewerkschaften rechtfertigen Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie eher defensiv: die Modernisierung und Effizienzsteigerung der Unter-

nehmen, das Vertrauen der MitarbeiterInnen und der soziale Friede. Das ist zu eng, wenn auch nicht falsch. Im Gegenteil gehört es zu den Aufgaben der Gewerkschaften, sich um den Produktions- und Verteilungsapparat der Gesellschaft zu kümmern und die Fähigkeiten der Lohnabhängigen zu stärken, die notwendig sind, die gesellschaftliche Produktion und Verteilung zu verstehen und zu organisieren. Gerade deswegen müssen Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung immer an die funktionellen Grundlagen der Wirtschaft anschließen. Gleichzeitig muss die Wirtschaft selbst demokratisiert werden. Das Verständnis der wirtschaftlichen Prozesse sollte zu einer demokratischen Teilnahme und einer besseren, bedarfsorientierten und effizienten Gestaltung ökonomischer Prozesse führen können.

In einer mehr oder weniger funktionierenden parlamentarischen Demokratie gehört es zu den Formen demokratischer Praxis, dass Interessengruppen sich wechselseitig absprechen, Allgemeininteressen zu verfolgen. Gewerkschaften ist immer wieder vorgeworfen worden, nur Interessen ihrer Mitglieder oder nur einer kleinen Zahl von ArbeitnehmerInnen zu vertreten. Lange haben sich die Gewerkschaften darauf zurückgezogen, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen, also das Allgemeininteresse vertreten. Gerade dies wird vielfach bestritten. Demgegenüber genießen heute manchmal sehr kleine NGOs sogar große Wertschätzung, weil bei ihnen vermutet wird, dass sie für Interessen des Allgemeinwohls eintreten. Für die Gewerkschaften ist dies eine neue historische

## BUCHTIPP

Alex Demirović

### Demokratie in der Wirtschaft

Positionen – Probleme – Perspektiven



Westfälisches Dampfboot, 2007, 305 Seiten, € 28,70  
ISBN 978-3-8969-1656-3

#### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Herausforderung. Denn sie müssen sich als demokratische Kraft verstehen und begründen, dass die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten einem demokratischen Allgemeinheitsanspruch entsprechen. Aus diesem folgt nicht nur die besondere Bedeutung der Gewerkschaften, sondern eben auch die Verbindung mit anderen demokratischen AkteurInnen der Gesellschaft und der Forderung nach einer Vertiefung der Demokratie.

## Kraft demokratischer Allgemeinheit

In einer Demokratie läßt sich der Anspruch, das Allgemeine zu vertreten, jedenfalls nicht ein für allemal fixieren. Was als allgemein gilt, muss jeweils durch komplizierte Prozesse der Verallgemeinerung und der Bündnisse hergestellt und erhalten werden. Die Gewerkschaften vertreten bestimmte Themen, die es rechtfertigen in ihnen eine Kraft demokratischer Allgemeinheit zu sehen. Dabei

habe ich vor allem die Sicherung und Erneuerung eines nachhaltigen Produktionsapparats durch Investitionen-Innovationen-Qualifikation, seine Ausrichtung auf Ziele der Nachhaltigkeit und die Ermöglichung der demokratischen Kontrolle von Entscheidungen über Investitionen, über Produkte und Verfahren vor Augen.

### Rückhalt durch Lohnabhängige?

Kredite müssten öffentlich kontrolliert werden – womit keineswegs gemeint ist, dass staatliche Banken dem entsprechen. Weiters gehört demokratiepolitisch dazu, für mehr freie Zeit einzutreten, die Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen und das Verhältnis mit anderen Bereichen außerhalb der Arbeit auszubalancieren: Reproduktionsaktivitäten, Bildung und Fortbildung, Muße.

In der Diskussion über Wirtschaftsdemokratie wurde von der Partizipationsforschung oft kritisiert, dass jene kaum Rückhalt hatte in der Beteiligung der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz, zumeist durch die organisierte Interessenrepräsentation durch Betriebsräte oder Gewerkschaften vermittelt. Demgegenüber stellen viele Untersuchungen fest, dass es bei den Beschäftigten den starken Wunsch nach subjektiv befriedigender, als sinnvoll erfahrener Arbeit gibt, und dieser Wunsch mit Erwartungen auf Beteiligung verknüpft ist: Autonomie, Koordination der Arbeitsprozesse mit den KollegInnen, Überwindung von Hierarchien und Kontrolle, Möglichkeiten, eigene Erfahrungen einzubringen, berufliche Weiterbildung.

Dieses Bedürfnis wurde von den ArbeitgeberInnen ausgenutzt durch Angebote für direkte Beteiligung an die Beschäftigten. Obwohl diese Beteiligungspraxis zumeist in Strategien der Steigerung der Leistungsabgabe von Beschäftigten eingebaut ist, scheint es dabei auch zu Kompromissen kommen zu können: (informelle) Mitspracherechte im Austausch gegen größere Leistungsabgabe durch Offenlegung des Produzentenwissens. Für die Gewerkschaften stellt sich deswegen die Frage, wie dieser Bedarf nach direkter Beteiligung sich mit alten und neuen institutionalisierten Rechten

verbinden läßt. Auch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise drängt zu dieser Frage. Denn viele Unternehmen werden insolvent, könnten jedoch bei geringeren Renditeansprüchen von den MitarbeiterInnen in demokratisch verwalteten Betrieben weitergeführt werden. Die erworbenen Erfahrungen bei der autonomen Arbeitsgestaltung können gute Voraussetzungen bilden. Die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der Gemeinwirtschaft, mit Genossenschaften müssten kritisch berücksichtigt werden.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ergibt sich als Konsequenz der modernen Demokratie. Diese unterstellt die Gleichheit der BürgerInnen. Eine Einschränkung durch die Grenzen der Wirtschaft und insbesondere durch das Recht auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln versteht sich nicht von selbst, sondern muss begründet werden. Doch gerade diese überzeugenden Begründungen gibt es nicht. Es wird gesagt:

■ KapitaleigentümerInnen gehen ein Risiko ein, doch das tun auch die abhängig Beschäftigten, die sich unterordnen und das Unternehmensrisiko als ein Einkommens- und Arbeitsmarktrisiko tragen müssen. Unter Demokratiegesichtspunkten sollten alle mitentscheiden können, die von den Risiken betroffen sind.

■ UnternehmerInnen schießen Kapital vor und leiten daraus das Recht ab, über das Ergebnis der kollektiven Arbeit fortgesetzt verfügen zu dürfen. Dabei bleibt außer Betracht, dass durch die Arbeit der Lohnabhängigen der Wert des Kapitals erhalten und vermehrt wird. Der Überschuss, der akkumuliert wird, ergibt sich aus der Mehrarbeit der Lohnabhängigen. Nach mehreren Kapitalkreisläufen läßt sich nicht mehr sinnvoll davon sprechen, dass der privat angeeignete Reichtum und die unternehmerischen Kontrollrechte eine Belohnung für und Verzinsung auf vorgeschossenes Kapital darstellen. Es handelt sich um Aneignung fremder Arbeitskraft.

■ Die Verantwortung von UnternehmerInnen, die Kompetenz von ManagerInnen steht nicht so unstrittig fest, dass nicht auch hier Demokratie zur Anwen-

**W E B L I N K**

Mehr Infos unter:  
[de.wikipedia.org/wiki/Alex\\_Demirovic](http://de.wikipedia.org/wiki/Alex_Demirovic)

dung gelangen kann. UnternehmerInnen investieren nicht nach dem Bedarf der Gesellschaft, sondern nach Gesichtspunkten der Rendite, es kommt also einerseits zu Überkapazitäten und langfristig zu Zerstörung von gesellschaftlichem Reichtum, andererseits zu Versorgungsdefiziten und gesellschaftlich problematischen Produkten und Produktionsprozessen.

Die Effizienz von Unternehmen bemisst sich am Kapitalgewinn, nicht an Gesichtspunkten befriedigender Arbeit und gesellschaftlichen Bedarfs.

### Organisierte Unverantwortlichkeit

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt einmal mehr, dass UnternehmerInnen und ManagerInnen – wie sie selbst es auch einräumen – nicht wissen, was sie tun. Diese organisierte Unverantwortlichkeit spielt mit dem Leben von vielen Millionen Menschen und entspricht nicht dem Gedanken, dass wir frei sind und die Verhältnisse bestimmen können, unter denen wir leben.

Demokratie in der Wirtschaft bedeutet: Alle von den wirtschaftlichen Prozessen Betroffenen müssen an allen Entscheidungen beteiligt sein, weil sie gemeinsam auch die Folgen ihres Handelns zu tragen haben. Entsprechend muss die Wirtschaft demystifiziert und ein gesellschaftliches Verhältnis umgebaut werden, unter dem vernünftiges Handeln und gemeinsames Entscheiden über die gemeinsame Erzeugung der Lebensbedingungen für alle möglich wird.

**K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[demirovic@em.uni-frankfurt.de](mailto:demirovic@em.uni-frankfurt.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Recht menschlich

*Im aktuellen Regierungsprogramm ist eine »Modernisierung des Mitbestimmungsrechts nach Vorschlägen der Sozialpartner« für diese Legislaturperiode geplant.*

Autor: Mag. Hannes Schneller

Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

**Z**ur Einleitung eine persönliche Geschichte: Vor Jahren erkrankte ein Jugendfreund – als IT-Spezialist in einem namhaften Dienstleistungsunternehmen Österreichs beschäftigt – so schwer und langwierig, dass an ein Weiterarbeiten wie bisher nicht mehr zu denken war. Mitte 30 und mit zwei Kleinkindern, die gemeinsam mit seiner teilzeitbeschäftigten Frau zu versorgen waren, stand er plötzlich vor dem Nichts. Ganz abgesehen von der menschlichen Katastrophe, es sah auch die drohende Berufsunfähigkeitspension von der Höhe her nicht gerade üppig aus. Was das mit Demokratie in der Wirtschaft und Mitbestimmungsrechten am Arbeitsplatz zu tun hat? Ich kann es nur vermuten ...

## Guter Rat ist wählbar

Denn nun kommt der Betriebsrat ins Spiel. Noch bevor der alle denkbaren ArbVG- und ASVG-Hebel in Bewegung setzte, unternahmen die KollegInnen in zahlreichen Gesprächen mit dem Abteilungs- und dem Personalleiter alles, um zumindest die finanzielle Zukunft meines Freundes bestmöglich abzusichern. Am Bildschirm konnte er nicht mehr arbeiten, sein hohes Erfahrungswissen konnte aber noch einige Jahre eingesetzt werden, bis auch das nicht mehr ging. In der Zwischenzeit hatte er wieder so viele Versicherungsmonate erworben, dass seine

ASVG-Pension nicht mehr so schlecht aussah. Die Betriebspension wurde ebenfalls dank Intervention des BR noch etwas aufgebessert, und was am wichtigsten ist: All die Jahre standen ihm einzelne BR-Mitglieder zur Seite, erledigten mit ihm zahlreiche Wege zur PVA, Gewerkschaft und AK (siehe §§ 38 und 39 ArbVG), organisierten Rehabilitationsmaßnahmen, Arbeitserleichterungen (häufigere und längere Pausen; Ruhemöglichkeiten – siehe § 11 AZG und § 3 Abs. 2 ArbeitsinspektionsG), einen behindertengerechten Arbeitsplatz (§ 97 Abs. 1 Z 6, 8 und 9 ArbVG; § 22a Abs. 7 und 8 BehEinstG) und einiges mehr.

SkeptikerInnen werden nun einwenden, dass ähnliche Fälle auch in Unternehmen ohne BR human abgewickelt werden. Dabei wird aber vergessen, dass diesfalls unternehmerische »Gnade« – vielleicht auch, um die gesetzliche Mitbestimmung vom Unternehmen fernzuhalten – die Grundlage ist. Ein gesetzliches Mitbestimmungssystem ist dagegen ein Stück mehr Fairness am Arbeitsplatz, »iustitia distributiva« wie sie schon seit **Aristoteles** genannt wird: austeilende Gerechtigkeit. Und das in einem Rechtssystem, welches durchsetzbare Ansprüche und regelmäßige demokratische Gestaltung ermöglicht. Übrigens verdienen nach zwei österreichischen Studien die ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit BR im Durchschnitt um 16 Prozent bzw. 14 Prozent mehr als in betriebsratslosen Unternehmen der gleichen Branche.

Im aktuellen Regierungsprogramm ist eine »Modernisierung des Mitbestimmungsrechts nach Vorschlägen der Sozialpartner« als eines der Vorhaben in dieser

## BUCHTIPPS

Cerny/Gahleitner/Kundtner/Preiss/Schneller  
**ArbVG-Kommentar Band 2 und Band 3**  
(§§ 1–122 ArbVG)

Widowitsch/Füreder/Gstöttner-Hofer/  
Wall-Strasser (Herausgeber)  
**Zukunftsmodell Betriebsrat**

Alle Bücher erschienen im Verlag des ÖGB.

### Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Legislaturperiode verankert. Hintergrund dafür sind vor allem Änderungen in den Unternehmens- und Konzernstrukturen unserer »globalisierten« Wirtschaft, aber auch neue Arbeitsformen, zunehmende Atypisierung, exzessiver Einsatz von überlassenen Arbeitskräften und andere Veränderungen der Wirtschaftslandschaft in den vergangenen Jahrzehnten.

## Forderungen von AK und ÖGB

Seit März 2009 finden Sozialpartnergespräche im BMASK unter der fachlich kompetenten Leitung von Ministerialrätin Dr. Ritzberger-Moser statt. Der mehrere Einzelpunkte umfassende Forderungskatalog von ÖGB und AK lässt sich grob in folgende Kapitel gliedern:

■ Beseitigung von »Wahlbehinderungen« und »Wahlmanipulationen« – letztere finden z. B. immer öfter über fingierte Leih-ArbeitnehmerInnen statt,



**Beseitigung von »Wahlbehinderungen«  
und »Wahlmanipulationen« –  
letztere finden z. B. immer öfter  
über fingierte Leih-ArbeitnehmerInnen statt,  
so soll eine von der Geschäftsleitung  
vorgeschlagene Liste gewählt werden.**

BR-WUNSCHLISTE VOM CHEF

- HANS SCHLEIMBATZEN
- GABI VORAUSSIELENDERGEBILDET
- KURT EIGENMUTE
- MARTINA URWICHTIG
- PETER

so soll eine von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Liste gewählt werden;

- Beibehaltung der bewährten Vertretung durch Angestellten- und Arbeiter-BR (könnte bei einem »einheitlichen Arbeitnehmerbegriff« in Frage gestellt werden);
- Anpassung der Vertretungsstrukturen an veränderte Unternehmens- und Konzernstrukturen (»Standort-BR«, Unternehmens-Cluster-Mitbestimmung etc.);
- Leih-ArbeitnehmerInnen besser einbinden und die Kompetenzen von Überlasser-BR und Beschäftigter-BR exakter definieren bzw. Zusammenarbeit regeln;
- Informationspflichten des Betriebsinhabers (»ehestmöglich« und rechtzeitig) effektiv machen;
- Datenschutz am Arbeitsplatz (v. a. Mail- und Internetüberwachung sowie Gesundheitsdatenspeicherung);
- Verbesserungen bei Freistellung und Bildungsfreistellung (auch Ersatzmitglieder benötigen Weiterbildung);
- Verlängerung der Klagsfrist bei Kündigungsanfechtungen.

### **»Demokratisierung der Arbeitswelt«**

Der jahrzehntelange Kampf um eine humanisierte Arbeitswelt, um einen solidaren Interessenausgleich in der Belegschaft und gegenüber den UnternehmerInnen war und ist nicht einfach. Umso mehr lohnt es sich, für den Schutz

und Ausbau dieser Rechte weiterhin zu kämpfen. Die »Gegenseite« – und leider übernehmen viele Medien ungeprüft die Argumente der Wirtschaft – kämpft manchmal mit unlauteren Mitteln. Da werden BR-Vorsitzende persönlich angegriffen, mitunter »geködert« und dann der Presse »ausgeliefert«. Regelmäßig »zufällig« immer dann, wenn eine massive Umstrukturierung und schmerzhaft Personalreduktionen geplant sind, wird ein BR »angeputzt«: fettes Dienstauto, überhöhtes Gehalt ... Die täglichen Leistungen der ehrenamtlichen MandatarInnen – die sich im Gegensatz zu MandatarInnen anderer »Vertretungskörper« keine hochbezahlten BeraterInnen leisten können und wollen – werden meist ignoriert.

Wenn schon von Recht und Menschlichkeit die Rede ist: Bei rund 40.000 ehrenamtlich tätigen PersonalvertreterInnen und BR-Mitgliedern ist es auch nur menschlich, dass sich ab und zu eine Verfehlung feststellen lässt. Das Rechtssystem sollte man aber nicht in Frage stellen lassen. Viele KollegInnen bewundern die Breite und Durchsetzungskraft unseres Rechts, wie ich aus EU-weiten Koordinationstreffen weiß. Abgesehen von Skandinavien – wo über eine völlig anders geregelte Arbeitslosenversicherung eine enorm hohe Quote an Gewerkschaftsmitgliedern besteht – hat nur die BRD ein mit uns vergleichbares Mitbestimmungsrecht.

Kreiskys Schlagwort von der Demokratisierung aller Lebensbereiche wurde 1974 in ein Gesetz gegossen, das bis heute eine kaum schätzbare Bedeutung hat und zu einer »Humanisierung der Arbeitswelt« nachhaltig beigetragen hat. Man denke nur an den Höhepunkt der

Finanzkrise 2008/2009, wo durch Kurzarbeitsregelungen der Zuwachs an Arbeitslosigkeit um ca. die Hälfte hintan gehalten werden konnte. Was wäre wohl ohne ArbVG und ohne BR in der Automobil-Zulieferindustrie, im Finanzsektor usw. passiert? Wie viele Arbeitsplätze wurden gerettet, weil ein geschickt verhandelter Sozialplan oder der Hinweis auf die soziale Betroffenheit älterer KollegInnen die ArbeitgeberInnen von übereilten Kündigungen abhalten konnten? Unabschätzbare Leistungen, die ehrenamtlich und zum Teil auch in der Freizeit erbracht werden!

### **Eine der besten Arbeitswelten**

Winston Churchill meinte »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.« Ersetzen Sie die beiden ersten Hauptwörter durch »Mitbestimmung« und »Arbeitswelt-Gestaltungsformen«. Nach der nächsten Novelle des ArbVG, die spätestens 2012/2013 abgeschlossen sein sollte, werden wir noch immer eine »schlechte« Gestaltung der Arbeitswelt haben. Im internationalen Vergleich aber eine der besten aller real existierenden Welten.

#### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[johann.schneller@akwien.at](mailto:johann.schneller@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Opel Rekord, auf und ab

*Seit über 25 Jahren kommen Motoren und Getriebe der Traditionsmarke aus Wien-Aspern. Jetzt herrschen auch hier schwierige Zeiten für den Betriebsrat.*

Autor: Dr. Franz Mangelberger

Freier Journalist

**D**ie Mutter von Opel ist seit 1929 US-amerikanisch, die Marke Opel einer der größten Fahrzeughersteller der deutschen Automobilindustrie. Opelwerke sind auf fünf Staaten der EU verstreut, eines davon in Österreich. Seit die »Mutter« im Laufe der Finanzkrise erkrankt ist, geht es auch den Töchtern schlecht. Eine schwierige, aufreibende Zeit für den Betriebsrat.

## Goldene Zeiten bis 2008

»Bis 2008 haben wir trotz aller Schwierigkeiten eigentlich goldene Zeiten gehabt«, blickt Renate Blauensteiner, Arbeiterbetriebsratsvorsitzende von **General Motors** Powertrain in Wien-Aspern zurück. Sie kennt »ihr Werk« seit 27 Jahren, ein Jahr nach Inbetriebnahme hat sie dort zu arbeiten begonnen. Jetzt weht ein eisiger Wind, denn Opel kommt nicht mehr aus den Schlagzeilen.

Die finanzielle Situation der amerikanischen Muttergesellschaft verschlechterte sich dermaßen, dass der jetzige Eigentümer General Motors sich von seiner deutschen Tochter trennen wollte. Im Vorfeld wurden Werksschließungen angedroht, Lohnkürzungen angekündigt und staatliche Bürgschaften gefordert. Zu guter Letzt wurden nach monatelangen Verhandlungen der Verkauf abgeblasen, viele Köpfe ausgetauscht und Sanierungsmodelle vorgelegt, die zumeist

auf staatliche Garantien, Lohnverzicht der MitarbeiterInnen und immer wieder Werksschließungen, wie jetzt in Antwerpen, setzten. Auch wenn in Aspern keine Fahrzeuge, sondern nur Motoren und Getriebe hergestellt werden, so war und ist man im Wiener Werk dennoch ebenso besorgt, wie in den anderen Schwesterwerken der Opelfamilie. Ein Zustand der seit 2008 anhält und an den Nerven zehrt, aber auch, wie Renate Blauensteiner es nennt, viel »Fingerspitzengefühl« verlangt. »Alle haben Angst um den Arbeitsplatz und man muss der Belegschaft immer wieder die Lage erklären, soweit man sie selbst kennt, geht das Unternehmen in Insolvenz oder nicht. »Irgendwie fühlt man sich machtlos, versucht aber möglichst viele Sozialleistungen zu halten. Gleichzeitig aber wird von dir verlangt und gefordert, auch das Unternehmen zu retten.«

Manchmal komme man sich in der Krise schon wie ein Laufbursche der Geschäftsführung vor. »Wir haben eigentlich immer die schlechte Nachricht überbringen müssen, da unsere Geschäftsleitung sehr lange nicht an die Belegschaft gegangen ist. Die MitarbeiterInnen haben nur von unserer Seite die Information bekommen was wirklich läuft und nicht von der Geschäftsleitung, die immer gute Auslastung und hohes Volumen hervorstreicht und versichert, Aspern sei von Kürzungen nicht betroffen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn wir sind ein Teil des Ganzen, und wenn Opel insolvent wird, sind auch wir davon betroffen.«

Ungewissheit gepaart mit Ungereimtheiten zehrt an den Nerven aller. Schlimmer noch, wenn man in der Krise Men-

schen nichts sagt demotiviert das mehr, als ihnen die Wahrheit zu sagen. Aus der Alltagserfahrung im Betrieb weiß Renate Blauensteiner, dass »man aufpassen muss, damit die Leute nicht resignieren«. Anfangs waren es Existenzängste und Zukunftssorgen: Wie geht es weiter? Gibts noch ein Geld am Monatsletzten? Je länger diese Unsicherheit dauert, umso mehr ist das der Belegschaft egal. »Viele sagen sich halt, wenn du das Monat für Monat mitmachst, wie es bei uns war, dann ist es halt aus und vorbei. Für die Leute ist das eine Art von Selbstschutz, sonst schnappt man über, wenn man immer daran denken muss, krieg ich noch ein Geld oder krieg ich keines, hab ich noch einen Arbeitsplatz im nächsten Monat oder nicht.« Umso mehr drängt sie darauf, ihren rund 1.450 KollegInnen reinen Wein einzuschenken, weil es zu ihren Grundsätzen gehört, alles mit der Belegschaft abzustimmen und zu erklären, »was da läuft und was passiert«.

## Wollen nicht die Zeche zahlen

»Wenns schwierig wird bekommt der Betriebsrat die Schuld zugeschoben, weil die Arbeitnehmer ja zu viel gefordert haben«, ist Renate Blauensteiner verärgert: »Das sollte man unterlassen.« Vielmehr wünscht sie sich, Entscheidungsprozesse würden demokratischer ablaufen, »weil wir wollen als Arbeitnehmer nicht immer die Zeche zahlen«. Auch das Management mache Fehler, und oft frage man sich, ob es wirklich billiger sei, die Lohnverrechnung nach Spanien auszulagern, wenn MitarbeiterInnen oft wochenlang auf eine simple Gehaltsbestätigung war-

**Natürlich setzt Renate Blauensteiner auch auf Erfahrungen und Kenntnisse von KollegInnen anderer Werke, beispielsweise auf den Opel-Europabetriebsrat:**  
»Man ist ja Teil des Ganzen, deshalb muss man sich gerade in der Krise vernetzen, um nicht ausgespielt zu werden, und als Arbeitnehmervertreterin nicht unter die Räder zu kommen.«



ten müssen. Aber das Schuldbewusstsein von Managern halte sich in Grenzen.

Eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen in einem Unternehmen dieser Größenordnung und internationalen Verflechtungen ist eine funktionierende, gemeinsame Gesprächsbasis. Wie schnell diese verloren gehen kann, zeigen jüngste Ereignisse. Nach einem Treffen von BetriebsrätInnen, Gewerkschaft und Management in der Opelzentrale Rüsselsheim sind wieder einmal neue Entscheidungen auf den Tisch gekommen: Mehr Arbeitsplätze als verhandelt sollen dem Rotstift zum Opfer fallen, vertragliche Vereinbarungen seien gebrochen worden. Geht es nach dem Vize-Chef des europäischen Opel-Betriebsrates Rudi Kennes sei ein europaweiter Streik denkbar.

**Betriebsrat unter Druck**

Nicht ganz das, was sich Renate Blauensteiner vorstellt, denn für sie ist ein strikter Konfrontationskurs nicht hilfreich. »Man kann es schon machen, aber dann ist einer der Sieger und ein anderer der Verlierer, ich glaube, das ist die schlechteste Gangart.« Unternehmer oder Manager sollten aber wissen und verstehen, dass sie den Betriebsrat nicht aushebeln und gegeneinander ausspielen, sondern ihn mit einbeziehen sollen. »Manchmal, so hat man den Eindruck, agieren Manager weit weg von der Realität.« Immer und immer wieder erklärt die Geschäftsleitung, was alles nicht mehr leistbar ist. Wie stark derzeit der Betriebsrat unter Druck gesetzt wird, zeigt die Diskussion um ein neues »Schichtmodell«, in dem der Samstag zum Regelarbeitstag erklärt

werden soll. Gebetsmühlenartig ist immer wieder zu hören, wie dringend dieses neue Modell eingeführt werden müsse, um Kosten zu senken und Überstunden zu reduzieren. Für die Arbeitnehmervertreterin eigentlich absurd, wenn einerseits mit der Krise argumentiert wird, andererseits derzeit das Volumen, die Stückzahlen hoch sind.

Natürlich ist man von der Belegschaft gewählt, um verschiedene Sozialleistungen auszuhandeln, und nicht um sie abzuschaffen. Andererseits muss man auch die wirtschaftliche Lage der Firma im Auge haben. Gerade die freiwilligen Sozialleistungen werden in der Krise immer in Frage gestellt. »Da muss man dann herausfiltern, wie weit man da mitgehen kann, wie wirkt sich das auf jeden einzelnen der Belegschaft aus, wie wirkt sich das auf das Unternehmen aus.« Nicht immer ganz einfach. Hilfreich ist es jedenfalls, wenn die Belegschaft ausführlich informiert wird und Versprechen eingehalten werden. Nur dann sind die KollegInnen für Zugeständnisse bereit.

»Als Betriebsrat ist man kein Wunderwuzzi«, deshalb greift die Gewerkschafterin in solchen Situationen auf ExpertInnen und AnsprechpartnerInnen in Gewerkschaft und Kammer zurück. Eine wichtige Stütze für sie, eigentlich »das Um und Auf, das braucht man«. Natürlich setzt Renate Blauensteiner auch auf Erfahrungen und Kenntnisse von KollegInnen anderer Werke, beispielsweise auf den Opel-Europabetriebsrat, zu dem beste Kontakte bestehen: »Man ist ja Teil des Ganzen, deshalb muss man sich gerade in der Krise vernetzen, um nicht ausgespielt zu werden, und als Arbeit-

**WEBLINK**  
Opel Austria Powertrain:  
[www.gm-powertrain.at](http://www.gm-powertrain.at)

nehmervertreterin nicht unter die Räder zu kommen.«

**Monate der Unsicherheit**

Wie nach Redaktionsschluss bekannt wurde, hat am 9. Februar das Opel-Management das lange angekündigte Sanierungskonzept veröffentlicht und die Katze aus dem Sack gelassen. Europaweit sollen 8.300 Stellen – 7.000 in der Produktion und 1.300 in der Verwaltung - abgebaut und das Werk in Antwerpen geschlossen werden. Von den Standortländern will man dafür noch Geld einsammeln. Das Werk in Aspern ist nicht von Kündigungen betroffen, doch werden auch hier die verbleibenden MitarbeiterInnen zur Kasse gebeten. Sie sollen auf einen Teil ihres Lohnes verzichten, steht im Papier. Da es derzeit keine Verhandlungen, geschweige denn eine Einigung über den Sanierungsbeitrag der Belegschaft gibt, stehen den Betriebsräten noch harte Zeiten ins Haus.

**KONTAKT**  
Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[fmang@aon.at](mailto:fmang@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Chance auf Veränderung

*Die wirtschaftliche Mitbestimmung ist für BelegschaftsvertreterInnen ein wichtiges Instrument im Kampf um den Paradigmenwechsel in den Konzernen.*

Autor: Mag. Heinz Leitsmüller

Abteilung Betriebswirtschaft der AK-Wien

Die größte Wirtschaftskrise der vorigen Jahrzehnte scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Der Aufschwung wird sich jedoch noch Zeit lassen, die nächsten Jahre muss Österreichs Wirtschaft weiterhin mit geringen Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit rechnen. Für die Börsianer lief 2009 ohnedies wieder alles bestens. Die Aktienkurse verzeichneten zweistellige Zuwachsraten, die Kursstürze vom letzten Quartal 2008 sowie 1. Quartal 2009 mit bis zu 70 Prozent Wertverlusten konnten teilweise wieder aufgeholt werden. Die Banken zahlen wieder Boni und riskante Spekulationsgeschäfte boomen, als hätte es die Krise nie gegeben.

## Die Zeche zahlen wir

Die Zeche der Krise jedoch bezahlten vorwiegend die Beschäftigten. Ca. 50.000 Personen verloren bisher ihren Job, Zehntausende Beschäftigte mussten monatelang, vor allem durch Kurzarbeitsvereinbarungen, empfindliche Gehaltskürzungen hinnehmen und aufgrund der Insolvenzen von ca. 7.000 Unternehmen sind die Jobs von 28.000 ArbeitnehmerInnen gefährdet. Die ist noch nicht beendet. Gläubigerschutzverbände prognostizieren für 2010 einen weiteren Pleiterekord, ein neuerlicher Kurssturz an den Börsen kann angesichts der nach

wie vor bestehenden realwirtschaftlichen Probleme nicht ausgeschlossen werden.

## Weniger Handlungsspielraum

Für BelegschaftsvertreterInnen stellen Krisen enorme Herausforderungen dar. Um das Unternehmen lebensfähig zu halten und Arbeitsplätze abzusichern, muss rasch gehandelt werden, insbesondere dann, wenn die Reserven knapp werden. Das bedeutet aber auch, dass kaum Zeit für nachhaltige Sanierungsmaßnahmen wie das Ankurbeln der Umsätze, Produktentwicklungen oder die Stärkung der Vertriebsaktivitäten bleibt. Übrig bleiben oft nur Kostensenkungsprogramme – an erster Stelle Personalabbau. Je weiter die Krise vorangeschritten ist, umso radikaler müssen letztendlich die Schritte angesetzt werden. Für die wirtschaftliche Mitbestimmung bedeutet dies, dass die Partizipationsmöglichkeiten der Belegschaft immer geringer werden. Bei drohender Zahlungsunfähigkeit muss alles getan werden, um rasch wieder zu Geld zu kommen. Dann können sich die meisten Unternehmen potenzielle GeldgeberInnen nicht aussuchen. Die Gefahr ist groß, in die Fänge von Financiers zu gelangen, die langfristig nicht am Weiterbestand des Unternehmens interessiert sind. Für den Betriebsrat ist es in so einer Situation nur schwer möglich, Alternativen zu fordern, da er die sofortige Insolvenz riskiert. Dies bedeutet auch, dass der Krisen-Prävention im Rahmen der wirtschaftlichen Mitbestimmung ein besonderer Platz eingeräumt werden muss. Je eher es gelingt, auf den Krisenverlauf Einfluss zu nehmen, desto mehr Hand-

**BUCHTIPP**

**Unternehmenskrise**  
Krisen erkennen  
Krisen analysieren  
Krisen bewältigen

ÖGB-Verlag, 2009,  
300 Seiten, € 19,90  
ISBN: 978-3-7035-1385-5



**Bestellung:**  
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

lungsspielraum hat die Belegschaftsvertretung.

## Effizienzsteigerungspotenziale?

Oft werden Reorganisationsmaßnahmen jedoch nicht krisenbedingt veranlasst. So manche Auslagerung oder Betriebsstilllegung wird nur vorgenommen, um Rendite bzw. Unternehmenswert zu steigern. Eigenkapitalrentabilitäten von weniger als zwölf Prozent gelten mitunter bereits als »Kapitalvernichtung«. Die Jagd nach »Effizienzsteigerungspotenzialen« führt auch bei gesunden Unternehmen zu Einschnitten beim Personal. Auch Geschäftsführerwechsel führen mitunter zu Umstrukturierungsmaßnahmen, schließlich soll ja der Eindruck vermittelt werden, dass der neue Besen besser kehrt. Vermutlich haben auch zahlreiche Unternehmen die aktuelle Krise zum Anlass genommen, um sich von Beschäftigten zu trennen bzw. Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen.

Die Jagd nach »Effizienzsteigerungspotenzialen« führt auch bei gesunden Unternehmen zu Einschnitten beim Personal. Auch Geschäftsführerwechsel führen mitunter zu Umstrukturierungsmaßnahmen, schließlich soll ja der Eindruck vermittelt werden, dass der neue Besen besser kehrt.

Für Betriebsräte heißt es daher jetzt umso genauer hinzuschauen. Zu klären ist, über welche Kapital- und Liquiditätsreserven das Unternehmen verfügt, um Ertragsrückgänge eine Zeit lang auszuhalten. Ein Blick in den – hoffentlich vorhandenen – Businessplan sowie in die Auftragsliste gibt Orientierung über die zukünftige Entwicklung der Ertragslage. Harte Restrukturierungsmaßnahmen ohne wirtschaftliche Notwendigkeit stellen eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Mitbestimmung dar. Es gilt, alle vorhandenen Register zu ziehen. Im Mittelpunkt steht hier vor allem das arbeitsverfassungsrechtliche Instrumentarium. Dieses reicht von Wirtschaftsgesprächen über das Recht auf den Abschluss eines Sozialplans bei Betriebsänderungen, der Mitbestimmung im Aufsichtsrat bis hin zum Einspruch gegen die Wirtschaftsführung.

Letztendlich ist aber entscheidend, mit welchen Mitteln die Belegschaftsvertretung ihre Interessen durchsetzen kann. Erfolgsfaktoren sind dabei die Aktivierung und Mobilisierung der betroffenen Belegschaft aber auch die Vernetzung mit Verbündeten und MultiplikatorInnen.

### Mitbestimmung im Aufsichtsrat

Durch die Mitbestimmung im Aufsichtsrat erhalten Betriebsräte die Möglichkeit, vor allem auf strategischer Ebene Einfluss geltend zu machen. Hier wird diskutiert und entschieden, hier werden auch die Weichen für die Zukunft der Arbeitsplätze gestellt. Aufsichtsratsmitglieder werden in der Regel früher über bevorstehende Umstrukturierungen oder Krisen

informiert. Dieser Zeitgewinn erhöht den Handlungsspielraum für den Betriebsrat. Der besondere Wert des Aufsichtsrates besteht aber darin, in direktem Kontakt mit EigentümervertreterInnen und Vorständen über Konzepte diskutieren und entscheiden zu können. In Abhängigkeit von der jeweiligen Eigentümerstruktur bzw. vom Klima in diesem Gremium kann davon ausgegangen werden, dass sich der Betriebsrat Gehör verschaffen und mitunter auch Entscheidungen beeinflussen kann.

### Management braucht Kontrolle

Die Wirtschaftskrise hat aber auch gezeigt, dass bei vielen Unternehmen nach wie vor massive Kontrolldefizite vorhanden sind. Viele Manager haben in den vergangenen Jahren hochriskante Veranlagungen vorgenommen, um die Rendite – und damit meist auch ihre Boni – zu steigern. In vielen Aufsichtsräten wurde dem zu wenig Augenmerk geschenkt, die Folgen sind bekannt. Die nachfolgenden Verluste hinterließen massive Verluste in den Bilanzen und kosteten damit vielen Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Die Kontrolle in den Aufsichtsräten muss sich daher künftig viel stärker dem Thema Risikomanagement widmen.

Die BetriebsrätInnen werden dabei danach trachten, riskante Unternehmensstrategien einzudämmen und nachhaltige zu forcieren. Die wirtschaftliche Mitbestimmung im Aufsichtsrat steht stärker als je zuvor vor der Herausforderung, die einseitige Ausrichtung der Unternehmenspolitik in Richtung Maximierung des Shareholder-Values zu beenden und

Strategien einzufordern, die einen fairen Interessenausgleich zwischen Unternehmen, EigentümerInnen, Beschäftigten und Stakeholdern gewährleisten. Neben ökonomischen müssen gleichrangig soziale und ökonomische Ziele in die Steuerungssysteme der Unternehmen Einzug finden.

### Kampf um Paradigmenwechsel

Mit der wirtschaftlichen Mitbestimmung besitzen die BelegschaftsvertreterInnen ein wichtiges Instrument, um den Kampf um einen Paradigmenwechsel in den Konzernzentralen aufzunehmen.

Langfristig werden nämlich nicht jene Unternehmen überleben, die sich durch radikale Schlankheitskulturen ihrer gesamten Zukunftspotenziale berauben und ihre Renditen über waghalsige Finanzspekulationen und unüberlegte **Akquisitionen** suchen, sondern jene, die gerade jetzt auf Investitionen in Human-Kapital, Forschung und Entwicklung und Qualitätssteigerung setzen. Eine Unternehmenskultur, in der die Partizipation der Beschäftigten ihren berechtigten Stellenwert einnimmt, ist die größte Triebfeder, um diese Potenziale abrufen zu können.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[heinz.leitsmueller@akwien.at](mailto:heinz.leitsmueller@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Spiel mit neuen Regeln

*Neue Kommunikationsmethoden sind wertvolles Werkzeug für die ArbeitnehmerInnenvertretung im Betrieb und damit Chance für mehr Demokratie.*

Autor: Mag. Ulrich Schönbauer

Sozialforscher der AK Wien

Im Buch »Der flexible Mensch« beschreibt der Kultursoziologe Richard Sennett in einer Episode die Szeneregeln in New York, der Welthauptstadt der Werbebranche. Überlebensnotwendig sei der Tanz durch ein Netzwerk bestehend aus Dinners, Vernissagen, Drinks und anderen Varianten des Nachtlebens. Ergebnis und Triebfeder ist der sogenannte »Buzz«, das Summen des Gerüchtestroms, wo jene Storys erzählt werden, die den Informationsvorsprung bilden.

Analog funktionieren innerbetriebliche Kommunikationsströme. Erst in ihren Drehungen, Wendungen und Interpretationen erhalten die offiziell kolportierten Fakten jene Bedeutungen, die schlussendlich die Meinungsbildung bestimmen. In Gruppen und Grüppchen – in Pausen, Fahrgemeinschaften, bei Betriebsausflügen, Betriebsfeiern etc. – brillieren jene, die mit den »heißesten Storys« aufwarten. Sie sind die SchlüsselspielerInnen in den sozialen Netzwerken.

## Mission-Statement

Andererseits zeichnet sich das moderne Großunternehmen durch Einheitlichkeit aus: Von den Konzernzentralen wird in einem Mission-Statement der Wesenskern des Unternehmens auf den Punkt gebracht und dann von oben nach unten ausgerollt. Großunternehmen lassen sich

das auch einiges kosten. In aufwendig inszenierten Veranstaltungen werden die MitarbeiterInnen, meist unterstützt durch externe BeraterInnen, auf die Unternehmensleitlinien eingeschworen.

Unwillkürlich erinnert diese Methode der Ausübung von Herrschaft an **Antonio Gramscis** Konzept der kulturellen Hegemonie. Danach wäre es nicht der Zwang, durch den Herrschaft erst richtig gefestigt würde, sondern die Produktion zustimmungsfähiger Ideen. Damit ein Herrschaftssystem auf stabilen Beinen steht, müssen sich die Unterworfenen mit den bestehenden Praktiken identifizieren oder sie zumindest passiv hinnehmen. Es müsse quasi die Meinung vorherrschen, in der »besten aller möglichen Welten zu leben«. Eine Überzeugung, aus der sich lange Jahre der Neoliberalismus speiste. In Erinnerung ist heute noch das von **Margaret Thatcher** proklamierte »There is no alternative« sowie die ideologische Unterfütterung durch **Francis Fukuyamas** »Das Ende der Geschichte«.

## Vertrauenskrise

Das war vor der Finanzkrise. Nach Umfragen hat seither nicht nur das Vertrauen in die Banken und die Politik massiv gelitten, sondern auch in die Führungseliten der sogenannten Realwirtschaft.

In Zeiten einer Vertrauenskrise, brachialer Umstrukturierungen und Personalabbaumaßnahmen fällt vielen Beschäftigten die Identifikation mit ihrem Unternehmen und seiner »Mission« immer schwerer. Damit müssen auch innerbetriebliche Interessenvertretungen in ein neues Feld der Auseinandersetzungen ein-

treten. Durch die nachhaltige Förderung von Kommunikation im Betrieb müssen sie die Entwicklung neuer Sichtweisen ermöglichen und gleichsam eine Gegenhegemonie aufbauen.

Dafür wurden in den vorigen Jahren eine Reihe von Kommunikationsmethoden und -instrumenten entwickelt. Vier werden nachfolgend vorgestellt.

## Die soziale Netzwerkanalyse

In der innerbetrieblichen Meinungsbildung spielen zwei Kommunikationstypen eine zentrale Rolle: Die **Opinion Leader**, die innerhalb ihrer Clique maßgeblichen Einfluss auf die Meinungsbildung haben. Und Opinion Broker, die wie Bienen zwischen verschiedenen Gruppen hin und her fliegen und so den Informationsfluss zwischen den Gruppen gewährleisten.

Meist kennen BetriebsrätInnen die WortführerInnen in ihren Betrieben. Aber oft sind für die Stimmungen im Betrieb Personen mitverantwortlich, die sich eher im Hintergrund halten. Um auch sie sicht- und damit greifbar zu machen, braucht es spezielle Analyseinstrumente: z. B. die soziale Netzwerkanalyse.

Diese wird auch von Marketingabteilungen großer Unternehmen kommerziell genutzt. Kundensegmente werden auf die zentralen MeinungsführerInnen durchleuchtet, die dann für die Kooperation, oftmals in Form von **Prelaunch Focus Groups**, gewonnen werden: In diesen kleinen Gruppen wird getestet, welche Angebote wie bei den Kunden/-innen ankommen, und ausgelotet, welche Bedürfnisse sich in vermarktbarere Angebote



In Zeiten einer Vertrauenskrise, brachialer Umstrukturierungen und Personalabbaumaßnahmen fällt vielen Beschäftigten die Identifikation mit ihrem Unternehmen und seiner »Mission« immer schwerer.

übersetzen lassen. Gerade in Zeiten der Informationsüberflutung können diese Gruppen eine wichtige unterstützende Funktion für die Betriebsratsarbeit übernehmen. Sie können aufzeigen, wo genau die Belegschaft der Schuh drückt. In ihnen kann man bestimmte Vorhaben bereits im Vorfeld abtesten. Und sie können schließlich die Arbeit des Betriebsrats promoten.

Umfragen waren lange Zeit relativ kompliziert. Seit einigen Jahren existieren einfach handhabbare elektronische Umfrageinstrumente, wie z. B. das **survey-monkey**, die mühsame Zwischenschritte bis zur Auswertung ersparen. Der Fragebogen wird gleich elektronisch erstellt, per Link versandt, die Antworthäufigkeiten werden automatisch errechnet und können jederzeit abgerufen werden.

Da Umfragen die Stimmung in der Belegschaft einfangen, sind sie höchst wirkungsvoll in der Auseinandersetzung mit dem Management. So können die wirklich brennenden Themen transparent gemacht werden. Und so können die Vorhaben des Managements sehr rasch aus dem Blickwinkel der Beschäftigten bewertet werden. In beiden Fällen wird die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen einen lebendigen Diskurs innerhalb der Belegschaft zur Folge haben.

### Betriebsversammlungen

Im Regelfall dienen Betriebsversammlungen der Information der Belegschaft über Leistungen und Vorhaben des Betriebsrats und des Managements. In vielen Betrieben lässt sich eine zunehmende Ausdünnung der Betriebsversamm-

lungen feststellen. Betriebsversammlungen als Großgruppenveranstaltungen setzen beim Kommunikationsbedürfnis der Beschäftigten an. Sie bieten die Chance, gleich während der Versammlung miteinander ins Gespräch zu kommen. So könnte ein Schlüsselthema vor Ort in mehreren Kleingruppen diskutiert werden und die Quintessenz dieser Diskussionen durch die SprecherInnen der Kleingruppen an den Betriebsrat zurückgemeldet werden. Durch diese Chance zur direkten Einflussnahme sind die Beschäftigten den gemeinsam entwickelten Ergebnissen gegenüber stärker verpflichtet, und auch der Betriebsrat hat mehr Rückhalt in der Belegschaft.

### Weblogs

Eine der simpelsten und gleichzeitig effektivsten Arten, das Internet zu nutzen, sind Blogs: Ein Blog ist in wenigen Minuten erstellt und bietet nicht nur dem Betriebsrat die Möglichkeit, seine Botschaften zu veröffentlichen. Die MitarbeiterInnen können unverzüglich darauf reagieren und ihre Kritik, ihr Lob oder ihre Fragen unter den Artikel posten. Weblogs sind somit interaktiver als die – oftmals in die Unternehmensseiten eingebundenen – Webseiten der Betriebsräte.

Weblogs müssen nicht notwendigerweise auf diese Funktion einer »interaktiveren Betriebszeitung« beschränkt bleiben. Zu speziellen Themen lassen sich (geschlossene) **Newsgrups** bilden und durch die Einspeisung in überbetriebliche soziale Netzwerke können die Diskurse – zum Beispiel branchenspezifisch – aus-

### WEBLINK

Gesellschaftspolitisches  
Diskussionsforum (GEDIFO)  
[www.gedifo.wordpress.com](http://www.gedifo.wordpress.com)

geweitet und dynamisiert werden. Hier stehen wir wohl erst am Anfang einer rasanten Entwicklung.

Eine Gerüchteküche mit vielen Köchen – so stellen sich Betriebe heute dar, trotz aller Bestrebungen der Unternehmensführung nach einer einheitlichen Corporate Identity. Oftmals hat man sogar den Eindruck, je mehr Vereinheitlichung »von oben« gewünscht wird, umso wilder schießen die Gerüchte ins Kraut und umso unkontrollierter wird die Kommunikation. Mit neuen Kommunikationsmethoden und -instrumenten haben die ArbeitnehmerInnenvertretungen die Möglichkeit, als Gegenpol zur Unternehmensleitung meinungsbildend zu wirken, und die Beschäftigten direkter als bisher in ihre Mitbestimmungsaufgaben miteinzubeziehen. So würde auch die ArbeitnehmerInnen-Interessenpolitik spannender, lustvoller, effektiver und effizienter.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[ulrich.schoenbauer@akwien.at](mailto:ulrich.schoenbauer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gemachte Wirklichkeit

*Das Web 2.0 ist Alltagskultur geworden und wird wohl auch einen Kulturwandel mit sich ziehen, ob demokratieförderlich oder nicht.*

Autorin: Mag. Elke Radhuber

Abteilung Bildung, Freizeit und Kultur

Öffentliche Kommunikation versteht sich erst seit der Aufklärung als ein allgemeines Recht: Immanuel Kant erkannte in seinem Traktat »Zum ewigen Frieden« im Jahr 1795 das Grundrecht auf Publizität an, insbesondere Freie Rede und öffentlichen Vernunftgebrauch. In der historischen Entwicklung gab es dazu natürlich viele Widerstände. Der »Masse« wurde freilich die intellektuelle Fähigkeit abgesprochen, sich zu Politik und anderen Themen eine kompetente Meinung zu bilden. Oder wie der Wissenschaftler **Noam Chomsky** drastisch kritisiert: Die Führungsklasse verordnet dem gemeinen Volk die »richtige Meinung«. Da das gemeine Volk – so meinen die Eliten – aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen nicht befähigt ist, sich eine »richtige Meinung« zu bilden.

## Fördern Medien Demokratie?

Für den nicht unumstrittenen Chomsky gilt dies im Wesentlichen noch heute für die vorherrschende Medien- und Politikpraxis. Er begründet dies in seinem Propagandamodell mit verschiedenen Parametern: Der Aufbau von klassischen Medien zwingt schon per se dazu, eine Auswahl vorzunehmen. So sind beispielsweise TV-Nachrichten relativ kurz, zu kurz, um ein tatsächliches Abbild der Wirklichkeit zu geben. Das gilt natürlich auch für die Nachrichtenstruktur anderer

Medien. Durch die Auswahl und Aufbereitung findet eine bestimmte – von Eliten gewollte – Darstellung der Wirklichkeit statt. Zudem haben neue oder komplexere Gedankengänge, die nicht in einer Kurzmeldung erklärbar sind, ohnehin wenig Chance, eine Verbreitung (und somit Öffentlichkeit) zu erleben.

Aus historischer Sicht bietet das moderne Web nie da gewesene Möglichkeiten der Öffentlichkeit: Jeder Mensch, der über die technischen Voraussetzungen verfügt, kann seine Inhalte und Meinungen mit der gesamten Web-Community weltweit teilen. Und noch dazu auf Knopfdruck und ohne Expertise. In der Praxis ist dies natürlich nicht ganz so einfach – aber theoretisch ist es möglich.

## Web 2.0 als Demokratietreiber?

Vor wenigen Jahren, als die Chancen von Web 2.0 wesentlich deutlicher als die Gefahren gesehen wurden, bekam das Internet den Ruf eines gewaltigen Demokratietreibers. Auch wenn dies mittlerweile von vielen Seiten kritisch hinterfragt wird, erlebt Web 2.0 einen Ausbreitungs- und Relevanzschub. 2009 explodierte die Anzahl derer, die entweder selbst typische Web 2.0-Anwendungen nutzen – oder sie zumindest kennen. Begriffe wie Blogs, Facebook, Twitter etc. müssen seltener erklärt werden. Selbst sogenannte »off-liner« haben oft schon einmal davon gehört.

De facto nutzen etwa zehn Prozent der ÖsterreicherInnen die Social Network-Seite Facebook und stellen darin – mehr oder eher weniger – relevante Informationen und Fotos für ihr eigenes Netzwerk zur Verfügung. Nachrichten vom Micro-

## INFO & NEWS

### Web 2.0 »Mit-Mach-Web«

Ist die zweite Generation vom Web, das sich durch verschiedene ineinander greifende Merkmale auszeichnet: interaktive Verwendung, kollaborative Nutzung (Zusammenspiel) von Technologien die das ermöglichen etc.

### Soziale Netzwerke

Beziehungspflege-Plattformen, die unterschiedlich ausgerichtet sein können (z. B. Facebook eher privat; Xing -> Business)

### Skriptum SK 07: Web 2.0

Skriptum bestellen bei:  
[margarita.skalla@oegb.at](mailto:margarita.skalla@oegb.at)  
 VÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Blogging-Dienst Twitter wurden bei der Iranberichterstattung sogar vom ORF zitiert, da traditionelle Kommunikationskanäle abgeschnitten wurden. Dies sind nur zwei Beispiele für die Ausbreitung bzw. allgemeine Relevanzanerkennung von Web-2.0-Anwendungen.

## Der Prothesengott

Mit Web 2.0 kann also Otto Normalverbraucher für ein persönliches Anliegen weltweit mobil machen. Theoretisch. Praktisch muss man allerdings mitdenken, dass das Web immer noch in erster Linie Vermittlungsträger ist. Auch wenn besonders im New-Media-Bereich eine vielfältige Wechselwirkung zum Tragen kommt. Der Philosoph und Medientheoretiker **Marshall McLuhan** formu-

Zum Verhältnis des Menschen zu technischen Entwicklungen erfand schon Sigmund Freud den Begriff des Menschen als »Prothesengott«: Das Streben nach gottähnlicher Perfektion mit Hilfe von allerlei Hilfsmittel macht den Menschen zu einem Wesen, der seine eigenen Mängel durch Prothesen ausgleicht.



lierte so schön treffend: »the medium is the message« – »Das Medium ist die Botschaft«. Kurz gesagt verstand McLuhan das Medium als Verlängerungsarm des Menschen. Das bedeutet auch, dass sich das Medium auf die Botschaft auswirkt. Heute hat dieser Satz wohl mehr Bedeutung denn je. Denn dieser Verlängerungsarm ist Allgemeingut geworden. Zum Verhältnis des Menschen zu technischen Entwicklungen erfand schon Sigmund Freud den Begriff des Menschen als »Prothesengott«: Das Streben nach gottähnlicher Perfektion mit Hilfe von allerlei Hilfsmittel macht den Menschen zu einem Wesen, der seine eigenen Mängel durch Prothesen ausgleicht. Es kommt allerdings zu dem Effekt, dass es sich um Prothesen – also Fremdkörper – handelt, und somit immer eine gewisse Schwierigkeit im Umgang damit bestehen bleibt.

## Manipulation

Das moderne Web bietet die Möglichkeit, scheinbar grenzenlos zu publizieren und zu recherchieren. Das hat seinen Preis. Die Nutzung erfordert eine gewisse Medienkompetenz. Die Freude über Phänomene der kollektiven Intelligenz, wie z. B. Wikipedia, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch so etwas wie kollektive Dummheit gibt. Denn: Noch nie war es einfacher, Falschmeldungen schnell und effizient durch den virtuellen Raum zu schicken. Auch Wikipedia wurde bereits mehrmals Opfer absichtlicher Manipulation, welche ungeprüft von JournalistInnen übernommen wurde.

Unangefochtene Nummer eins bei der Web-Recherche ist Google: 80 Prozent

aller Suchanfragen werden über die elf Jahre junge Suchmaschine gestartet. Und auch hier gibt es Nebenwirkungen, derer sich die Suchenden selten bewusst sind: Google speichert jeden Suchvorgang. Google weiß also, was die Suchenden für bedeutsam und interessant halten. Womit Google hauptsächlich Geld verdient, dürfte auch kein Geheimnis sein: Werbung. Es ist also die logische Konsequenz, dass zielgruppengerecht Werbung geschaltet wird. Das Speichern von Daten zieht natürlich vielerlei Problemstellungen nach sich. Neben einer Werbebelagerung und indirekten Bevormundung wird der Mensch äußerst durchsichtig. Dies kann natürlich – insbesondere in totalitären Staaten – zu einem ständig drohenden Damokles-Schwert werden. Aktuell gab es in China einen Hackerngriff auf die Konten von Menschenrechtsaktivisten. Offiziell heißt es nun seitens Google, dass die Bedingungen in China nicht mehr hingenommen werden. Gespräche mit der Regierung stehen an. Wie damit umgegangen wird bleibt abzuwarten. Ganz real geht es natürlich um Menschenleben, die durch solche Datenangriffe gefährdet werden können.

Die komplexen Rechenverfahren von Google lernen übrigens ständig dazu: Mit jeder Suchanfrage verändert sich auch das Ergebnis, die Suche wird also auf die (vermeintlichen) individuellen Interessen abgestimmt. Hier liegt die Gefahr nahe, dass sich ein gewisses Scheuklappendenken etablieren könnte: Man wird nur noch mit Informationen versorgt, die einen interessieren – der Horizont verengt sich. Dieses Dilemma geht auch von anderen Web-2.0-Diensten aus, so können über

## WEBLINK

Verband Österreichischer  
Gewerkschaftlicher Bildung:  
[www.voegb.at](http://www.voegb.at)

sogenannte **RSS-Feeds** beispielsweise bestimmte Nachrichten abonniert werden.

## Wandel

Web 2.0 ist nicht mehr als Hype zu verstehen – es ist Alltagskultur geworden, und diese wird wohl auch einen Kulturwandel im Umgang mit sich ziehen. Ob demokratieförderlich oder nicht – Möglichkeiten und Gefahren sind ganz real vorhanden. Der Philosoph **Walter Benjamin** sah schon sehr früh diese Entwicklungen vorher: »Innerhalb großer geschichtlicher Zeiträume verändert sich mit der gesamten Daseinsweise der menschlichen Kollektiva auch die Art und Weise ihrer Sinneswahrnehmung«, meinte er 1936 und dachte dabei an eine gravierende Veränderung der Wahrnehmung, die eine politische, gesellschaftliche und technische Dimension miteinbezieht.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[elke.radhuber@oegb.at](mailto:elke.radhuber@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# »Goldene Regeln«

*In der EU haben Wirtschaft und Industrie oft größere Einflussmöglichkeiten auf EntscheidungsträgerInnen – ein demokratiepolitisches Problem.*

*Autorin:  
Mag. Christina Weichselbaumer*

*Referat für Kommunikation  
und Öffentlichkeitsarbeit, GdG-KMSfB*

**K**urz nach dem Höhepunkt der Finanzkrise, im Spätherbst 2008, setzte die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema Hedgefonds an. Wenige Wochen zuvor forderte eine Mehrheit Europäischer Abgeordneter, quer durch alle Parteien, einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag. Nur dummerweise war die Konsultation etwas unglücklich angesetzt: Abgesehen von der eher unüblich kurzen Frist von sechs Wochen zur Stellungnahme, war genau dann auch noch Weihnachten: Von 18. Dezember 2008 bis 31. Jänner 2009 hatten InteressenvertreterInnen Zeit, ihre Expertise und Standpunkte einzubringen. Besonders kleinere beziehungsweise wenig finanzstarke Organisationen kommen bei so einem Vorgehen schnell an ihre organisatorischen und personellen Grenzen, für viele ist eine Partizipation praktisch unmöglich.

## Ein Konsenspapier?

Was die Kommission später als Vorschlag vorlegte, um die Aktivitäten von Hedgefonds zu regulieren, erntete breite Kritik: Löchriger als ein Stück Schweizer Käse sei das Dokument; Interessen realwirtschaftlicher Unternehmen oder von ArbeitnehmerInnen seien einfach ausgeklammert worden im angeblichen Konsenspapier.

Dabei hat die Kommission nur das fortgeführt, was sie schon vorher machte: Sie formulierte ihre finanzpolitischen Vorschläge fast ausschließlich auf Rat der Finanzindustrie, mit der sie sich in Expertenrunden berät. Nach kommissionseigenen Richtlinien sollten diese Gruppen in ihrer Zusammensetzung heterogen sein, um so ein gesamtgesellschaftliches Interesse zu repräsentieren und damit Prozesse demokratisch zu legitimieren. In der Praxis ist es mit der diesbezüglichen Repräsentativität aber nicht weit her.

Schon als die Finanzkrise überkochte und sich Banken weltweit um staatliche Gelder anstellten, wandte sich die Kommission an BeraterInnen mit einer großen Nähe zum Finanzdienstleistungssektor. So wurden jene ExpertInnen zur Bewältigung der Krise konsultiert, die schon in der Gestaltung des Systems das Sagen hatten, das überhaupt zur Krise führte: In diesen Gruppen fanden sich vorrangig VertreterInnen von Privatbanken, Versicherungsgiganten und Finanzunternehmen. Der Finanzdienstleistungssektor hat so ein de facto Beratungsmonopol. Die Kommission legitimiert ihre Vorschläge aber genau mit der Beteiligung dieser Expertengruppen. Interessenvertretungen aus anderen Lebensbereichen, abseits des Finanzsektors, die auch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive berücksichtigen würden, finden sich nur am Rande, in deutlicher Unterzahl oder eben gar nicht.

Die bis dato größte industriegeleitete Kampagne löste ein ganz anderes Vorhaben der EU aus: Mit der Verordnung zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (**REACH**) sollte

erstmalig das weitgehend unkontrollierte und risikobehaftete Rechtsvakuum für chemische Produkte am EU-Markt beendet werden. Ein primär gesundheits-, umwelt- und arbeitsschutzrelevantes Thema mit immensen Auswirkungen auf die Chemieindustrie, was diese natürlich sofort auf den Plan rief. REACH beabsichtigte, eine große Zahl von chemischen Substanzen, eingesetzt in Industrie und Haushalt, erstmalig einer Gesundheits- und Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Der Plan war ambitioniert, so sollten etwa Chemikalien mit hohem Risiko verpflichtend ersetzt werden. Zum Beispiel Chemikalien, die sich in Kleidung, Spielzeug, Putzmitteln, Computern, Teppichen usw. fanden und deren gefährliche Wirkung auf Mensch und Umwelt durch Studien belegt waren. Kampagnenprofis in Fach- und Dachverbänden der Chemieindustrie bemerkten schnell, dass mit fachlichen Argumenten ihre Interessen nicht durchzubringen waren. Die Beweislage war sozusagen zu erdrückend, Umwelt-, Konsumenten- und ArbeitsschutzexpertInnen fühlten sich gut mit Argumenten und Fakten ausgestattet.

## Zweifelhafte Argumente

Also wurden vonseiten der Industrie zweifelhafte Argumente ins Rennen geschickt: Als methodisch unzureichend bewertete, aber gut verbreitete Studien wurden herangezogen, um mit drohenden Arbeitsplatzverlusten gegen REACH zu argumentieren. ArbeitnehmervertreterInnen sollten so an Bord geholt werden, um sich gegen die EU-Richtlinie zu stellen. Auf die positiven Gesundheits-

**Mit der großzügigen finanziellen Ausstattung florierender Konzerne haben sie alle Ressourcen, in Konsultationsrunden stets in der Überzahl zu sein. Von einer Chancengleichheit der Partizipation sind die politischen Prozesse der Europäischen Union jedenfalls heute meilenweit entfernt.**



effekte für die Bevölkerung Europas gingen diese Studien nicht ein – sie wurden aber auch von der Chemieindustrie in Auftrag gegeben. Plötzlich entdeckten Industrie-InteressenvertreterInnen auch ihr Herz für Tiere. Für die Umsetzung von REACH würden zwölf Millionen Tiere für Versuchszwecke benötigt, hieß es justament von jenen Organisationen, die sich noch kurz davor gegen weitere Tierversuchsbeschränkungen einsetzten. PolitikerInnen, die selbst oder deren MitarbeiterInnen bei Chemie-Unternehmen unter Vertrag standen, gehörten ebenso zum scheinbar demokratischen Geschäft im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Interesses wie Premierminister, die sich ausschließlich von Industriedachverbänden beraten ließen, um anschließend zu intervenieren. Obwohl eine Vielzahl von Konsumentenschutz- und Umweltorganisationen sich für REACH stark gemacht hatten, war das Ergebnis im Endeffekt überwiegend von der Chemieindustrie beeinflusst. Die Industrie, die reguliert werden sollte, hatte sich also ihre Regeln weitgehend selbst gegeben.

### Reiche Ressourcen

Europäisch oder international tätigen Unternehmen kommen die Strukturen der Europäischen Union durchaus entgegen. Mit der großzügigen finanziellen Ausstattung florierender Konzerne haben sie alle Ressourcen, in Konsultationsrunden stets in der Überzahl zu sein. Von einer Chancengleichheit der Partizipation sind die politischen Prozesse der Europäischen Union jedenfalls heute meilenweit entfernt.

Abseits von Unternehmerinteressen sind viele InteressenvertreterInnen in ihrer Organisation und politischen Einflussnahme noch immer national orientiert, mit wenig transnationaler Koordination. Die Gründe dafür sind vielfältig: Während Unternehmerverbände längst europäisierte und globalisierte Unternehmen vertreten, arbeiten ArbeitnehmerInnenvertretungen ebenso wie NGOs im Interessen von Menschen, die in der Eigenwahrnehmung noch immer auf nationaler Ebene leben, arbeiten und konsumieren.

Dazu kommt, dass sich die Teilorganisationen in den Mitgliedsstaaten oft schwer einigen und Interessenbündnisse über Grenzen hinweg schwierig sind; der Aufwand nach Brüssel zu kommen im Gegensatz zur Unmittelbarkeit der nationalen Hauptstädte, und die Schwierigkeit einen Konsens zu erreichen, wenn trennende Elemente auf Basis von Interesse, Kultur und Politik oft groß sind.

Zwar gibt es Tendenzen, dass die europäische Koordination zunimmt, oft fehlt es aber den europäischen Verbänden noch an repräsentativer Kraft oder Autorität, die noch immer bei nationalen Mitgliedsorganisationen liegen. Die Unmittelbarkeit der nationalen Hauptstädte und die Schwierigkeit einen Konsens mit anderen nationalen Organisationen zu erreichen führt dann zum Schwerpunkt der Einflussnahme auf nationaler Ebene. Der Aufwand, Anliegen europäisch zu formulieren, ist groß und Nutzen oder Erfolg sind oft sehr viel schwerer greifbar.

Die Notwendigkeit von Regulierungen auf europäischer Ebene ist unumstritten, ebenso die Einbeziehung sektoren-

### WEBLINK

ÖGB-Europa-Büro:  
[www.oegb-eu.at](http://www.oegb-eu.at)

renspezifischer und gesamtgesellschaftlicher Interessen und Expertisen. Die gelebte Praxis, dass sich Wirtschaft und Industrie durch ihre praktisch deutlich größeren Einflussmöglichkeiten auf die relevanten EntscheidungsträgerInnen ihre Regeln selber schreiben, stellt ein eminentes demokratiepolitisches Problem dar.

### In der EU gefordert

Interessenvertretung auf nationaler Ebene bleibt zwar ein wichtiger Faktor, Gewerkschaften oder NGOs können aber auf die Arbeit auf europäischer Ebene nicht mehr verzichten. Dort sind sie gefordert eine entsprechende Gegenmacht zu entwickeln. Zusätzlich ist der Bedarf nach klaren und besseren Transparenzregeln, die den wirtschaftlichen Einfluss auf politische Entscheidungen offenlegen, nach wie vor gegeben. Allerdings nicht nur in der EU.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[christina.weichselbaumer@gdg-kmsfb.at](mailto:christina.weichselbaumer@gdg-kmsfb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Zeit = Geld = Macht

*Im demokratischen Prozess hat gute Einflussmöglichkeiten, wer Machtpositionen in Wirtschaft oder Politik innehat. Frauen sind dort notorisch unterrepräsentiert.*

Autorinnen:  
Mag. Sybille Pirklbauer,  
Mag. Petra Völkerer

Politologin, Frauenabteilung der AK Wien,  
Bildungsökonomin der AK Wien

In einer Demokratie geht die Macht vom Volke aus. Soweit die Binsenweisheit. Einzig: Das Volk ist keine einheitliche Masse, sondern besteht aus unterschiedlichsten Menschen. Diese haben aufgrund ihrer verschiedenen Voraussetzungen sehr unterschiedliche Chancen, am demokratischen Prozess teilzunehmen.

## Wer Macht hat, hat Einfluss

Gute Einflussmöglichkeiten hat, wer Machtpositionen in Wirtschaft oder Politik innehat. Frauen sind dort notorisch unterrepräsentiert. Nicht einmal fünf Prozent der Geschäftsführungen und neun Prozent der Aufsichtsratsmandate der Top-200 österreichischen Unternehmen sind mit Frauen besetzt. Nur knapp ein Drittel der Abgeordneten zum Nationalrat sind weiblich. Macht ist also in Österreich sowohl in Wirtschaft als auch in der Politik immer noch überwiegend männlich.

Aber auch wer keine Top-Position hat, kann sich einmischen. Denn nicht nur Wahlen und Abstimmungen gehören zur Demokratie, sondern auch eine möglichst breite Diskussion und Meinungsbildung im Vorfeld von Entscheidungen. Sich informieren, mit Bekannten diskutieren,

LeserInnenbriefe schreiben, Petitionen unterstützen, den/die Abgeordnete des eigenen Wahlkreises anmailen, sich im Betriebsrat engagieren oder sich einem politisch tätigen Verein anschließen – auch das sind Teile eines demokratischen Prozesses, in dem jede und jeder die Möglichkeit haben sollte, sich einzubringen.

## Gratis-Arbeit meist weiblich

Damit trotz dieser unterschiedlichen Ausgangslagen Menschen in einer Gesellschaft zu einem Gemeinwesen zusammenfinden können, braucht es ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt aufgrund gemeinsamer Werte und ähnlicher Lebensumstände. Der demokratische Prozess hat dabei eine doppelte Bedeutung: Erstens bestimmt er über konkrete politische Maßnahmen, im Betrieb beispielsweise über die Frage, welche Arbeitszeitmodelle vereinbart werden. Auf gesellschaftlicher Ebene geht es etwa darum, wer welche Abgaben zahlen muss, und welche Leistungen daher öffentlich angeboten werden können und deshalb nicht durch private (meist weibliche) (Gratis-)Arbeit erbracht werden müssen. Kurz: Es wird entschieden, wer wie viel Zeit und Geld zur Verfügung hat. Zweitens wird geregelt, wie diese Entscheidungen zustande kommen. Es geht also um Zeit, Geld und Macht.

Dabei gibt es zahlreiche Überschneidungsflächen: Wer Geld und Zeit hat, hat auch Macht, wer Macht hat, kann über Geld und Zeit bestimmen. Bildung bestimmt über künftiges Einkommen und Aufstiegschancen und Aufstieg wiederum über Geld und Macht, während

umgekehrt Geld und sozialer Status den Zugang zu Bildung und zu Macht entscheidend mitbestimmen.

Frauen leisten in Österreich fast zwei Drittel der unbezahlten Haus-, Betreuungs- und Versorgungsarbeit. Viele Frauen erledigen diese zusätzlich zur bezahlten Erwerbsarbeit und kommen so auf eine 64-Stunden-Woche (bei Männern sind es 48 Stunden). Wer so ausgelastet ist, hat wenig Gelegenheit, an Weiterbildung teilzunehmen oder auch politisch die eigenen Interessen zu lobbyieren – egal ob im Betrieb oder außerhalb. Sich zu informieren, sich zu Wort zu melden oder in anderer Form zu engagieren braucht eben auch Zeit.

## Wer zahlt, schafft an

Wer kein Geld hat, hat wenig zu bestimmen. Das sind in Österreich noch immer hauptsächlich Frauen: Sie haben einen geringeren Anteil an Vermögen und an bezahlter Erwerbsarbeit und verdienen rund 40 Prozent weniger als männliche Arbeitnehmer. Daraus ergibt sich eine schlechtere soziale Absicherung und eine höhere Armutsgefährdung. Wer wirtschaftlich geschwächt ist, ist auch politisch kaum stark. Wer den Großteil seiner oder ihrer Energie darauf verwenden muss, die eigene Existenz zu sichern, dem fehlt sie oft für politisches Engagement.

Bildung hat in dieser Hinsicht eine dreifache Bedeutung. Zum Ersten hat Bildung einen direkten Effekt auf die Einkommen der Frauen: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher das Einkommen. Zum Zweiten spielen Kinderbetreuung



**Wer kein Geld hat, hat wenig zu bestimmen. Das sind in Österreich noch immer hauptsächlich Frauen: Sie haben einen geringeren Anteil an Vermögen und an bezahlter Erwerbsarbeit und verdienen rund 40 Prozent weniger als männliche Arbeitnehmer.**

ungsstätten als Bildungseinrichtungen eine entscheidende Rolle bei der Frage, ob und in welchem Ausmaß Eltern – in der Praxis vor allem Mütter – trotz Betreuungspflichten Zeit für andere Aktivitäten zur Verfügung steht. Das betrifft natürlich vorrangig die Erwerbstätigkeit, aber auch die Teilnahme am demokratischen Prozess. Auf Alleinerziehende trifft das in noch höherem Ausmaß zu.

### **Bildungswesen schlecht gerüstet**

Zum Dritten ist Kinderbetreuung jene Institution innerhalb des Bildungssystems, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt Ungleichheiten ausgleichen kann. Eine empirische Analyse von 22 Ländern von Völckerer und Sauer zeigt, dass das österreichische Bildungswesen schlecht gerüstet ist, um den für die Demokratie so wichtigen sozialen Zusammenhalt zu fördern. Zwar wird im Sozialsystem viel Geld dafür aufgewandt, soziale Probleme im Nachhinein durch Geldtransfers auszugleichen, der Ansatz, solche Missstände von vornherein durch ein auf Ergebnisgerechtigkeit ausgerichtetes Bildungssystem zu vermeiden – sprich alle erhalten im Laufe ihrer Bildungslaufbahn die Aufmerksamkeit und Förderung, die sie brauchen, um ähnlich gute Ergebnisse zu erzielen –, findet in Österreich aber zu wenig Umsetzung. Für Frauen ist das besonders problematisch.

Dabei kann ein breiter Zugang zu Bildung in Verbindung mit einem möglichst hohen Bildungsstand der Bevölkerung und hoher Qualität im Bildungssystem einem Auseinanderdriften der Gesellschaft stark entgegenwirken. Bildung

schafft ein höheres Einkommen, vermindert das Risiko der Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung und kann somit in Zeiten der Krise als Auffangnetz dienen.

Umgekehrt ist (höhere) Bildung eine nötige Voraussetzung für ein demokratisches Miteinander. Glaeser, Ponzetto und Shleifer weisen anhand historischer Entwicklungen darauf hin, dass ein höheres Niveau an Bildung Menschen lehrt, mit anderen auf friedliche Weise zu interagieren. Das führt zu mehr bürgerschaftlichem Engagement sowie einer hohen Wahlbeteiligung.

Eine Förderung von Begabungen unabhängig vom Geschlecht, eine Auseinandersetzung mit Grundfragen der Demokratie (durch ernst gemeinte, politische Bildung in Schulen) und den gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern bis hin zur Ausbildung von selbstbewussten jungen Frauen, die Entscheidungspositionen beanspruchen – das Bildungssystem kann in vielfältiger Weise dazu beitragen, die Benachteiligungen von Frauen in Demokratie und Wirtschaft zu bekämpfen.

### **Zeitressourcen gerecht verteilen**

Eine demokratische Gesellschaft muss es ermöglichen, dass alle Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können, sowohl im Unternehmen als auch in der Gesellschaft – unabhängig von Geschlecht und sozialem Status. Eine unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die wirtschaftliche Gleichstellung im Sinne gerechterer Verteilung von Einkommen und Zeitressourcen. Die skandinavischen Länder haben vorgemacht,

## **W E B L I N K**

In{}fem Forschungswerkstatt:  
[www.forschungswerkstatt.org](http://www.forschungswerkstatt.org)

wie es geht: Sie verbinden ein hohes Wohlstandsniveau mit einer wesentlich gerechteren Verteilung von Bildung, einem hohen Maß an Gleichstellung von Frauen und Männern und einem starken sozialen Zusammenhalt.

### **Chancen für Frauen verbessern**

Dafür braucht es Investitionen in die Zukunftsbereiche Kinderbetreuung, Bildung – auch für Erwachsene – und Pflege. So können die Arbeitsmarktchancen und Einkommen von Frauen verbessert und die Chancen der Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund gesichert werden. Selbstverständlich führen diese Maßnahmen nicht automatisch zu einer gleichen Teilhabe von Frauen und Männern an Wirtschaft und Demokratie. Aber sie sind eine unverzichtbare Voraussetzung dafür.

## **K O N T A K T**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorinnen  
[sybille.pirklbauer@akwien.at](mailto:sybille.pirklbauer@akwien.at)  
[petra.voelkerer@akwien.at](mailto:petra.voelkerer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gründet Konzerne

*Demokratie als Businessplan: Wie funktioniert partizipatives Wirtschaften?  
Was sind die Möglichkeiten dieses Organisationskonzeptes, wo liegen die Probleme?*

Autor:  
Mag. (FH) Markus Zabradnik

Freier Journalist

Informationsasymmetrie, **Einkommensspreizung**, Kontrollkosten, Shareholder-Value, Hierarchie. Bereits ein kurzer Auszug aus dem Kanon der gängigen Unternehmensorganisation macht klar, dass sich die marktorientierte Ökonomie von einer Demokratie unterscheidet. Solange dieses System funktioniert, mag es müßig erscheinen, wenn der Umstand hinterfragt wird, dass einige wenige – die EigentümerInnen – eine Entscheidungshoheit über viele andere – die Beschäftigten – haben. In dem Bonmot »Gehts der Wirtschaft gut, gehts uns allen gut« steckt mehr als ein Funken Wahrheit: Eine prosperierende Geschäftswelt generiert einen Bedarf an Arbeitskraft und bildet die Grundlage für hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wenn sich diese Grundlage aber als instabil erweist, ist eine Auseinandersetzung mit den dafür verantwortlichen Entscheidungen und deren Grundlage – der Eigentümerschaft – von existenzieller Bedeutung.

## Heuschrecken? MitarbeiterInnen!

Eine Situation, in der sich die Basis des Wirtschaftssystems als instabil erweist? Ja, es geht um die aktuelle Lage der Weltwirtschaft. »Diese Lage hat sich aus einem pervertierten Umgang mit dem Shareholder-Value entwickelt«, weiß

Mag. Alexander Rauner. Der Mitarbeiter der finanz- und handelspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich sieht die Krise als Resultat einer auf Aktienwert zentrierten Eigentümerschaftsbegriffs und die darauf ausgerichtete Unternehmensführung: »Daraus entwickeln sich spekulative Blasen. Man kann einen Betrieb nicht nur in Hinblick auf eine Kenngröße führen, dies schadet langfristig den Eigentümern.«

## ArbeitnehmerIn? EigentümerIn!

Langfristiges Interesse an Unternehmen besteht nicht, wenn die Eigentümerschaft als Handelsgut betrachtet wird; die TeilhaberInnen müssen tiefer mit dem Betrieb verbunden sein. Dies prädestiniert die Beschäftigten als EigentümerInnen. Da die Suche eines Arbeitsplatzes aufwendiger ist als der Handel von Geschäftsanteilen an der Börse, sind ArbeitnehmerInnen eher an nachhaltigem Wirtschaften interessiert als KapitalinvestorInnen.

Die Schlüsselfrage ist laut Rauner: »Will ich einen libyschen Staatsfonds als Shareholder oder eine Verwurzelung in meinem Standort?« Eine Antwort darauf sei die MitarbeiterInnenbeteiligung. Weitere Vorteile seien leichtere Weitergabe von Erfolgen an die Beschäftigten und die Bindung an das Unternehmen – »Betriebe konkurrieren nicht nur am Absatzmarkt, sondern auch am Arbeitsmarkt«.

Als österreichisches Musterbeispiel für die Kapitalbeteiligung der MitarbeiterInnen gilt die voestalpine. Die Arbeitnehmererschaft hält an dem Stahlkon-

zern zehn Prozent. Ob die Beschäftigten den Konzern deshalb als »ihr« Unternehmen sehen, sei dahingestellt. Geringfügige Kapitalbeteiligung ist aber bloß ein Ende des Spektrums: »Wenn man den Bogen weiter spannt, kommt man zur solidarischen Unternehmensführung durch Mitarbeiter«, weiß Prof. Dietmar Rößl, Leiter des Forschungsinstituts für Kooperationen und Genossenschaften an der WU Wien. Diese Art der Geschäftsorganisation heißt Produktivgenossenschaft, das **Suffix** »mit beschränkter Haftung« minimiert das finanzielle Risiko der Mitglieder.

Im Gegensatz zur Kapitalbeteiligung lässt sich diese Form der Partizipation nicht im Nachhinein schrittweise auf einen Betrieb applizieren, sondern ist von Anfang an Bestandteil seiner Struktur oder ergibt sich aus Restrukturierungen, etwa nach Insolvenzen. Laut Rößl ist es »kaum möglich, dass komplexe Unternehmungen auf diese unmittelbare solidarische Art geführt werden. Die Produktivgenossenschaft bietet sich in Bereichen an, in denen Personen auf dem gleichen Level zusammenarbeiten«.

## Österreich? Deutschland!

Ein Unternehmen, das den MitarbeiterInnen gehört, unbeschränkte Partizipation an Entscheidungen ermöglicht und Kontroll- und Anreizsysteme überflüssig macht? Das klingt doch gut und sollte in vielen Branchen die erste Wahl bei Gründungen sein. Dennoch ist die Produktivgenossenschaft in Österreich selten: Mit dem Tiroler Gerätewerk Matri und dem Wiener Malereibetrieb



**Die Schlüsselfrage ist laut Rauner, »Will ich einen libyschen Staatsfonds als Shareholder oder eine Verwurzelung in meinem Standort?« Eine Antwort darauf sei die MitarbeiterInnenbeteiligung. Weitere Vorteile seien leichtere Weitergabe von Erfolgen an die Beschäftigten und die Bindung an das Unternehmen.**

Maldek sind nur zwei Unternehmen so organisiert. Dietmar Rößl führt die geringe Verbreitung von Genossenschaften auch darauf zurück, dass bei kleinen Kooperationen meist die Gründung eines Vereins vorgezogen würde. »Vielleicht ist hierzulande auch das Miteinander nicht so ausgeprägt.«

Zumindest weniger ausgeprägt als in Deutschland, wo die Genossenschaft eine Renaissance erlebt. Das Genossenschaftsrecht wurde 2006 reformiert, Gründungen erheblich vereinfacht. Zudem werden kooperative Unternehmen durch Mittel der Bundesagentur für Arbeit subventioniert, um die Lage des Arbeitsmarktes zu verbessern. Als Vorzeigeprojekt gilt ein von zwölf ehemals arbeitslosen Frauen als Genossenschaft geführtes Restaurant in Schleswig-Holstein.

### Demokratie? Problem!

»Wie sich die Genossenschaften in Deutschland entwickeln, wenn die Subventionen wegfallen, muss sich erst zeigen«, sagt Rößl. Das Problem von partizipativen Betrieben liegt für ihn aber nicht in der Wettbewerbsfähigkeit, sondern in einem intrinsischen Merkmal der Organisation: der demokratischen Entscheidungsfindung. So lange die Beteiligten ähnliche Interessen haben, kommen sie schnell auf einen gemeinsamen Nenner. Doch »je größer die Heterogenität, desto größer das Konfliktpotenzial, und desto schwieriger wird es, eine einheitliche Linie zu finden.«

Alexander Rauner sieht Partizipation an Unternehmensführung als Chance,

aber auch als Gefahr: »Unterschiedliche Arbeitnehmer bringen unterschiedliche Standpunkte ein und ermöglichen Innovation. Mitbestimmung so weit wie möglich; doch wenn Entscheidungsprozesse zu langwierig werden, führt das zur Ermüdung der Beteiligten.«

### Genossenschaft? Konzern!

Entscheidungsunfähigkeit durch zu viele und zu verschiedene Interessen – sind dem Wachstum von partizipativ organisierten Unternehmen natürliche Grenzen gesetzt? »Viele Produktivgenossenschaften sind im Laufe ihrer Entwicklung zu GmbHs geworden«, weiß Dietmar Rößl, nennt aber auch das Gegenbeispiel: »Mondragon ist ein Riesending.«

Die Mondragon Corporation geht auf eine 1955 gegründete baskische Werkstätte zurück. Aus der ursprünglich fünfköpfigen Handwerks-Produktivgenossenschaft hatte sich bis 2008 ein internationaler Mischkonzern mit mehr als 90.000 MitarbeiterInnen entwickelt, von denen 83 Prozent Vollmitglieder der Genossenschaften waren.

Eine große Zahl von Beteiligten, die Entscheidungsfindung im Keim ersticken sollte. Warum Mondragon dennoch funktioniert? »Man kann nur spekulieren«, meint Rößl. »Ich vermute, dass ab einer gewissen Größe einer solchen Struktur nicht mehr die unmittelbare Mitbestimmung im Vordergrund steht, sondern andere Vorteile des solidarischen Denkens: Organisationskultur, Arbeitsplatzsicherheit und Krisenfestigkeit.«

### WEBLINK

Österreichischer  
Genossenschaftsverband –  
Gründungsleitfäden & Publikationen  
[www.oegv.info/publikationen](http://www.oegv.info/publikationen)

Nachhaltigkeit, Innovation, Erfolgsbeteiligung, solidarisches Denken. Auf dem Papier sehen diese Eckpunkte des kooperativen Wirtschaftens besser aus als die eingangs erwähnten Begriffe der traditionellen Unternehmensführung. Sowohl die Konzepte der MitarbeiterInnenbeteiligung als auch der Partizipation hätten sich eine vermehrte Anwendung in der Praxis verdient, darin sind sich Wirtschaftskammermitarbeiter Rauner und Kooperativenforscher Rößl einig. Nachdem der klassische Shareholder-Value-Karren kürzlich gegen die Wand gefahren wurde, scheint die gegenwärtige Stimmung für mehr Demokratie in der Wirtschaft zu sprechen: 2009 ging der Wirtschaftsnobelpreis an eine Arbeit über die gemeinschaftliche Verwaltung von Allgemeingütern, und 2012 ist das UN-Jahr der Genossenschaften.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[markus.zahradnik@gmail.com](mailto:markus.zahradnik@gmail.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Tausche Rat gegen Rad

*Sind Regionalwährungen und Tauschkreise probate Mittel gegen die negativen Auswirkungen von Globalisierung und Wirtschaftskrise?*

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Im deutschen Chiemgau haben immer mehr Menschen ungewöhnliche dicke Brieftaschen. Denn neben den Euro-Münzen und Scheinen haben sie auch Chiemgauer bei sich. Die Gutscheine (die Bezeichnung Geld ist wegen des staatlichen Monopols nicht erlaubt) im Wert von ein bis 50 Euro werden seit rund sieben Jahren gedruckt. Was 2003 als Projekt einer Waldorfschule begann, hat sich zur größten Regionalwährung im deutschsprachigen Raum entwickelt. So wurden 2009 Chiemgauer im Gesamtwert von vier Mio. Euro umgesetzt, 600 Betriebe akzeptieren das Regiogeld.

## WAFFEL im WUK

Zurück nach Österreich: Im Wiener WUK (Werkstätten- und Kulturhaus) werden jeden Monat WAFFEL getauscht. So nennt sich die virtuelle Währung des Tauschkreises LETS (Local Exchange Trading System). LETS wurde 1983 in Kanada entwickelt und besteht seit 1995 in Wien ([www.waffeltausch.at](http://www.waffeltausch.at)). Für eine Arbeitsstunde werden allgemein 100

WAFFEL (Wir arbeiten füreinander für einheitlichen Lohn) verrechnet.

## Jede Tätigkeit ist gleich viel wert

Die Ideen hinter Tauschkreisen und Regionalwährungen sind weltweit ähnlich: Es geht immer um selbstbestimmtes Handeln, um Teilhabe, Austausch von Waren, Dienstleistungen und Informationen mit Gleichgesinnten und Nachbarn. Jemand bietet eine Dienstleistung an und bekommt dafür als Honorar eine gewisse Summe der jeweiligen Komplementärwährung.

Im Prinzip ist jede Tätigkeit gleich viel wert, egal ob es um Putzen, Fliesenlegen oder um Hilfe bei der Steuererklärung geht. In Ausnahmefällen, etwa wenn Miet- oder Materialkosten anfallen, kann auch ein höherer Stundensatz vereinbart werden. LETS beispielsweise ist als Verein organisiert, der Mitgliedsbeitrag ist eher gering (16 Euro pro Jahr). So können auch Erwerbsarbeitslose oder PensionistInnen Dinge eintauschen, die sie nicht mehr brauchen oder ihre Arbeitskraft anbieten – und können sich dadurch vielleicht etwas leisten, das sonst nicht im Budget wäre.

Die Künstlerin Lorina Niederstätter ist seit 2004 dabei: »Mittlerweile ist LETS ein wichtiger Teil meines Lebens. Egal ob ich Hilfe bei meinem Computer, Massage oder ein Kleidungsstück brauche, ich schaue zuerst nach, ob ich das nicht über LETS finden kann.«

Das System bringt Vorteile in vieler Hinsicht: Erfolgserlebnisse dadurch, dass unter Umständen auch Leistungen honoriert werden, die man sonst gratis er-

bringen würde bzw. plötzlich versteckte Begabungen und Talente zum Vorschein kommen. Man kann Sachen, die man längst nicht mehr braucht, gegen wirklich Benötigtes tauschen. Und bei den meisten Tauschkreisen und Komplementärwährungen kommt ein Teil des umgesetzten Geldes gemeinnützigen Einrichtungen zugute. So zahlen Unternehmen, die den Chiemgauer akzeptieren drei Prozent an den Verein oder eine selbstgewählte soziale Organisation.

Ob der Chiemgauer in Oberbayern oder der Waldviertler in der niederösterreichischen Krisenregion, bei Regionalwährungen geht es nicht nur um soziale Netzwerke, sondern auch darum, die regionale Wirtschaft, Klein- und Mittelunternehmen aus der Gegend zu fördern.

## Talente-Tauschkreis-Vorarlberg

Der Talente-Tauschkreis-Vorarlberg (TTKV) beispielsweise kooperiert mit mehr als 200 Betrieben, die entweder vollwertige Mitglieder im Verein sind oder aber Talente-Gutscheine akzeptieren. Der TTKV wurde 1996 gegründet und verbuchte 2009 einen Umsatz von 2,8 Mio. Talenten (Tt). Derzeit sind 115 Tt zehn Euro wert, mit den Talenten kann man entweder einkaufen oder Dienstleistungen bezahlen. Werden sie in Euro umgetauscht, so gehen zehn Prozent an eine soziale Einrichtung.

Der TTKV ist in acht Vorarlberger Regionen aktiv, hat rund 1.500 (überwiegend weibliche) Mitglieder mit ca. 650 Konten. Talente-Tauschkreise und -börsen gibt es mittlerweile in ganz Österreich. Das Regionalgeld hat sich zur Kom-

WEBLINK

Talente-Tauschkreis-Vorarlberg:  
[www.talentiert.at](http://www.talentiert.at)

Komplementärwährungen setzen auch heute wichtige Akzente: Zinsgewinne gibt es nicht, das Geld – und damit die Arbeitsplätze – bleiben in der Region, durch das Tauschen hat man viele persönliche Kontakte und last but not least: Für den netten Nachbarn um wenig Geld eine Leistung zu erbringen macht entschieden mehr Spaß, als das für ein Großunternehmen zu tun.

## INFO & NEWS

### Das Zeitvorsorge-Modell

Gemeinsam mit dem Sozialsprengel Leiblachtal hat der Talente-Tauschkreis Vorarlberg ein Modell entwickelt, bei dem Mitglieder auf einem speziellen Konto langfristig Stunden ansparen können. Diese können falls nötig erst Jahre später für eigenen Betreuungsbedarf oder beispielsweise für Leistungen zugunsten der Eltern bei Mitgliedsorganisationen wie etwa der Caritas in Anspruch genommen werden. Dabei behalten die Gutscheine weiterhin ihren Wert, für eine Stunde Arbeit bekommt man auch eine Stunde zurück. Im Rahmen des EU-Interreg-Projektes „Gemeinschaft/Vorsorge/Nahversorgung“ soll das Zeitvorsorge-Projekt gemeinsam mit der Vorarlberger Landesregierung auf das gesamte Bundesland ausgeweitet werden.

plementärwährung entwickelt, denn zum Teil kann auch schon überregional bzw. international getauscht werden.

### Chiemgauer und Waldviertler

Was LETS, Talentbörsen und andere gemeinsam haben: Es handelt sich um Non-Profit-Systeme mit geringen Jahresbeiträgen für den bürokratischen Aufwand u. Ä., es gibt keinen Zwang etwas zu kaufen oder zu verkaufen, es gibt kein »Bankgeheimnis«, der Kontostand jedes Einzelnen ist allen Mitgliedern bekannt, meist gibt es einen Kontoüberziehungsrahmen, Guthaben werden nicht verzinst. Im Gegenteil: Der Chiemgauer und

der Waldviertler beispielsweise verlieren alle drei Monate zwei Prozent an Wert. Dadurch soll erreicht werden, dass das Geld im Umlauf bleibt und nicht gehortet wird – ganz nach den historischen Vorbildern, die in den 1930er-Jahren mit Regionalwährungen eine Zeit lang der Wirtschaftskrise trotzen konnten.

### Wunder von Wörgl

Am bekanntesten und erfolgreichsten war das Projekt in der Tiroler Gemeinde Wörgl. Ende Juli 1932 gab die Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Michael Unterguggenberger als Lohn der Gemeindeangestellten sogenannte Arbeitswertscheine aus, den Wörgler Schilling. Damit konnten sowohl die Gemeindesteuern als auch Einkäufe bei den lokalen Kaufleuten bezahlt werden. Monatlich musste eine Marke zu einem Prozent des Nennwertes der Note gekauft und in ein dafür vorgesehenes Feld auf der Vorderseite des Geldscheins geklebt werden, um diesen gültig zu erhalten. Anders gesagt: der Wörgler Schilling verlor monatlich ein Prozent an Wert (Schwundgeld).

Sparen war damit völlig unattraktiv. Das Experiment gelang, innerhalb von 14 Monaten sank die Arbeitslosigkeit in der Gegend von 21 auf 15 Prozent, während sie überall anders weiter gestiegen war. Fachleute aus aller Welt reisten an, um das Wunder von Wörgl zu besichtigen. Allerdings erreichte die Österreichische Nationalbank per Gerichtsbeschluss, dass das Freigeld-Experiment 1933 schließlich eingestellt werden musste.

Komplementärwährungen setzen auch heute wichtige Akzente: Zinsgewinne gibt es nicht, das Geld – und damit die Arbeitsplätze – bleiben in der Region, durch das Tauschen hat man viele persönliche Kontakte und last but not least: Für den netten Nachbarn um wenig Geld eine Leistung zu erbringen macht entschieden mehr Spaß, als das (ebenfalls ohne soziale Absicherung) für ein Großunternehmen zu tun.

Unter anderem auch auf den menschlichen Faktor setzen die InitiatorInnen des Tauschkreises KAESCH.

In der Region Kabelwerk, Alt-Erlaa und Schöpfwerk soll ab kommendem Herbst ein komplementäres Währungssystem eingeführt werden. »Bisher gab es zwischen diesen – zum Teil sozial sehr unterschiedlich strukturierten – Wohngebieten nur wenige Berührungspunkte«, erzählt Renate Schnee vom Stadtteilzentrum Bassena. »Jetzt treffen sich gleich mehrere BewohnerInnen dieser Bezirksteile regelmäßig alle zwei Wochen in der KAESCH-Steuerungsgruppe.« Unterstützt wird die Gruppe unter anderem von dem Unternehmensberater Gernot Jochum-Müller, einem der Initiatoren vom Talente-Tauschkreis Vorarlberg.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Globalisierung anders

*Die Welt darf nicht multinationalen Konzernen überlassen werden, Gewerkschaften und NGOs müssen internationale Solidarität entgegensetzen.*

Autorin: Mag. Pia Lichtblau

weltumspannend arbeiten – ÖGB

**A**usgerechnet Bananen, Bananen verlangt sie von mir!«, lautet der Refrain eines Schlagers aus den 1920er-Jahren. Einer Zeit, in der eine Banane noch ausgesprochener Luxus war, eine exotische Frucht, die aus fernen Ländern per Schiff nach Europa gebracht werden musste. Seither hat sich viel verändert – die Globalisierung hat dazu geführt, dass die Welt heute scheinbar kleiner geworden ist: Kommunikation, Transport, Reisen sind heute schnell und billig; Konzerne kaufen, produzieren und verkaufen weltweit und zahlen ihre Steuern dort, wo sie am niedrigsten sind; Markenprodukte haben längst jeden Winkel des Erdballs erobert, sodass alle heute die gleichen Limonaden trinken und Turnschuhe tragen – sofern sie es sich leisten können.

## Vielschichtiger Prozess

Die Globalisierung ist ein vielschichtiger Prozess, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Kultur, Wissenschaft, Transport, Kommunikation und vieles mehr umfasst. Einige Beispiele: Der internationale Tourismus hat sich seit 1950 um das 25-fache vervielfacht – heute treten rund 635 Mio. Menschen jährlich grenzüberschreitende Reisen an. Das tun sie häufig mit dem Flugzeug: Die Anzahl der internationalen Passagier-Kilometer hat sich in derselben Zeit fast verhundert-

facht! Auch die Menge an Waren, die per Flugzeug transportiert werden, hat stark zugenommen, im Jahr 2003 betrug die Luftfracht 55.000 Tonnen pro Tag. Dabei ist dies nur der kleinste Teil des grenzüberschreitenden Warentransports, 90 Prozent davon werden nach wie vor per Schiff an ihr Ziel gebracht. Unvorstellbare 27.500 Mrd. Tonnen-Meilen. In engem Zusammenhang damit steht natürlich der Warenhandel, der zwischen 1950 und 2007 um den Faktor 29,2 zugenommen hat.

## Seit Jahrhunderten

Wann der Prozess der Globalisierung begonnen hat, lässt sich nicht an einem konkreten Zeitpunkt festmachen. Tendenzen dazu gibt es jedenfalls schon seit Jahrhunderten – man denke etwa an die Zeit ab dem 15. Jahrhundert, als europäische Staaten zu Eroberungsfahrten in die ganze Welt aufbrachen, mit dem Ziel, neues Land zu unterwerfen, um sich Rohstoffe sowie häufig auch dort lebende Menschen – Sklavinnen und Sklaven – anzueignen. Um den Handel mit den kostbaren Wirtschaftsgütern effizient zu organisieren, wurden bereits erste Aktiengesellschaften und Börsen gegründet. Die im 18. Jh. einsetzende Industrialisierung und die damit einhergehende Entwicklung des modernen Kapitalismus förderte die Globalisierung noch weiter.

Nach 1914 verlief die Entwicklung, gebremst durch politische Umbrüche, die beiden Weltkriege und den Aufbau des Sozialstaats in Konkurrenz zum kommunistischen Block, lange Zeit sehr moderat. Richtig in Schwung kam die Globa-

## INFO & NEWS

Im September startet der einjährige Lehrgang »Global denken, global handeln!«, der sich an GewerkschaftsfunktionärInnen, BetriebsrätInnen und MitarbeiterInnen von NGOs richtet. Die Anmeldung startet in Kürze – nähere Infos bei der Autorin oder unter [www.fairearbeit.at](http://www.fairearbeit.at)

lisierung erst wieder ab ungefähr Mitte der 1970er-Jahre. Die Voraussetzungen dafür sind sowohl technischer als auch politischer Natur. Die Kosten für Kommunikation und Transport sanken in den folgenden Jahrzehnten massiv, wodurch die Erschließung neuer Märkte, die globale Arbeitsteilung in der Produktion und eine effiziente Vermarktung deutlich erleichtert wurden.

## Günstige Kommunikation

Die Kommunikationskosten konnten durch die rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologien minimiert werden. Während etwa ein dreiminütiges Telefongespräch zwischen London und New York im Jahr 1970 noch über 31 US\$ kostete, bezahlte man 2005 mit rund 30 US-Cent nur noch ein Hundertstel dafür. Oder (fast) gar nichts, sofern man statt dem Telefon über Internet kommuniziert. Für die Reduktion der Transportkosten war eine auf den ersten Blick höchst unspektakuläre Erfindung sehr wichtig: genormte Transportcontainer. Durch die einheitlich großen Stahlboxen konnten Schiffe



**Die Begleiterscheinungen der neoliberalen Globalisierung sind bekannt: Während multinationale Konzerne Spitzenprofite scheffeln, gehören Armut, Ausbeutung, Sozialabbau und Umwelterstörung nicht nur in Entwicklungsländern nach wie vor zur Lebensrealität.**

schneller be- und entladen werden, wodurch sich ihre Liegezeit verkürzte. Gleichzeitig konnte die Transportauslastung erhöht, also mehr Waren pro Schiff transportiert werden. Heute sind weltweit rund 16 Mio. Container unterwegs. In einem davon können zum Beispiel 10.000 Jeans für rund 4.000 Euro von Asien nach Europa transportiert werden – pro Hose kostet der Transport so lediglich 40 Cent.

### Zoll- und Handelsabkommen

Doch auch auf politischer Ebene wurden Entscheidungen getroffen, die für die Beschleunigung und Vertiefung der Globalisierung von immenser Bedeutung waren. So wurde schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen abgeschlossen. Zölle und andere Handelshemmnisse, die unter anderem dem Schutz der Wirtschaft im eigenen Land dienen, wurden zunehmend als schädlicher »Protektionismus« diffamiert und systematisch abgebaut. Deregulierungen im Bereich der Finanzmärkte ermöglichten es, in großem Stil mit Waren, Wertpapieren und Währungen zu spekulieren. Die sich dadurch entwickelnde Dynamik – während eine Aktie 1980 rund zehn Jahre gehalten wurde, wechselte sie im Jahr 2000 alle sieben bis acht Monate den Besitzer oder die Besitzerin – gipfelte in verschiedenen regional begrenzten Finanzkrisen während der 1990er sowie der weltweiten, noch immer nicht ausgestandenen. Im Jahr 1995 kam es zur Gründung der Welthandelsorganisation WTO, mit der das Freihandelsprinzip

von Waren und Finanzen auf alle anderen Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden soll. Damit wurden auch Dienstleistungen bis hin zu besonders sensiblen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr oder Wasserversorgung auf den globalen Markt geworfen.

Während sie die politischen Weichen stellten, gelang es den VerfechterInnen der neoliberalen Freihandelsideologie, die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Form als eine Art unbeeinflussbare Naturgewalt darzustellen. Ein Beispiel dafür war die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die mit den Worten »There is no alternative!« Unternehmenssteuern senkte, Staatsunternehmen privatisierte und Gewerkschaften zerschlug.

Die Begleiterscheinungen der neoliberalen Globalisierung sind bekannt: Während multinationale Konzerne Spitzenprofite scheffeln, gehören Armut, Ausbeutung, Sozialabbau und Umwelterstörung nicht nur in Entwicklungsländern nach wie vor zur Lebensrealität. Welche Schlussfolgerung läge näher als: Auch der Widerstand dagegen muss global organisiert sein! Eine Erkenntnis, die so alt ist wie die ArbeiterInnenbewegung selbst: Schon 1848 riefen Karl Marx und Friedrich Engels mit den berühmten Worten »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« zu globaler Solidarität und Kooperation auf.

Die Wurzeln der modernen internationalen Gewerkschaftsbewegung wurden tatsächlich damals gelegt, bevor im Lauf des zwanzigsten Jahrhunderts im Wesentlichen drei internationale Gewerkschaftsbünde mit unterschiedlichen weltanschaulichen Ausrichtungen ent-

standen. In ihrer kritischen Haltung gegenüber der neoliberalen Globalisierung, dem Imperialismus und Kolonialismus rückten die drei Internationalen im Lauf der 1990er-Jahre näher zusammen. Sie erkannten, dass globale Kooperation und Solidarität wichtiger denn je zuvor waren, um für eine humane Form der Globalisierung mit globalen Arbeitsrechten, Sozial- und Umweltstandards zu kämpfen. Diese Haltung bot auch die Grundlage dafür, immer stärker auch mit globalisierungskritischen NGOs zusammenzuarbeiten. So nehmen zahlreiche Gewerkschaften, auch der ÖGB, regelmäßig an den seit zehn Jahren auf der ganzen Welt stattfindenden Sozialforen statt.

### 2006 IGB in Wien gegründet

2006 fand schließlich in Wien mit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wahrhaftig ein Weltereignis der globalen Gewerkschaftsbewegung statt. Die Grundsatzklärung des Gründungskongresses betont eindringlich, wie wichtig internationale Solidarität und Kooperation gerade heute ist, um die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen weltweit zu verbessern und die Einhaltung der Menschenrechte durchzusetzen.

#### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[pia.lichtblau@oegb.at](mailto:pia.lichtblau@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die stille Macht

*Über KonsumentInnenmitbestimmung wurde immer wieder nachgedacht – allerdings umgesetzt wurde sie bislang nicht.*

*Autor: Univ.-Prof. Ing. Dr.  
Karl Kollmann*

*Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik  
der AK Wien*

**O**hne die VerbraucherInnen, also die Menschen, welche die angebotenen Waren und Dienstleistungen kaufen, gäbe es keine Wirtschaft. So etwas wie ein »Markt« würde nicht existieren. KonsumentInnen sind mächtig, sie können etwa durch Boykott einem Unternehmen ihre Vorstellungen aufzwingen oder auch durch permanenten Zuruf. Allerdings, die überragende Mehrheit der VerbraucherInnen ist sich dieser möglichen Macht überhaupt nicht bewusst. Diese Macht könnte natürlich bis in die Produkte und Dienstleistungen hinein gestalterisch wirken, etwa als Mitbestimmung im Unternehmen. Hier gab es einmal eine tolle alternative Idee, dann Denkansätze und auch einige wenige Initiativen.

## Die Konsumgenossenschaften

Das Selbstbewusstsein der VerbraucherInnen zeigte sich erstmals durch Gründung von Konsumvereinen bzw. Konsumgenossenschaften im 19. Jahrhundert ausgehend von England (Konsum- und Spargenossenschaft »**Rochdale Society of Equitable Pioneers**«, 1844 gegründet). In Österreich war die erste Konsumgenossenschaft übrigens eine von höheren Beamten 1862 gegründete Einrichtung, 1864 folgte dann der »**Erste niederöster-**

**reichische Arbeiter-Konsumverein**«. Die Bedeutung dieser Konsumvereine war nicht nur für die VerbraucherInnen selbst groß, da die Preise der von der Genossenschaft eingekauften und an die Mitglieder verkauften Waren günstiger waren und das bei besserer Qualität als im herkömmlichen Handel. Die eigene Versorgung selbstständig auf die Beine zu stellen war auch prägend für das Selbstwertgefühl der Mitglieder. Die VerbraucherInnen, die Mitglieder bestimmen in ihrem Konsumverein allein, sie sind nicht mehr abhängig – das revolutioniert das Selbstbewusstsein!

Ein zweites Aufleuchten kam später dann im Ersten Weltkrieg in Deutschland mit der Gründung des »Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen«. Der Deutsche Käuferbund – so etwas gab es damals schon – sammelte 81 weitere Organisationen (Gewerkschaften, Frauenvereine, Konsumgenossenschaften, Wohlfahrtsgesellschaften) um sich und schuf einen über Landes-, Bezirks- und Ortsausschüsse in die Alltagswelt der vom Krieg betroffenen Menschen hineinreichenden Verband, der immerhin (mit den Angehörigen) ein Viertel der Wohnbevölkerung umfasste und in die staatliche Kriegswirtschaft die Verbraucherinteressen einbrachte.

Die Exponenten dieses Verbandes dachten bereits über Konsumentenkammern neben den Arbeitskammern nach, die den Verbraucherinteressen umfassender Gewicht geben sollten. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es schließlich in Deutschland auf Länderebene zu einigen solchen Kammern (Arbeitskammern, Konsumentenkammern in Nordrhein-Westfalen und Hamburg), in Österreich

wurden 1920 bundesweit und einheitlich die Arbeiterkammern gegründet.

Gleich nach dem Weltkrieg hat Otto Bauer in seiner Schrift »Der Weg zum Sozialismus« (Wien 1919) seine Vorstellung von der Vertretung der Konsumenteninteressen beschrieben. Die Unternehmen der Konsumgüterindustrie wären mit einem Verwaltungsrat auszustatten, der jeweils zu einem Viertel von den Eigentümern, den Arbeitnehmern, den Verbrauchern und schließlich Vertretern des Parlaments besetzt wird.

## Vergesellschaftung

Unternehmen sind sozial verpflichtet und die Menschen sind vernünftig, war der Ausgangsgedanke. Und, es ging eben nicht um Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung – Verstaatlichung schätzte Otto Bauer als ungünstig ein, da sie der jeweiligen Regierung nur mehr Macht brächte und den Machthabern (dem Staat) wäre prinzipiell immer zu misstrauen. Mit dieser Viertelparität folgt auch ein wirksamer Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Gruppen. Und die sind ja auf den ersten Blick durchaus verschieden: Etwa sind EigentümerInnen und ArbeitnehmerInnen in der Regel an hohen Preisen ihrer Produkte interessiert, KonsumentInnen dagegen an möglichst niedrigen Preisen.

Für die Wohnungen – immerhin war und ist Wohnen ja eine entscheidende und große Konsumausgabe – sollte die Realisierung der Verbraucherinteressen noch weiter gehen. Das zeigt sich darin, dass Otto Bauer zuerst einmal einen klagbaren Anspruch auf Zuweisung einer an-

KonsumentInnen sind mächtig, sie können etwa durch Boykott einem Unternehmen ihre Vorstellungen aufzwingen oder auch durch permanenten Zuruf. Allerdings, die überragende Mehrheit der VerbraucherInnen ist sich dieser möglichen Macht überhaupt nicht bewusst.



gemessenen Wohnung für notwendig hält. Dann wären generell die Wohnhäuser von den Mieterausschüssen selbst zu verwalten, diese wären dabei natürlich berechtigt, auch Verbesserungen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohnen einzuführen. Etwa Zentralküchen mit angestellten Köchinnen, ebenso Wäschereien usw. zu betreiben, um die Frauen zu entlasten.

Aus diesen Ideen wurde nichts, der Nationalsozialismus eliminierte schließlich alle partizipativen Vorstellungen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg und der immer mehr ausufernden Konsumgesellschaft blieb Mitbestimmung im Wesentlichen auf ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung beschränkt. Der Niedergang der Konsumgenossenschaften begann 1989 in Deutschland durch großangelegten Betrug des Vorstands, das Konsumdebakel in Österreich und der Konkurs 1995 ist sicher noch vielen in Erinnerung. Nur in einem Nachbarland blühen die Konsumgenossenschaften nach wie vor lebhaft, das ist die Schweiz: **Migros** und **Coop** sind dort die größten Lebensmittelhändler.

### Mitsprache in Umweltfragen

Erst die Umweltschutz-Bewegung entdeckte die Mitbestimmung wieder, als BürgerInnen-Mitbestimmung bei umweltbezogenen Entscheidungen der Unternehmen und der Behörden. Viele Bürgerinitiativen begannen in jenen Zeiten sich in »von oben verordnete« Planungen einzumischen. Die Glanzlichter dieser demokratiepolitisch wichtigen Partizipation waren die Verhinderung des Atomkraft-

werks Zwentendorf 1977/78, die Wiedereinführung der Glaspfandflasche für Milch im Waldviertel Anfang der 80er-Jahre (mittlerweile wieder abgeschafft) und der Erhalt der Hainburger Au 1984. Vor allem im lokalen Bereich ist diese Mitbestimmungsidee lebendig geblieben.

Wenig hat sich hingegen bei der Mitbestimmung der VerbraucherInnen ergeben. Würde man heute die Mitwirkung von VerbraucherInnen oder deren VertreterInnen in den Aufsichtsräten der Unternehmen fordern, so würde man, milde gesagt, auf Unverständnis stoßen. Dass Unternehmen sozial verpflichtet sind, und diese Verpflichtung nicht nur aus freiwilligen Gnadentaten eines Unternehmens besteht, ist eine andere Sache.

Immer wieder gab es Initiativen für eine Beteiligung der VerbraucherInnen an den Entscheidungen von Unternehmen. Eine recht gelungene waren die Citroenists in Frankreich. Citroen-Kunden/-innen in Frankreich wollten in den 1980er-Jahren ganz gezielt die Mitsprache der VerbraucherInnen im Unternehmen erreichen, und zwar in allen Fragen bis hin zur Modellpolitik. Diese Aktivitäten brachten der Gruppe schließlich auch zwei Sitze im Aufsichtsrat von Citroen ein. Nach einigen Jahren war es aber mit dieser Mitbestimmung, angezielt war eine paritätische, also die Hälfte der Sitze, wieder aus.

Einen anderen Weg beschritten Unternehmen mit Verbraucherbeiräten. Auch in Österreich hatten nach 1980 Handelsunternehmen vereinzelt Verbraucherbeiräte eingerichtet. Die Funktion war hier jedoch nicht auf eine Mitbestimmung ausgerichtet, sondern es war dies eine institutionalisierte Form von Fach-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[wien.arbeiterkammer.at/  
konsumentenpolitik.htm](http://wien.arbeiterkammer.at/konsumentenpolitik.htm)

beratung durch Verbraucher – die durften halt ihre Meinung sagen, ohne sie durchsetzen zu können. Also vorerst eher eine alibihafte Form der Beteiligung der Kunden/-innen, die jedoch an sich durchaus entwicklungsfähig gewesen wäre.

### Verbraucherbeiräte kommen wieder

Mehr als zwei Jahrzehnte war dann Ruhe mit derartigen Verbraucherbeiräten, erst in der letzten Zeit gibt es wieder eine gewisse Dynamik. So hat etwa die **Schufa** in Deutschland einen Verbraucherbeirat eingerichtet, der deutsche Energieriese RWE ebenso, auch bei deutschen Wasser- und Abwasserverbänden gibt es so etwas schon, der deutschen Finanzaufsicht soll in Zukunft ein Verbraucherbeirat zur Seite stehen. Zeit also, um über VerbraucherInnenmitbestimmung wieder einmal ganz grundsätzlich nachzudenken.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[karl.kollmann@akwien.at](mailto:karl.kollmann@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Mir geht ein Licht auf

*Das Phöbus-Kartell bestimmte nachhaltig die Entwicklung der Glühlampe. Der technische Aufbau des Produkts folgte ökonomischen Überlegungen.*

Autor: Sebastian Baryli

Journalist in Wien

**D**ie Geschichte der Glühlampe kann auf vielerlei Arten erzählt werden. Eine Möglichkeit wäre, sie als Heldenepos genialer Erfinder zu entwerfen. Doch gerade die Geschichte dieses Produktes zeigt, dass diese geprägt ist von Kämpfen um Patente, um Standardisierung des Produktes und um die Vorherrschaft auf den Märkten.

Lange Zeit glaubten KonsumentInnen unmittelbare Einsicht in die Notwendigkeit des Aufbaus und der Beschaffenheit dieses Produkts zu haben. In Wirklichkeit aber ist die Glühlampe in ihrer jetzigen Form ein Produkt langwieriger Auseinandersetzungen, die letztendlich in der Herausbildung des Glühlampenkartells, das von 1924 bis 1962 existierte, ihren Höhepunkt fanden. Sowohl die technische Entwicklung als auch die Bedürfnisse von KonsumentInnen mussten sich dieser ökonomischen Rationalität beugen.

## Fortschritts Glaube

Seit der Erfindung der Glühlampe hat es Diskussionen um deren Beschaffenheit, Verwendung und Konstruktion gegeben: Zunächst wurde über die Art des zu verwendenden Stromes debattiert, dann über den richtigen Draht und nicht zuletzt auch über die optimale Brenndauer. In diesen Diskussionen spielten nicht nur technische Argumente eine Rolle, son-

dern vor allem ökonomische: Überlegungen bezüglich Profitmaximierung und Fragen der Normierung und industriellen Fertigung des Produkts. Den KäuferInnen tritt die Glühlampe am Markt gegenüber, ohne von diesen Diskussionen je etwas preiszugeben. »Der Konsument kann den Gebrauchswert der Waren oft nicht korrekt einschätzen«, schreibt dazu der Technik-Historiker Günther Luxbacher.

Dabei ist gerade die Glühbirne eines jener Produkte, die ein Bündel an verborgenen Debatten in sich birgt. Denn ihre Entwicklung von den ersten Prototypen bis zur industriellen Massenproduktion Anfang der Dreißigerjahre war geprägt von der Vorherrschaft weniger Herstellerfirmen. Obwohl KonsumentInnen Veränderungen des Produkts als technischer Fortschritt kommuniziert wurde, folgte die Entwicklung doch meist einer ökonomischen Rationalität.

## Die Entstehung der Phöbus AG

Ein wesentlicher Angelpunkt in der Geschichte dieses Leuchtkörpers war die Gründung des Glühlampenkartells. Am 24. Dezember 1924 versammelten sich in Genf die Größen der Branche, um einen Vertrag abzuschließen, der den weltweit bedeutsamsten Zusammenschluss seiner Art aus der Taufe heben sollte. Dabei stand vor allem die Frage der Patente und ihres Weiterverkaufs in Form von Lizenzen im Vordergrund.

Eine wesentliche Triebkraft für die Herausbildung des Kartells war die angespannte wirtschaftliche Situation. »Insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg

## INFO & NEWS

### Das Glühlampenverbot der EU

Mit 1. September 2009 wurden Glühlampen ab 100 Watt aus den Handelsregalen verdrängt, dieses Jahr werden Lampen ab 75 Watt folgen. Energiesparendere Halogenlampen, Leuchtstofflampen und LED sollen den alten Leuchtkörper ersetzen. Mit der Ökodesign-Richtlinie vom 6. Juli 2005 will die Europäische Union Lebensdauer und Effizienz von Elektrogeräten reglementieren. Bis 2020 erhofft man sich dadurch eine Einsparung von 39 Terawattstunden Energie. Die Richtlinie hat bei den KonsumentInnen für Diskussionen gesorgt, da das Licht der neuen Leuchtkörper ein anderes Farbspektrum aufweist als jenes der Glühlampe.

hatten sich Engpässe am Rohstoffmarkt gebildet. Um den Zugang zu sichern, schlossen sich die Produzenten zum Phöbus-Kartell zusammen«, erklärt Hubert Weitensfelder vom Technischen Museum Wien. Aber auch der Kampf um neue Patente war ein wichtiger Grund, der die Produzenten zu einem Zusammenschluss motivierte. Diese wurden zwar in Form von Lizenzen an Konkurrenten weiterverkauft, dennoch war die Angst vor einem entscheidenden Fortschritt der Konkurrenz immer vorhanden. »Außerdem wurde von den Konkurrenten Patente meist vor Gerichten angefochten, da sie die Neuheit in Frage stellten«, so Weitensfelder.

Der Zusammenschluss war also Resultat einer längerfristigen Entwicklung.

Schon lange vor der Entstehung des Kartells wurde die Frage der Lebensdauer von Glühbirnen in der Branche diskutiert. Die Hersteller waren bestrebt, eine »ökonomische Brenndauer« festzusetzen, die den Input von Elektrizität, den Output an Licht sowie Strom- und Lampenpreis in ein ausgewogenes – sprich rentables – Verhältnis setzen sollte.

Schon zuvor gab es Versuche, das Patentwesen im Bereich der Glühlampenproduktion durch Abkommen zwischen den Herstellern zu regulieren. 1903 wurde etwa die Verkaufsstelle Vereinigter Glühlampenfabrikanten gegründet. Doch diese Zusammenschlüsse blieben beschränkt und verloren im Laufe der Zeit an Bedeutung. Erst die Phöbus AG vollbrachte es, Größen wie Osram aus Deutschland und General Electric aus den USA in eine gemeinsame Gesellschaft zu bringen.

Die Initiative für dieses erste weltweite Kartell ging vor allem auf das Betreiben eines Mannes zurück: **William Meinhardt**. Der Jurist aus einer deutschen Unternehmerfamilie war zunächst im Vorstand der Auer-Gesellschaft und später Vorsitzender des Direktoriums der Osram GmbH. In einem Buch über die Branche zitierte er aus dem Gründungsvertrag der Phöbus AG: Ziel sei es »... Vorsorge für eine vorteilhafte Ausnutzung ihrer Fabrikationsmöglichkeiten bei der Herstellung von Lampen, Sicherung und Aufrechterhaltung einer gleichmäßig hohen Qualität, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei der Verteilung des Absatzes und Steigerung der Wirksamkeit elektrischer Beleuchtung ...«.

### Die 1.000-Stunden-Frage

Phöbus beschäftigte sich neben Fragen der Aufteilung von Märkten vor allem mit dem Problem der Standardisierung. In den Zwanzigerjahren war die Produktion der Glühbirne noch geprägt von einem Manufakturwesen, das erst allmählich ersetzt wurde durch eine industrielle Fertigung.

Schon lange vor der Entstehung des Kartells wurde die Frage der Lebensdauer von Glühbirnen in der Branche diskutiert. Die Hersteller waren bestrebt, eine »ökonomische Brenndauer« festzusetzen, die den Input von Elektrizität, den Output an Licht sowie Strom- und Lampenpreis in ein ausgewogenes – sprich rentables – Verhältnis setzen sollte. Schließlich einigten sich die vier größten Unternehmen der Branche auf eine »ökonomische Brenndauer« von 1.000 Stunden.

Phöbus übernahm diese Größe und machte sie zur Verpflichtung für ihre Mitglieder. »Alle Phöbus-Mitglieder mussten gegenüber der Phöbus-Generalversammlung nachweislich garantieren können, dass ihre Produkte diese Lebensdauer nicht unter- oder überschritten«, schreibt dazu Luxbacher. Damit wurde die Standardisierung der Glühlampe weiter vorangetrieben, und die Produzenten mussten sich nun mit den Problemen der statistischen Erfassung von Qualitätsmerkmalen befassen.

Insbesondere in den Jahren 1928/29 wurde die Frage innerhalb des Kartells verstärkt debattiert. Im Business Development Committee war man mit dem Problem konfrontiert, die Strafen korrekt festzulegen, die Mitglieder zu zahlen hatten, wenn sie die festgelegte Brenndauer nicht genau erreichen konnten.

Dennoch bleibt die Frage offen, welchen Vorteil KonsumentInnen von der Festlegung der Brenndauer hatten. Ihnen wurde diese als quasi naturgegebener technischer Wert präsentiert. Dabei wurde der Glühlampe, so wie sie von den Marktführern produziert wurde, die ökonomische Rationalität schon in ihrer

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.eup-richtlinie.at](http://www.eup-richtlinie.at)

Konstruktion eingeschrieben. Der Historiker Luxbacher schreibt in Zusammenhang mit der Konkurrenz zu den Regenerationsunternehmen, welche alte Glühbirnen wieder verwendbar machten: »Technische Rationalität gehorchte also bei der sehr fortgeschrittenen Glühlampen-Technik im Wesentlichen der ökonomischen Rationalität, und zwar auf eine sehr unmittelbare, dem Produkt konstruktiv eingeschriebene Art, die für den Konsumenten nicht sichtbar war.«

### Keine Entscheidungsgewalt

Diese Debatten fanden zumeist außerhalb der Entscheidungsgewalt von KonsumentInnen statt, selbst wenn sie mit Informationen vom Hersteller überschüttet wurden. So zeigt doch gerade die Entwicklung der Glühlampe, dass vermeintlich technische Richtlinien durchaus ökonomischen Überlegungen folgten.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[sebastian.baryli@gmx.at](mailto:sebastian.baryli@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wer soll das bezahlen?

*Die Folgen der Wirtschaftskrise wird jemand bezahlen müssen –  
Plädoyer gegen sinnlose Sparvorschläge und für einen starken Sozialstaat.*

*Autoren: Mag. Adolf Buxbaum  
MMag. Norman Wagner*

*Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik  
der AK Wien*

**W**as mittlerweile hinlänglich bekannt sein dürfte: Die Finanzmarktkrise und die ihr nachfolgende Weltwirtschaftskrise belasten allerorts die öffentlichen Haushalte, Österreich stellt da keine Ausnahme dar. Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete wurden richtigerweise geschnürt, um die Auswirkungen der Krise so weit als möglich abzufedern. Währenddessen gehen dem Staat aufgrund stark steigender Arbeitslosenzahlen und teilweise starker Gewinneinbrüche bei den Unternehmen zusätzlich Steuereinnahmen verloren. Gleichzeitig entziehen sich bestimmte Gruppen nach wie vor der Besteuerung bzw. leisten einen wesentlich geringeren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben als sie es können und eigentlich auch müssten.

## Ein Loch im Budget

Also klappt derzeit ein – noch überschaubares – Loch im österreichischen Budget, das auch zweifellos geringer ist als in vielen anderen Ländern der EU wie z. B. in Spanien oder Griechenland. Laut dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung wird in Österreich das Defizit aller öffentlichen Haushalte, das 2008 gerade einmal 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgemacht hat, 2009

3,5 Prozent betragen und 2010 auf 4,7 Prozent steigen.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich mehr oder weniger verbindlich darauf geeinigt, über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichene Budgets bzw. Überschüsse zu erzielen. Das heißt, nicht jedes Jahr müssen und können sich die Ausgaben mit den Einnahmen des Staates decken, da in Krisenzeiten mehr ausgegeben werden muss als eingenommen werden »kann«. Demnach erscheint eine Neuverschuldung in Krisenjahren, die nur unwesentlich über dem Maastricht-Kriterium (maximale Neuverschuldung = drei Prozent des BIP) budgetpolitisch unbedenklich. Zum Erreichen des Maastricht-Ziels fehlen z. B. im Jahr 2009 demnach lediglich 1,4 Mrd. Euro bei einem aktuellen Niveau der Staatsausgaben von weit über 100 Mrd. Euro. Für ein Nulldefizit – dessen Verfolgung in der derzeitigen Situation nicht nur kontraproduktiv, sondern auch und vor allem wirtschaftspolitisch falsch wäre – fehlen im Budget rund zehn Mrd. Euro.

Eine »sanfte« Budgetkonsolidierung über den Konjunkturzyklus hinweg macht durchaus Sinn, wenn der Wachstumspfad der Wirtschaft wieder stabil ist und die Arbeitslosigkeit merklich sinkt. Mit dem entsprechenden Budgetspielraum können wichtige und notwendige Investitionen wie z. B. in die soziale Infrastruktur oder Bildung umgesetzt werden.

Kurzsichtige und in erster Linie klientelistisch geleitete Sparvorschläge bei den Sozialbudgets müssen als grob fahrlässig eingestuft werden, da sie nicht nur sozial nicht zu verantworten sind, sondern auch die erhoffte Erholung der Wirt-

schaft gefährden, und nur jene für die Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden, die die Finanzkrise sicher nicht verursacht haben. Aus ähnlichen Gründen sind auch Vorschläge zur Erhöhung der Mehrwertsteuer abzulehnen.

## VerursacherInnen sollen zahlen

Es überrascht kaum, dass man aufseiten der VertreterInnen des Kapitals lieber bei den Sozialausgaben sparen will, als selbst einen fairen Beitrag zu leisten. Sind doch die naheliegendsten Alternativen eine – stärkere – Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen, Stiftungen, Spekulationsgewinnen und eine Abgabe von Banken, die enorm von den Rettungspaketen profitiert haben.

Steuererhöhungen nicht für die Masse der Bevölkerung, sondern für die großen Vermögen, die von den krisenverursachenden Deregulierungen der Finanzmärkte profitiert haben, und für die zentralen NutznießerInnen der Bankenrettungen (v. a. AktionärInnen), sind der Schlüssel dazu, dass die Finanzkrise nicht zur wahren Sozialkrise wird. Die Folgen der Wirtschaftskrise sind bereits jetzt drastisch am Arbeitsmarkt abgebildet und stellen viele Menschen und deren Familien vor existenzielle Schwierigkeiten – sie sollen nicht durch Kürzungen der Sozialleistungen und unsinnige Erhöhungen von Massensteuern »doppelt« zur Kasse gebeten werden.

Der Sozialstaat österreichischer Prägung ist gut, aber zweifellos nicht perfekt. Lücken im sozialen Netz, z. B. aufgrund der voranschreitenden Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Lebens-



**Eine »sanfte« Budgetkonsolidierung über den Konjunkturzyklus hinweg macht durchaus Sinn, wenn der Wachstumspfad der Wirtschaft wieder stabil ist und die Arbeitslosigkeit merklich sinkt.**

modellen bestehen ebenso wie nicht mehr zeitgemäße Lösungsansätze (z. B. in der Sozialhilfe) oder unnötig komplizierte bzw. ineffiziente Strukturen (vgl. »Föderalismusdebatte«). Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Aufgabenerfüllung sind sicherlich bestimmte Sparpotenziale vorhanden. Selbst wenn damit größere Einsparungen erzielt werden, entstehen nicht selten Kosten in anderen Systemen (z. B. Pensionen, Arbeitslosenversicherung). Die »eingesparten« Mittel in den einzelnen Bereichen werden ohnedies für verbesserte Leistungserbringung bzw. Ergebnisse benötigt (z. B. höhere Förderintensitäten von Kindern mit Lernschwächen oder Migrationshintergrund im Schulbereich).

Diese Probleme sind aber sicher nicht dadurch lösbar, dass man die Sozialleistungen zusammenkürzt. Vielmehr wird ein Um- und Ausbau der sozialen Sicherung notwendig werden, um sich erfolgreich den aktuellen Problemen stellen zu können. Ein Umbau, der aber langfristig auch eine Entlastung der Sozialbudgets bewirken kann – z. B. gesundheitliche Prävention und Qualifizierungsmaßnahmen stellen kurzfristig Investitionen dar, die sich mittel- und langfristig rechnen.

### **Vorbild Skandinavien**

Die Vorbilder für einen modernen, gut ausgebauten Sozialstaat sind die skandinavischen Länder. Statt mit vermeintlichen Diskussionen über »soziale Treffsicherheit« eine Sozialkürzungsdebatte zu provozieren, wird dort vielmehr die aktive Rolle eines breit ausgebauten und

modernen Sozialstaats betont. Gerade in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Arbeitslosenbetreuung oder bei den Gesundheitsdiensten werden dort hoch entwickelte, professionelle soziale Dienstleistungen angeboten und durch verschiedenste Maßnahmen der soziale Zusammenhalt gefördert. Im Ergebnis führt dieser Zugang zu hohen Beschäftigungsquoten, solider Finanzpolitik und einer egalitären Einkommensverteilung zwischen Männern und Frauen.

Vergleicht man die Strategien von unterschiedlichen Ländern bei der Budgetkonsolidierung, so lassen sich einfache Lehren ziehen: Länder, die ihre Konsolidierung längerfristig und durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum begleitet haben, weisen deutlich bessere volkswirtschaftliche Ergebnisse auf. Erfolgreiche Beispiele sind z. B. die koordinierte Geld- und Fiskalpolitik in den USA oder Schweden in den Neunzigerjahren. Im Gegensatz dazu haben Österreich oder in einem noch übertriebeneren Ausmaß Deutschland nach 2001 versucht, in einem ungünstigen Wirtschaftsumfeld rasch zu konsolidieren. Die negativen Erfahrungen v. a. in Deutschland sprechen gegen diesen Irrweg: Diese kurzsichtige Form der Konsolidierung hat ein noch schwächeres Wirtschaftswachstum verursacht, das Defizit stieg noch weiter an und die schlimmste Konsequenz war der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese Erfahrungen der jüngeren Geschichte sollten abschreckend genug sein – sollte man meinen.

Eine emanzipatorische Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert

und nicht an den exklusiven Wünschen von Eliten, die durch geschickte Parolen und durch das Ausspielen von benachteiligten Gesellschaftsgruppen Profit schlagen wollen, muss die Vision für die Zukunft in Österreich sein. Dafür braucht es z. B. mehr direkte politische Mitbestimmung über die Ausrichtung der Politik, die sachliche Diskussion über die anstehenden Herausforderungen und eine ausgewogene mediale Begleitung des Diskurses. Als ein positives Beispiel der jüngeren Geschichte soll die parlamentarische Enquete mit dem Titel »Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit in Österreich: Transparenz und Fairness« vom 20. Jänner dieses Jahres angeführt werden. Auf breiter wissenschaftlicher, sozialpartnerschaftlicher und interessenpolitischer Ebene wurde ein Diskurs ermöglicht, der hoffentlich Fehler in der Zukunft zu vermeiden hilft.

### **Starker Sozialstaat unverzichtbar**

Der Tenor der Veranstaltung war relativ eindeutig: Die Wirtschaftskrise darf nicht zur Sozialkrise werden – ein starker Sozialstaat wird auch in Zukunft unverzichtbar und zentrale Rahmenbedingung für eine faire Gesellschaft sein!

#### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autoren  
[adolf.buxbaum@akwien.at](mailto:adolf.buxbaum@akwien.at)  
[norman.wagner@akwien.at](mailto:norman.wagner@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wachstum im Wandel

*Nachhaltigkeit ist das Schlagwort unserer Tage. Nachlese zu einer Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die Ende Jänner in Wien stattgefunden hat.*

*Autor: Dr. Robert Stöger*

*Koordinator Wirtschaftspolitik  
im Bundeskanzleramt*

In den fast 40 Jahren seitdem der erste Bericht des Club of Rome zu den »Grenzen des Wachstums« erschienen ist, hat die Frage danach nichts an Aktualität verloren. Gleichzeitig führt uns die Finanz- und Wirtschaftskrise eindringlich vor Augen, wie abhängig unser Wirtschaftssystem von einem kontinuierlich größer werdenden Bruttoinlandsprodukt ist. Bleibt uns also nur die Wahl zwischen Pest (Vernichtung unserer Lebensgrundlagen) und Cholera (sich zuspitzende Verteilungskämpfe als Folge einer schrumpfenden Wirtschaft)? Eine vor kurzem in Wien abgehaltene internationale Konferenz hat eine Reihe von aufschlussreichen Debatten dazu geführt.

## Prognosen des »Club of Rome«

Anfang der 1970er-Jahre veröffentlichte der »Club of Rome« einen weltweit aufsehenerregenden Bericht zu den »fünf wichtigsten Trends mit weltweiter Wirkung« (beschleunigte Industrialisierung, rapides Bevölkerungswachstum, weltweite Unterernährung, Ausbeutung der Rohstoffreserven und Zerstörung des Lebensraumes). Auf Basis von computer-gestützten Modellsimulationen wurde eindrucksvoll demonstriert, wie ein exponentielles Wachstum (= stetige Zunahme um einen bestimmten Prozentsatz) menschlicher Aktivitäten im endlichen

System Erde unvermeidlich an seine Grenzen stößt.

Der Bericht und die Erdölkrise der 1970er- und Achtzigerjahre haben zu einem Bewusstseinswandel geführt, der seither in den verschiedensten politischen Initiativen seinen Niederschlag gefunden hat. Intensive Forschungsanstrengungen und massive Umweltschutzinvestitionen als deren Folge haben jedoch lediglich zu einer relativen Entkoppelung von wirtschaftlicher Aktivität und Ressourceneinsatz und Umweltbelastung geführt. Letztere sind zwar weniger stark als das BIP insgesamt, aber doch gestiegen. Weltweit wurden die vornehmlich auf die Industrieländer konzentrierten Maßnahmen noch zusätzlich durch den immer größer werdenden Ressourcenbedarf der Schwellenländer konterkariert.

Allen Anstrengungen zum Trotz wirtschaften wir nicht nachhaltig. Wir befriedigen unsere Bedürfnisse noch immer zu einem guten Teil auf Kosten der kommenden Generationen. Der Klimawandel aufgrund gestiegenen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ist nur der augenscheinlichste Ausdruck dafür. Er ist gleichzeitig die Bestätigung einer der Kernaussagen des Club-of-Rome-Berichts, der festgestellt hatte, dass technologische Maßnahmen (z. B. effizientere Energienutzung) zwar einzelne Wachstumsbeschränkungen aufheben können, bei anhaltendem exponentiellem Wachstum das System aber sehr bald an seine nächste Grenze (z. B. durch weiter steigende Umweltbelastung) stößt.

Sind nun alle Konzepte eines »nachhaltigen« oder »grünen« Wachstums zum

Scheitern verurteilt, weil sie bestenfalls den Kollaps etwas hinauszögern können? Müssen wir auf Wirtschaftswachstum vollkommen verzichten, um eine drohende Katastrophe zu vermeiden? So einfach, wie ein Ökologe diese Fragen beantworten würde, stellen sie sich in der gesellschaftlichen Realität leider nicht. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass in unserem Wirtschaftssystem zumindest zwei höchst unerfreuliche Dinge eintreten, wenn das BIP nicht mehr ausreichend wächst oder sogar schrumpft: Es steigen sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Budgetdefizite und damit die Staatsschuld.

## Verteilungsungerechtigkeit

Längerfristig ist eine weitere Konsequenz unausweichlich: Während bei stetig wachsender Wirtschaft zumindest theoretisch jedes Mitglied der Gesellschaft von Jahr zu Jahr wohlhabender werden kann, gehen bei Stagnation Einkommenszuwächse einzelner Gruppen automatisch zulasten anderer. In den reichen Industrieländern mag es noch irgendwie vorstellbar sein, dass dies ohne verschärfte Verteilungskämpfe abgeht, weil die oberen Einkommensschichten freiwillig etwas von ihrem Überfluss abtreten und die unteren nicht aufbegehren, so lange sie ihre Grundbedürfnisse befriedigt sehen – auch wenn die empirische Erfahrung dagegen spricht. Im globalen Maßstab ist es jedoch einfach illusorisch zu glauben, die Bevölkerungen der aufstrebenden Schwellenländer würden sich damit abfinden, dass die weltweite Einkommenshierarchie für alle Zeiten einzemen-



Allen Anstrengungen zum Trotz wirtschaften wir nicht nachhaltig. Wir befriedigen unsere Bedürfnisse noch immer zu einem guten Teil auf Kosten der kommenden Generationen.

tiert wird. Die grundsätzliche Frage, ob unser Wirtschaftssystem nicht auch aufgrund seiner inneren Logik längerfristig gar keinen Gleichgewichtszustand erreichen kann, ist dabei noch gar nicht gestellt. Im Kapitalismus ist letztlich Profitstreben die Triebfeder für wirtschaftliche Aktivität. Voraussetzung dafür ist allerdings der Einsatz von Kapital, das gegen Zinsen zur Verfügung gestellt wird. Diese wiederum müssen durch steigenden Umsatz und Gewinn erwirtschaftet werden. Kann das von den Unternehmen wegen fehlenden Wirtschaftswachstums nicht erwartet werden, werden sie auch nicht mehr investieren – und die Stagnation droht in Rezession umzuschlagen. Der Vergleich mit einem Fahrrad, das ohne Vorwärtsbewegung umfällt, drängt sich auf.

### Die Bestie zähmen

Die Debatten und Konzepte der Vergangenheit zu einer nachhaltigen Entwicklung litten oft darunter, dass sie zu sehr an ökologischen Anforderungen und Zielsetzungen orientiert waren und die komplexe gesellschaftliche Realität nicht genügend reflektierten. Sie blieben daher oft auf Postulate nach einem generellen Umdenken beschränkt, oder sie präsentierten sich in so **janusköpfiger** Gestalt wie der Zugang der EU. Diese propagiert in der Lissabon-Strategie dynamisches Wachstum als Priorität der Wirtschaftspolitik und versucht gleichzeitig, die Bestie mit einer Nachhaltigkeitsstrategie zu zähmen.

Insofern erwarb sich die Ende Jänner vom Landwirtschafts- und Umweltmi-

nisterium gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt, anderen Ministerien, der Nationalbank, den Ländern Wien und NÖ, Interessenvertretungen und NGOs sowie der Bank Austria veranstaltete Konferenz »Wachstum im Wandel« zweifachen Verdienst. Sie hatte einerseits einen wirklich breiten multidisziplinären Ansatz gewählt, und begnügte sich andererseits nicht nur mit Symptombeschreibung, sondern analysierte auch die hinter den Umweltproblemen liegenden Strukturen.

### Zehn Arbeitskreise

In insgesamt zehn Arbeitskreisen wurden sowohl »klassische« ökologische wie ökonomische und soziale, politische wie statistische Aspekte des Themas behandelt und damit Nachhaltigkeit wirklich in einem umfassenden Sinn betrachtet. Die zweitägigen intensiven Debatten konnten und sollten kein Patentrezept für eine bessere und langlebigere Welt präsentieren. Sie zeigten aber, dass jenseits des Gegensatzes Zwang zum Wachstum – Zerstörung des Planeten Alternativen formuliert werden können, wenn man bereit ist, populäre Lehrmeinungen zu hinterfragen und Strukturen und Anreizsysteme unseres Wirtschaftssystems neu zu gestalten. Produktivitätssteigerungen können auch durch Arbeitszeitverkürzungen kompensiert werden, das steuerliche Anreizsystem kann viel radikaler zuungunsten umweltschädlicher Produktionen und Verhaltensweisen gestaltet werden, Wirtschaftswachstum überhaupt anders definiert werden. Es wird dabei allerdings notwendig sein, wieder ver-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.wachstumimwandel.at/konferenz](http://www.wachstumimwandel.at/konferenz)

stärkt Verteilungsfragen anzusprechen, damit nicht jene die Zeche der Umstrukturierung zahlen, die schon jetzt zu den Unterprivilegierten zählen.

### Eine Frage des Willens

Ob dies gelingt, und ob es nicht nur zu einer umweltgerechten Form des Wirtschaftens führt, sondern auch zu einer, die menschlicher und gerechter sein wird, wird eine Frage des politischen Willens und der Machtverhältnisse sein. Das große Interesse an der Konferenz (mehr als 500 in- und ausländische TeilnehmerInnen) beweist jedenfalls, dass nachhaltige Entwicklung ein Thema geworden ist, das breite Bevölkerungsschichten beschäftigt und auch nicht so bald von der politischen Tagesordnung verschwinden wird. In diesem Sinne ist es schade, dass ArbeitnehmerInnenorganisationen (wie auch die politischen Parteien) nur sehr spärlich vertreten waren.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[robert.stoeger@bka.gv.at](mailto:robert.stoeger@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Schuldige zur Kasse!

*Die Bankenabgabe als Beitrag des Finanzsektors zur Budgetkonsolidierung kann nur eine Maßnahme von vielen sein.*

*Autor: Mag. Martin Bolkovac*

*Sekretär der GPA-djp-Grundlagenabteilung*

**D**em US-Präsidenten platzte der Kragen. Die Banken, obwohl maßgeblich an der Verursachung der Finanzkrise beteiligt, hätten es noch immer nicht verstanden. Trotz staatlicher Finanzspritzen zahlten sie weiterhin astronomisch hohe Bonuszahlungen an ihre ManagerInnen aus. Barack Obama will den staatlichen Zuschuss durch eine Bankensteuer zurückholen.

Die Sonderabgabe für Banken war fortan in aller Munde, auch hierzulande. Dabei ist diese Steuer gar keine US-amerikanische Idee, sondern stammt, wie so oft, aus Nordeuropa. Der schwedische Finanzminister Anders Borg hatte bereits 2009 eine Bankenabgabe eingeführt. Alle schwedischen Kreditinstitute müssen jährlich 0,036 Prozent der Bilanzsumme in einen Spezialfonds einzahlen, der innerhalb von 15 Jahren 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes einbringen soll. Dieser Fonds soll auch Gelder für künftige Finanzkrisen bereitstellen.

## Risikobereitschaft einbremsen

Präsident Obama schlug zwar mit 0,15 Prozent einen weitaus höheren Steuersatz vor als die schwedischen 0,036 Prozent. Allerdings will er Finanzinstitute mit Vermögenswerten unter 50 Milliarden US-Dollar ausnehmen. Außerdem soll die Abgabe zeitlich auf zehn Jahre befristet sein. Obama will sich damit jene 117

Milliarden US-Dollar zurückholen, die als staatliche Unterstützung an die Banken gingen, und die sonst nicht mehr einzutreiben wären. Wie in Schweden soll die große Risikobereitschaft der Banken verringert und hochspekulative Hedge-Fonds weniger attraktiv werden.

## EU berät im April

Im April beraten dann die EU-Finanzminister über die Causa Bankensteuer. Obwohl viele Länder Interesse am US-amerikanischen bzw. schwedischen Modell bekundeten, erscheint eine brauchbare EU-weite Lösung aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips eher unwahrscheinlich. Daher können sich RegierungsvertreterInnen mancher EU-Staaten, darunter Bundeskanzler Werner Faymann, auch Alleingänge vorstellen.

Faymann schlägt einen Steuersatz von 0,07 Prozent der Bilanzsumme vor, der mindestens 500 Millionen Euro an dringend benötigten Mehreinnahmen brächte. Schließlich wurden im Zuge der Bankenpakete bereits mehr als ein Drittel der maximal 15 Milliarden Euro für Eigenkapitalstärkung ausbezahlt, plus 65 Milliarden Euro für Haftungen. Der gesamte österreichische Bankensektor hat von den Paketen profitiert.

Auch AK und Gewerkschaften unterstützen die Idee der Bankenabgabe, jedoch nur als eine Maßnahme von mehreren. »Mit den Bankenpaketen wurden auch die Vermögenswerte der EigentümerInnen bzw. AktionärInnen mit öffentlichen Mitteln gerettet«, führt GPA-djp-Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein aus. Daher müssten neben einer

Bankenabgabe, deren genaue Gestaltung noch zu diskutieren sein wird, auch Maßnahmen wie die Finanztransaktionssteuer oder bis zu deren Implementierung eine nationale Börsenumsatzsteuer eingesetzt und die Vermögenszuwachssteuer eingeführt werden. So würde der Finanzsektor an der Rückführung der Schulden adäquat beteiligt. »Was die Bankenabgabe betrifft, so muss diese unbefristet sein und nicht nur für den Zeitraum der Budgetsanierung«, fordert Stein. »Schließlich profitieren auch die österreichischen Banken massiv von Steueroasen, die uns Milliardenbeträge an Steuereinnahmen entziehen.«

## Stein: »Das ist nicht akzeptabel!«

Auch bei den Managergehältern »sollten wir uns bald einmal etwas überlegen«, empört sich Dwora Stein. »Warum sollen ArbeitnehmerInnen, die die Krise nicht verursacht haben, die Hauptlast tragen, während ManagerInnen bis zu 48-mal so viel verdienen. Das ist nicht akzeptabel! Das gleiche gilt für die großzügigen Bonuszahlungen, die uneingeschränkt von der Körperschaftssteuer abgesetzt werden können. Auch diese müssen beschränkt bzw. an langfristige Erfolgsziele gebunden werden.«

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[martin.bolkovac@gpa-djp.at](mailto:martin.bolkovac@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Harmonisierte VPI	
	Nov. 09	Dez. 09
Belgien (BE)	0,0	0,3
Deutschland (DE)	0,3	0,8
Irland (IE)	-2,8	-2,6
Griechenland (EL)	2,1	2,6
Spanien (ES)	0,4	0,9
Frankreich (FR)	0,5	1,0
Italien (IT)	0,8	1,1
Zypern (CY)	1,0	1,6
Luxemburg (LU)	1,7	2,5
Malta (MT)	-0,1	-0,4
Niederlande (NL)	0,7	0,7p
<b>Österreich (AT)</b>	<b>0,6</b>	<b>1,1p</b>
Portugal (PT)	-0,8	-0,1
Slowenien (SI)	1,8	2,1
Slowakei (SK)	0,0	0,0
Finnland (FI)	1,3	1,8
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>0,5</b>	<b>0,9p</b>
Bulgarien (BG)	0,9	1,6
Tschech. Republik (CZ)	0,2	0,5
Dänemark (DK)	0,9	1,2
Estland (EE)	-2,1	-1,9
Lettland (LV)	-1,4	-1,4
Litauen (LT)	1,3	1,2
Ungarn (HU)	5,2	5,4
Polen (PL)	3,8	3,8
Rumänien (RO)	4,6	4,7
Schweden (SE)	2,4	2,8
Vereinigtes Königreich (UK)	1,9	:
<b>EU (EVPI)</b>	<b>1</b>	<b>1,4p</b>
Island (IS)	12,4	11,3
Norwegen (NO)	1,9	2,4
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>1,1</b>	<b>1,4p</b>
Schweiz (CH)	-0,1	0,2

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ird. Monat;  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar**

## Der Arbeitsmarkt im Dezember 2009

	Stand Dez. 09	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
Unselbstst. Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.316.488	-39.891	-42.166
ArbeiterInnen	3.207.946	-37.301	-35.587
Angestellte u. Beamte	1.236.301	-33.101	-36.423
Männer	2.080.187	-6.790	-5.743
Frauen	1.724.861	-59.449	-38.562
AusländerInnen	1.591.627	19.558	-3.604
InländerInnen	421.405	-1.521	-1.155
<b>InländerInnen</b>	<b>2.895.083</b>	<b>-38.370</b>	<b>-41.011</b>
Vorgemerkte Arbeitslose	312.771	55.026	25.624
Männer	202.371	59.852	18.042
Frauen	110.400	-4.826	7.582
AusländerInnen	62.624	12.318	5.212
InländerInnen	250.147	42.708	20.412
Jugendliche (bis unter 19)	11.125	987	-89
Jugendliche (19 bis unter 25)	38.142	5.828	2.858
Ältere (50 bis unter 55)	33.307	5.706	3.752
Ältere (55 bis unter 60)	22771	3.189	2.121
<b>Ältere (über 60)</b>	<b>5473</b>	<b>470</b>	<b>309</b>
Arbeitslosenquote	8,6	1,5	0,7
Offene Stellen	23.683	-1.963	-6.630
Lehrstellensuchende	5.315	-488	10
Offene Lehrstellen	2828	-294	1
Geringfügige Beschäftigung *	296.224	3.613	5.231
Männer	103.481	2.013	5.263
Frauen	192.743	1.600	-32
ArbeiterInnen	169.561	4.089	3.411
Angestellte	126.663	-476	1.820

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

# Im Dienst der Menschen

*Brasilien setzt vermehrt auf solidarökonomisches Wirtschaften.  
Inzwischen gibt es bereits 22.000 Kooperativen mit 1,7 Mio. Mitgliedern.*

*Autorin: Mag. Pia Lichtblau*

*weltumspannend arbeiten – ÖGB*

**S**uzana Alves da Silva, eine resolute Mittvierzigerin, sitzt geschäftig telefonierend in ihrem Büro im brasilianischen São Carlos, einer für brasilianische Verhältnisse kleinen Stadt im Bundesstaat São Paulo. Suzana führt die Geschäfte der auf Gebäudereinigungen spezialisierten solidarökonomischen Kooperative **COOPERLIMP**. Das war nicht immer so – vor etwas mehr als zehn Jahren war Suzana arbeitslos, lebte im Armenviertel Favela Gonzaga und hielt sich und ihre Familie durch das Sammeln von wiederverwertbarem Müll über Wasser. Ende der 1990er-Jahre reichte es: Gemeinsam mit sieben weiteren Frauen und der Unterstützung durch engagierte ProfessorInnen und StudentInnen der Universität von São Carlos gründete sie die solidarökonomische Kooperative.

## Tischlerwerkstatt Madeirarte

Rund 80 km von São Carlos entfernt steht Elisabeth de Oliveira Salgado mit ihren vier Kolleginnen in der Tischlerei Madeirarte. Auch sie war nicht schon immer Tischlerin: Mitte der 1980er-Jahre haben sie und ihr Mann mit rund 40 weiteren landlosen Familien brachliegendes Land besetzt und eine Siedlung gegründet. Jahrelang haben sie in ärmlichen Hütten gehaust, bevor sie im Sommer 2000 begannen, mit regional verfügbaren

Rohstoffen richtige Häuser zu bauen. Um die dafür nötigen Fenster und Türen herzustellen, wurde Madeirarte gegründet – ebenfalls als solidarökonomische Kooperative.

## Solidarische Ökonomie?

Das Konzept Solidarökonomie klingt fast märchenhaft: »Solidarökonomie ist ein anderer Weg, zu produzieren, zu handeln und zu tauschen. Ohne andere dafür auszubehuten, ohne Profitgier, ohne die Umwelt zu zerstören.« Solidarökonomisches Wirtschaften ist somit das Gegenteil von dem, was wir landläufig unter »Wirtschaft« verstehen: Statt auf beinhalten Wettbewerb wird auf Kooperation gesetzt; gemeinsames ersetzt privates Eigentum; statt autoritären Führungsstrukturen werden Entscheidungen in einem gemeinsamen Prozess getroffen – das bestimmende Prinzip ist die Solidarität.

Solidarität nach innen, die sich in solidarischen Strukturen innerhalb einer Kooperative äußert – wie eben der gemeinsamen Entscheidungsfindung, aber auch einer gleichen Entlohnung aller, ohne Unterschied der Position im Unternehmen und Managerboni. »In einer kapitalistischen Firma wird man wegen jeder Kleinigkeit rausgeschmissen – ist man einmal länger krank und schon ist man seinen Arbeitsplatz los. Außerdem verdienen die Chefs viel und die ArbeiterInnen fast nichts. Bei uns in der Kooperative teilen wir den Gewinn gleichmäßig unter allen auf«, erklärt eine Mitarbeiterin von COOPERLIMP das Prinzip. Solidarität, die sich aber auch nach außen richtet, indem im Umfeld Einrichtungen geschaffen

werden, die allen zugute kommen: Kindergärten, Sozialzentren, Schulen ...

So utopisch das für jemanden klingt, der im »wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt« (Lissabon-Strategie der EU) lebt, so real ist Solidarökonomie in Brasilien. Die oben stehende Definition stammt von der Website des brasilianischen Staatssekretariats für Solidarökonomie, das im Arbeitsministerium angesiedelt ist. Brasilien betrachtet Solidarökonomie als einen sinnvollen Weg für nachhaltige Entwicklung und soziale **Inklusion**. Entsprechend intensiv werden solidarökonomische Initiativen gefördert: In der Zwischenzeit gibt es über 22.000 Kooperativen mit rund 1,7 Mio. Mitgliedern in ganz Brasilien.

## Demokratie und Solidarökonomie

Hand in Hand mit dem Prinzip der Solidarität geht das der Demokratie. COOPERLIMP hat rund 260 MitarbeiterInnen – und trotz dieser Größe werden Entscheidungen, wie zum Beispiel die Anschaffung des neuen Autos, das stolz vor dem Büro parkt, gemeinschaftlich getroffen. In monatlichen Versammlungen, an denen alle teilnehmen, werden Vorschläge eingebracht, diskutiert, Beschlüsse gefasst oder verworfen. Jede solidarökonomische Kooperative ist damit auch eine lebendige Werkstatt, in der Demokratie gelebt wird. »Das war eines der schwierigsten Dinge, die wir lernen mussten«, meint Suzana, »zusammen zu arbeiten, sich auf jemand anderen verlassen und nicht nur allein und für sich zu kämpfen.« Die Mitarbeit in einer solidarökonomischen Kooperative verhilft also





Von einer Favela spricht heute niemand mehr: Jardim Gonzaga, »Garten Gonzaga«, wie das Viertel mittlerweile heißt, wird von seinen BewohnerInnen selbst verwaltet und weist eine beachtliche Infrastruktur auf.

nicht »nur« zu Arbeit und Einkommen. Das Gefühl, eine sinnvolle Aufgabe zu haben, in einem würdevollen Umfeld zu arbeiten und gleichberechtigter Teil einer Gemeinschaft zu sein, gibt den Mitwirkenden vor allem auch Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Und nur jemand, der sich selbst als wichtigen und wertvollen Teil der Gesellschaft begreift, traut sich auch zu diese mitzugestalten. Dieser zutiefst politische Aspekt ist ein weiterer ausdrücklicher Grund für Brasiliens Regierung, Solidarökonomie zu stärken.

### Wasser für Favela Gonzaga

Dass das Konzept aufgeht, kann man auch in São Carlos sehen. Vor etwas mehr als 20 Jahren, als Menschen ohne geregeltes Einkommen dort armselige Hütten zimmerten, war die Favela Gonzaga der ärmste Teil der Stadt, ein Elendsviertel ohne Elektrizität, Trinkwasser und Abwasserversorgung. »Die einzige Wasserquelle war ein kleiner Bach, ganz unten in der Schlucht. Dort mussten wir jeden Tag Wasser holen, und wenn es ums Wäschewaschen ging, gab es immer Streitereien, wer zuerst waschen darf«, erzählt Suzana. Von einer Favela spricht heute niemand mehr: Jardim Gonzaga, »Garten Gonzaga«, wie das Viertel mittlerweile heißt, wird von seinen BewohnerInnen selbst verwaltet und weist eine beachtliche Infrastruktur auf. Neben den absolut notwendigen Installationen wie Wasser und Strom wurden auch alle Gassen gepflastert, das Viertel verfügt über zwei Kindergärten, ein Sport- und Freizeitzentrum und ein Sozialzentrum mit eigenem Arzt.

Selbstbewusst sind auch die Tischlerinnen von Madeirarte. Natürlich fällt es sofort auf, dass nur Frauen an den schweren Maschinen in der Tischlerei arbeiten. »Den Männern«, erzählt Tischlerin Elisabeth lachend, »ist schon während dem Ausbildungskurs aufgefallen, dass die Tischlerei schwere Arbeit ist. Die sind dann bald einfach nicht mehr gekommen.« Also führten die fünf Frauen die Werkstatt ohne Männer weiter. Die 42 Häuser für die Familien der LandbesitzerInnen sind längst fertiggestellt, und nachdem Fenster und Türen nicht mehr gebraucht werden, hat Madeirarte umgesattelt. Hergestellt werden jetzt alle Arten von Möbeln – nach eigenen Entwürfen.

Verändert hat sich durch Madeirarte nicht nur die Wohnsituation der BewohnerInnen, insbesondere das Leben der Tischlerinnen hat sich durch die Arbeit radikal verändert: »Ich habe früher nie außerhalb des eigenen Hauses gearbeitet, das Geld hat immer mein Mann heimgebracht. Heute verdiene ich selber und bin damit unabhängig«, erzählt eine der Frauen. Ihr Mann kümmert sich in der Zwischenzeit um den Haushalt, den Gemüsegarten und die Hühner. Wie sieht er die veränderten Geschlechterverhältnisse? »Die Zeiten ändern sich. Das muss man halt einfach akzeptieren«, sagt er, verschmitzt grinsend.

Auch für Brasiliens Gewerkschaften hat Solidarökonomie die Zeiten geändert. Anfangs standen sie der Idee sehr ablehnend gegenüber, hielten am Konzept der traditionellen Lohnarbeit fest. Das bietet aber spätestens dann keine Lösungssätze mehr, wenn ganze Fabriken ge-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[de.wikipedia.org/wiki/Solidarökonomie](https://de.wikipedia.org/wiki/Solidarökonomie)

schlossen werden und Hunderte ArbeiterInnen dadurch ihre Jobs verlieren. 1997 passierte genau das: Conforja, einer der größten Betriebe der lateinamerikanischen Metallindustrie, war bankrott, 600 ArbeiterInnen standen vor dem Aus. Sie besetzten und übernahmen das Unternehmen – mit Unterstützung der Metallindustriegewerkschaft. Die beschloss daraufhin, die Mitglieder solidarökonomischer Kooperativen als Mitglieder zuzulassen und die Gründung neuer Kooperativen zu fördern.

### Gewerkschaft für Solidarökonomie

Die CUT, Brasiliens größter Gewerkschaftsverband, hat eine eigene Agentur zur Entwicklung solidarökonomischer Kooperativen gegründet, und seit 2000 gibt es mit der UNISOL gar eine eigene Gewerkschaft für deren Mitglieder.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[pia.lichtblau@oegb.at](mailto:pia.lichtblau@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Akquisition:** hier: Erwerbung; Kundenwerbung (Seite 19)

**Aristoteles:** griechischer Philosoph (384–322 v. Chr.), Schüler von Platon; unterrichtete Alexander den Großen, beschäftigte sich mit Metaphysik, Rhetorik, Ethik, Logik u. v. m. (Seite 14)

**Benjamin, Walter:** deutscher Philosoph und Literaturkritiker (1892–1940); beschäftigte sich mit (jüdischer) Theologie, Geschichte und Soziologie, Übersetzer von Balzac, Proust u. a. Benjamin verübte auf der Flucht vor den Faschisten Selbstmord. Es gibt allerdings auch die Theorie, dass er von Agenten Stalins getötet wurde. (Seite 23)

**Broker:** (Börsen-)Makler (Seite 20)

**Chomsky, Noam:** US-Sprachwissenschaftler, geb. 1928, seit dem Vietnamkrieg scharfer Kritiker der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik, später auch der Globalisierung. Chomsky beeinflusste unter anderem mit seiner Theorie der Universalgrammatik auch die Entwicklung der Psychologie. (Seite 22)

**Coop:** Schweizer Handelsgenossenschaft, gegründet 1890 als Verband Schweizerischer Konsumgenossenschaften (VSK), ab 1969 Coop; nach Migros zweitgrößtes Einzelhandelsunternehmen des Landes. Coop betreibt Warenhäuser, Restaurants, Apotheken, Heimwerkermärkte, Tankstellenshops etc. (Seite 35)

**COOPERLIMP:** Cooperativa de Limpeza e Conservação – Kooperative für Reinigung und Erhaltung in Rio de Janeiro (Seite 44)

**DGS:** Deutsche Gesellschaft für Soziologie, gegründet 1909 (Seite 12)

**DVPW:** Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, gegründet 1951 (Seite 12)

**Einkommensspreizung:** Einkommensschere, Differenz zwischen Spitzen- und Mindesteinkommen (Seite 28)

**Erster niederösterreichischer Arbeiter-Consumverein:** 1864 von 17 Wollwebergesellen gegründete Wiener Konsumgenossenschaft. Gemeinsam mit dem Konsumverein Vorwärts und den Arbeiterkonsumvereinen Fünfhaus und Donaustadt vereinigte sie sich 1920 zur Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung (KGW). (Seite 34)

**Finanzausgleich:** regelt die Verteilung der Finanzmittel und der entsprechenden Kompetenzen an Bund, Länder und Gemeinden. So wurde im Oktober 2007 der Finanzausgleich für die Jahre 2008 bis 2013 mit hochrangigen Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden abgeschlossen. Darin wurden unter anderem eine Verwaltungsreform, die 24-Stunden-Pflege sowie die Mindestsicherung vereinbart. (Seite 9)

**Fukuyama, Francis:** US-Politikwissenschaftler, geb. 1952, beschäftigt sich in seinen Büchern aber nicht

nur mit Politik, sondern auch mit aktuellen Themen wie Gentechnik, Überalterung etc. Werke: Das Ende der Geschichte, Der Große Aufbruch, Das Ende des Menschen. (Seite 20)

**GdG-KMSfB:** Im Juni 2009 fusionierte die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) mit der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe, insgesamt rund 156.000 Mitglieder. (Seite 24)

**General Motors Corporation:** 1908 in den USA gegründeter Automobil-Konzern, maßgeblich am Aufbau der Greyhound-Fernbuslinie beteiligt, in den 1920er- und 30er-Jahren expandierte GM in viele europäische Länder (z. B. Opel in Deutschland). Im Zweiten Weltkrieg belieferte das Unternehmen beide Seiten. Nach Jahrzehnten als größter Autokonzern meldete GM schließlich im Juni 2009 Insolvenz an. Nachfolger ist die General Motors Company. (Seite 16)

**Gramsci, Antonio:** italienischer Schriftsteller, Journalist, Politiker und Philosoph (1891–1937), Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens. 1926, nachdem nach einem Mordversuch an Mussolini sämtliche Oppositionsparteien verboten wurden, wurde Gramsci verhaftet. Die dort entstandenen »Gefängnishefte« gelten als bedeutendes Werk der marxistischen Philosophie. (Seite 20)

**Hueber, Anton:** österreichischer SP-Politiker und Gewerkschafter (1861–1935), Mitbegründer und erster Vorsitzender des 1928 gebildeten Bundes Freier Gewerkschaften. (Seite 11)

**Inklusion:** Einschluss, Einschließung (Seite 44)

**Interreg:** Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Förderung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union. Dabei wird unterschieden zwischen grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit. [www.interreg.at](http://www.interreg.at) (Seite 30)

**Janus:** römischer Gott des Anfangs und des Endes, der Ein- und Ausgänge, dargestellt mit einem Doppelgesicht, das vorwärts und rückwärts blickt, Namensvetter für den Monat Januar. (Seite 41)

**McLuhan, Marshall:** kanadischer Philosoph, Literaturkritiker und Kommunikationsforscher (1911–1980); sein Werk gilt als Grundlage der Medientheorie. McLuhan prägte unter anderem den Begriff »globales Dorf«. (Seite 22)

**Meinhardt, William:** deutscher Industrieller (1872–1955), emigrierte wegen seiner jüdischen Abstammung nach England. (Seite 37)

**Migros:** größter Schweizer Handelskonzern, gegründet 1925 in Zürich als Genossenschaft, heute eigentlich ein Konglomerat aus Aktiengesellschaften, Stiftungen und Genossenschaften. Der Name weist darauf hin, dass Migros preismäßig in der Mitte zwischen Großhandel (en-gros) und Einzelhandel (en-détail) liegen sollte. (Seite 35)

**Nachhaltigkeitsrücklage:** auch: Schwankungsreserve; besteht aus überschüssigen Betriebsmitteln und Rücklagen der Sozialversicherung, um Defizite zu decken und Einnahmenschwankungen im Jahresverlauf auszugleichen. (Seite 9)

**Newsgroup:** Virtuelles Forum im Internet, wo von interessierten AbonnentInnen zu einem bestimmten Thema Neuigkeiten und Nachrichten (per E-Mail) ausgetauscht werden. (Seite 21)

**Opinion Leader:** Meinungsmacher, Wortführer (Seite 20)

**Prelaunch:** Phase vor der eigentlichen Eröffnung eines Unternehmens oder vor der offiziellen Einführung eines Produkts in einem Land. (Seite 20)

**REACH:** 2007 in Kraft getretene EU-Chemikalienverordnung (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals), in den Geltungsbereich von REACH fallen alle Hersteller oder Importeure, die Chemikalien und/oder Zubereitungen mit mehr als einer Tonne pro Jahr in der EU herstellen oder in die EU importieren. (Seite 24)

**Rochdale Society of Equitable Pioneers:** englische Konsum- und Spargenossenschaft, die 1844 von 28 Webern aus Rochdale gegründet wurde. Im Vordergrund stand dabei nicht die Verbilligung von Lebensmitteln, sondern die weitere Verbreitung der Genossenschaftsidee, durch welche die Ausbeutung der Arbeiterschaft beendet werden sollte. (Seite 34)

**RSS-Feed:** Die Abkürzung RSS hat je nach verwendeter Technik unterschiedliche Bedeutungen (z. B. Rich Site Summary), feed = füttern. Im Prinzip bedeutet die Bezeichnung, dass UserInnen über eine Website Nachrichten zu bestimmten Themen abonnieren können, die sie dann über ihr Mail-Programm ähnlich wie Newsletter zugeschickt bekommen. (Seite 23)

**Schufa:** Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung in Deutschland in Form eines privatwirtschaftlich organisierten Kreditbüros zum Schutz vor Kreditausfällen; Teilhaber sind Banken und Sparkassen. (Seite 35)

**Suffix:** Nachsilbe (z. B. -ung), Anhang (Seite 28)

**Survey Monkey:** Gratis im Internet erhältliche Software zum Erstellen, Durchführen und Auswerten von Umfragen; survey (sprich: sörweij) = Erhebung, Umfrage; monkey = Affe, Racker, Schlingel. (Seite 21)

**Terawattstunde (TWh):** eine Milliarde Kilowattstunden (Seite 36)

**Thatcher, Margaret:** konservative britische Politikerin, geb. 1925, 1979–1990 Premierministerin, in ihrer ersten Legislaturperiode widmete sie sich vor allem der Inflationsbekämpfung, später hauptsächlich der Reduzierung staatlichen Einflusses (Privatisierungen) und der Macht der Gewerkschaften. (Seite 20)

## ARBEITSVERFASSUNGSRECHT BAND 1

Textausgabe 2010 | Reihe: Gesetze und Kommentare



Josef Cerny | 2010, 424 Seiten | € 29,80

ISBN: 978-3-7035-1420-3

Neben dem kompletten Text des Arbeitsverfassungsgesetzes (einschließlich Europäische Betriebsverfassung) enthält das Buch noch sämtliche relevante Verordnungen:

- Betriebsrats-Wahlordnung
- Bundeseinigungsamts-Geschäftsordnung
- Schlichtungsstellen-Geschäftsordnung
- Betriebsrats-Geschäftsordnung
- Betriebsratsfonds-Verordnung
- Verordnung über die Entsendung von ArbeitnehmervertreterInnen für den Aufsichtsrat

Weiters enthält die aktuelle Textausgabe das Postbetriebsverfassungsgesetz und Auszüge aus dem Bundesbahnstrukturgesetz. Detaillierte Inhaltsverzeichnisse erleichtern das Auffinden der jeweiligen Bestimmung.

Autor: Dr. Josef Cerny, Direktor der AK Wien a. D., Hon.-Prof. Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Universität Salzburg

Ja, ich bestelle  Exemplar/e von

ARBEITSVERFASSUNGSRECHT BAND 1 | Textausgabe 2010

à € 29,80

Name		
Firma/Institution		
Anschrift		
PLZ	Ort	Telefon
E-Mail		Datum, Unterschrift

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automatisiert verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

**BESTELLUNG** direkt im gut sortierten Buchhandel | per Telefon: 01/405 49 98-132 | per Telefax: 01/405 49 98-136

per E-Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) | im Web: [www.oegbverlag.at/shop](http://www.oegbverlag.at/shop)





**Die Krise ist vorbei? Nicht für den ÖGB und die Gewerkschaften! Erst wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn neue Jobs entstehen und wenn die Zahl der Menschen, die in Armut leben, sinkt, dann ist die Krise vorbei. Und wenn über faire Verteilung diskutiert wird.** 2010 werden ÖGB und Gewerkschaften lautstark einfordern, dass die für die Krise Verantwortlichen einen maßgeblichen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten: Sie müssen aus dem Schatten der Heimlichkeit, der Bankgeheimnisse und Steueroasen geholt werden, müssen klare Regeln, Kontrollen und Strafen akzeptieren – und sie müssen einen viel gewichtigeren Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme leisten.

**JETZT SOLLEN ~~WIEDER ALLE~~ DIE REICHEN ZAHLEN**

**WWW.FAIRTEILEN.AT**

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
? \_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
/ \_\_\_\_\_  
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW